

SERIE

NEUE ENTSCHEIDER,
NEUE HERAUSFORDERUNGEN

JACQUES DELORS INSTITUT
BERLIN

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION

EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

Sami ANDOURA

und Jean-Arnold VINOIS

Vorwort von Jacques DELORS

STUDIEN & BERICHTe
107
JANUAR 2015

SERIE NEUE ENTSCHEIDER, NEUE HERAUSFORDERUNGEN

VON DER EUROPÄISCHEN
ENERGIEGEMEINSCHAFT
ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER
POLITIKVORSCHLAG

Sami ANDOURA und Jean-Arnold VINOIS

Vorwort von Jacques DELORS

ÜBERSICHT

VORWORT	6
ZUSAMMENFASSUNG	
30 BEFUNDE, 10 SOFORTAKTIONEN UND 10 LANGFRISTIGE BAUSTEINE	15
EINLEITUNG	
ENERGIE ALS KERNELEMENT DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION	24
1. 2007 bis 2014: Große Ambitionen, negative Entwicklungen und ein wachsendes Energierahmenprogramm der EU	27
1.1. 2007: Große Ambitionen für 2020 und eine neue Energiepolitik für Europa	27
1.2. 2007 bis 2014: Negative globale und europäische Entwicklungen	36
1.3. Aktualisierung des Energierahmenprogramms: Das Energie- und Klimapaket der EU für 2030	48
2. Kritische Analyse der Stärken und Schwächen der europäischen Energiepolitik: 30 Befunde	51
2.1. Die gute, aber unzureichende Leistung des Energiebinnenmarkts der EU	51
2.2. Die Umsetzung der „20-20-20“-Ziele verläuft nach Plan, aber zu welchem Preis?	78
2.3. Die externe Dimension der Energiepolitik der EU nach der Krise	95
2.4. Fazit – Es besteht Handlungsbedarf	108
3. Der erforderliche technische Ansatz: Zehn Sofortaktionen für die europäische Energiepolitik und ihre Akteure	110
3.1. Vollendung des europäischen Energiebinnenmarkts	113
3.2. Nutzen der Vorteile der externen Dimension des europäischen Energiebinnenmarkts	121

3.3. Verbesserung der Steuerung der europäischen Energiepolitik	126
4. Stärkung des europäischen Projekts: Die Energieunion	132
4.1. Anpassung der europäischen Energiewende an einen schwierigen globalen Kontext	134
4.1.1. Der globale Kontext, die abnehmende Rolle und der sinkende Status der EU	135
4.1.2. Die neuen Herausforderungen, die aus der Energiewende hervorgehen werden	137
4.2. Eine Energieunion für alle	140
4.2.1. Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung: Der Übergang der Energieunion	141
4.2.2. Solidarität: Eine inklusive Energieunion	152
4.2.3. Europa in der Welt: Eine robuste und strategische Energieunion	159
SCHLUSSBEMERKUNG	
EIN ENTSCHEIDENDER DURCHBRUCH	171
ZU DEN GLEICHEN THEMEN...	174
AUTOREN	176

DANKSAGUNGEN

Die Autoren sind Jacques Delors und Pascal Lamy sehr dankbar dafür, mit ihnen ihre Sichtweisen, Ideen und Vorschläge geteilt und ausgetauscht zu haben.

Die Autoren möchten im Besonderen ihren Freunden, Kollegen und den Akteuren der EU-Institutionen sowie den nationalen Regierungen, Betreibern, Industrieunternehmen, und Repräsentanten der Zivilgesellschaft danken, die mit ihnen ihre wesentlichen Ergebnisse und Vorschläge diskutiert, sie kommentiert oder in Frage gestellt haben.

Sie möchten ebenfalls ihren Dank gegenüber Stefan Bössner zum Ausdruck bringen, der sie während dieses 18-monatigen Prozesses in ihrer Recherche und Analyse unterstützte, und gegenüber Britta Daum und Philipp Offenberg für ihr aufmerksames Korrekturlesen.

Dieser Bericht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und baut auf den persönlichen und unabhängigen Sichtweisen, Kenntnisständen und Erfahrungswerten der Autoren auf.

VORWORT

von Jacques Delors

Schluss machen mit kurzfristigem Handeln und Rückzug auf den Nationalstaat

Der Energiesektor entzieht sich nicht der aktuellen Schwäche des europäischen politischen Systems, aber auch der nationalen Systeme, das durch eine ausgesprochen kurzfristige Sichtweise und die steigende Tendenz der Staaten und der Bürgerinnen und Bürger zu einem Rückzug in den Nationalstaat charakterisiert ist. Sofortige politische Erfolge und wirtschaftliche Profite überwiegen alle anderen Faktoren. Der Rückzug auf den Nationalstaat erklärt sich durch strukturelle Probleme in Europa, die sehr viel tiefgreifender sind als die Schwierigkeiten, mit denen die europäischen Institutionen zurzeit konfrontiert sind. Die europäischen Völker haben vor der Globalisierung und der Zukunft Angst. Unter dem Druck der politischen Geschehnisse und der wirtschaftlichen und sozialen Unsicherheit verlieren sie das Gefühl ein gemeinsames Erbe des Zusammenlebens zu haben.

In einer globalisierten, zunehmend interdependenten Welt, die die wirtschaftlichen, politischen, sozialen und ökologischen Gleichgewichte durcheinander bringt, spielt Europa eine immer unbedeutendere Rolle. Hat Europa noch etwas zu sagen und ist es bereit dazu?

Es gilt jetzt, einen neuen gemeinsamen Antrieb zu finden und die Art und Weise, wie wir zusammenleben und zusammen regieren, zu überdenken. Dieser europäische Anstoß muss Differenzen überwinden und in einer gemeinsamen Sichtweise und neuen Projekten, die den Europäerinnen und Europäern einen gemeinsamen Weg in die Zukunft weisen, Kraft finden. Die Energiewende ist dabei integraler Bestandteil.

Die Europäische Union verfolgt heute in wesentlichen Bereichen wie dem Handel, der Landwirtschaft und dem Transportwesen, um nur einige zu nennen, eine gemeinsame Politik. Die EU hat auch eine Wirtschafts- und Währungsunion, eine von der Europäischen Zentralbank beaufsichtigte Bankenunion und einen weltweit einzigartigen Raum der Freizügigkeit geschaffen. Warum sollte der Bereich Energie nicht auch auf diese Ebene gehoben werden können, damit er im europäischen Projekt den logischen und notwendigen Platz einnehmen kann, den die Europäerinnen und Europäer schon seit Jahren für ihn fordern?

Die Energieunion: Ein langfristiges europäisches Projekt für eine Energiewende

Der Europäische Rat und die Europäische Kommission haben vor kurzem zu einer Energieunion aufgerufen, deren Inhalt noch nicht definiert ist. Die Realisierung dieser Energieunion steht in der Agenda und den Prioritäten der neuen Europäischen Kommission an erster Stelle.

Um den Akteuren, die diese schwierige und komplexe Aufgabe zu bewältigen haben, zu helfen, bringt das Jacques Delors Institute einen neuen ausführlichen Bericht heraus, in dem die aktuelle Energiepolitik mit ihren Stärken und Schwächen erläutert wird. Die Autoren nennen die Projekte und Mittel, die in Europa entwickelt und mobilisiert werden müssen, um eine echte, auf den europäischen Grundwerten und Grundsätzen der Integration, Zusammenarbeit und Solidarität basierende Energieunion zu schaffen.

Trotz des unerwarteten Rückgangs des Ölpreises, der sicherlich positive Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft haben wird, darf nicht vergessen werden, dass der Ölpreis in den letzten Jahren zwischen 25 und 150 US-Dollar geschwankt hat. Da davon ausgegangen wird, dass die Ölpreise in den kommenden Jahren sehr volatil bleiben und die Temperaturen auf unserem Planeten weiter steigen werden, ist die Idee einer Energieunion weder unrealistisch noch unrealisierbar.

Die Energieunion ist der Katalysator für die notwendige Energiewende in Europa. Sie soll es ermöglichen, die fragmentierte, kurzsichtige, durch einen

Rückzug auf den Nationalstaat gekennzeichnete Einstellung, die Europa bedroht, zu überwinden.

Ein europäisches Modell für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung

Die Energieunion basiert auf einem Modell der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung. Der Schwerpunkt des europäischen Energiesystems muss von den Produzenten auf die Verbraucher, von einem Modell des Produktionswettlaufs auf ein Modell der Senkung des Energieverbrauchs, d.h. der Energienachfrage verlagert werden. Das Vermeiden von Energieverschwendung durch intelligente Produktions-, Transport- und Verbrauchsmuster bildet den Pfeiler der Energiewende. Er hat einen Namen: Energieeffizienz.

Um die europäische Energieunion zu einer Priorität zu machen, muss man die Energieeffizienz mit den anderen Energieressourcen gleichsetzen und sie zusammen auf eine einzige Energiewende ausrichten. Dies kann aber nur mit einer entschlossenen Ausrichtung auf die von einem stabilen und glaubwürdigen Kohlenstoffpreis geleitete Energieunion gelingen. Vor allem in einer Konjunktur mit sinkenden Ölpreisen ist eine europäische Kohlenstoffsteuer das optimale Instrument. Parallel dazu müssen die Subventionen für fossile Energieträger so schnell wie möglich abgebaut werden.

Die Energieunion schafft für alle Europäerinnen und Europäer Wohlstand und Wohlbefinden. Eine neue, auf Innovation und dem Einsatz von Digital- und Informationstechnik im Energiesektor basierende Industriestrategie muss entwickelt werden. Wenn die EU bei kohlenstoffarmen Technologien die weltweite Nummer Eins sein will und Innovation aus dem „European Valley“ und nicht wie heute aus dem *Silicon Valley* kommen soll, muss sie die technische Revolution für die Energiewende anführen.

Die sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor stark zersplitterte Forschung muss auf rationelle Weise zusammengelegt werden und die verschiedenen Akteure der Entwicklungskette für grüne Technologien einbeziehen. Die öffentlichen und privaten Investitionen müssen statt auf die Markteinführung bereits ausgereifter Technologien, auf arbeitsplatzschaffende, stark mehrwertschöpfende Innovation ausgerichtet werden.

Ein Projekt für alle im Namen der Solidarität in Europa

Die Energieunion ist ein Projekt für alle. Sie fördert Solidarität dort wo sie nötig ist, beispielsweise indem sie jedem Einzelnen eine erschwingliche Energieversorgung ermöglicht. Die neue Begeisterung für Europa muss heute von den jungen Generationen ausgehen, die Europa tagtäglich erleben und sich bei der Überschreitung der materiellen, politischen und kulturellen Grenzen der Europäischen Union als Europäer fühlen. Eine im Hinblick auf die Herausforderungen und Chancen des neuen europäischen Energiewende-Modells bessere Erziehung und Ausbildung der jungen Generationen ist eine Aufgabe, der die EU, wie sie bereits im Rahmen der Erasmus-Programme bewiesen hat, gewachsen ist, da die jungen Generationen sich berechtigterweise Sorgen um die Zukunft unseres Planeten machen.

Die Energiewende wird auch Auswirkungen auf die Arbeitsplätze im Energiesektor haben indem sie sowohl neue schafft als auch andere abschafft. Ein europäischer Sozialdialog im Energiesektor ist notwendig, um diesen tiefgreifenden Umbruch zu begleiten.

Die ebenfalls zu einer Realität gewordene, sich immer weiter ausbreitende Energiearmut muss im Rahmen einer echten Sozialpolitik für den Energiebereich von Europa angegangen werden.

Die Energiesolidarität ist keine Option, sondern muss den ganzen Markt durchdringen. Die Energiearmut, die über den Aspekt der Energiepreise hinausgeht, macht eine globale Herangehensweise erforderlich, um einen erschwinglichen und stabilen Zugang zu Energie zu ermöglichen und die durch die Energiewende eröffneten Chancen zu ermöglichen nutzen. Im Namen der Solidarität muss die Energieunion auch den Bevölkerungen Afrikas, Asiens und vieler anderer Regionen der Welt, die noch nicht mal einen Zugang zu Energie haben, zur Seite stehen.

Eine europäische Energiediplomatie

Die Energieunion soll den Rückzug auf den Nationalstaat verhindern, der durch ein kostenaufwändiges und in unserer interdependenten Welt unrealistisches Streben nach Energieunabhängigkeit gekennzeichnet ist. Eine

europäische Energiediplomatie wird nicht zögern sich in Bezug auf unser Energiewende-Projekt mit anderen auszutauschen und dieses in der ganzen Welt zu verteidigen. Selbstverständlich muss sie die europäischen Interessen auch im Rahmen der europäischen Handelspolitiken verteidigen. Letztere müssen, anstatt die aktuelle Individualisierung der Risiken für die isoliert handelnden Mitgliedstaaten aufrechtzuerhalten, gemeinsam die Diversifikation der Lieferanten und den Zugang zu Energieressourcen außerhalb der EU sicherstellen.

Die Interdependenz der Märkte und gegenseitiger Marktzugang sowie die Öffnung für ausländische Investitionen müssen die zwei Pfeiler einer solchen Strategie sein. Eine europäische Energiediplomatie muss ebenfalls unsere Sichtweise und unsere Interessen im Zusammenhang mit der Energiewende betonen und deutlich machen. Sei es auf bilateraler oder multilateraler Ebene – es geht in erster Linie nicht darum, mit einer Stimme zu sprechen, sondern eine starke und eindeutige, vom Sprecher unabhängige europäische Botschaft zu vermitteln.

Die Energieunion stützt sich auf ein gemeinsames Verständnis der nationalen, europäischen und internationalen energiepolitischen Herausforderungen, die auf einer kollektiven und globalen Analyse der sich permanent verändernden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten und der Marktdynamik basieren. Eine europäische Energie- und Klima-Informationsagentur ist ein unerlässliches Instrument, damit die Europäische Union ihre Energiezukunft auf einer soliden Basis aufbauen kann.

Eine dynamische und inklusive europäische Governance

Die Energieunion kehrt zur Einfachheit zurück. Die Gemeinschaftsmethode muss wieder in den Mittelpunkt des institutionellen Gefüges gestellt werden und die neue, unabdingbare Governance der Akteure im Energiebereich inspirieren. Die Energiewende kann nur dann gelingen, wenn sie sich auf alle gesellschaftlichen Kräfte stützt. Abgesehen von bereits gut in das europäische System integrierten Marktteilnehmern müssen auch Bürgerinnen und Bürger, Verbraucher, Städte und ländliche Räume, Netzwerke, Regionen, Innovatoren und Multiplikatoren, neue Koalitionen sowie die Zivilgesellschaft im weitesten Sinne auf moderne und intelligente Weise in die zukünftige europäische

Governance der Energieunion einbezogen werden. Ein virtuelles Energieforum, das alle Akteure zusammenführt und die bestehenden Konsultationsmethoden vereinfacht, würde die Energieunion für jedermann zugänglich machen und ihre öffentliche Akzeptanz sicherstellen.

Dies sind die hauptsächlichen Vorteile einer die 28 Mitgliedstaaten vereinigenden Energieunion. Die kritische Masse der Europäischen Union, ihres Binnenmarkts und ihrer 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger bzw. Verbraucher, ist ein großer Trumpf, der genutzt werden muss. Wir sollten aus der wachsenden Interdependenz im Energiesektor Vorteile ziehen und Komplementaritäten zwischen den Ressourcen und Energiesystemen der einzelnen Mitgliedstaaten verstärken.

Um dies zu erreichen, müssen wir uns vor allem auf die Integration des Binnenmarkts in grenzüberschreitende Infrastrukturen, aber auch auf die Anwendung von Kommunikations- und Interaktionsnetzwerkinstrumenten, die das gesamte Energiesystem schnell revolutionieren werden, stützen.

Der Energiebinnenmarkt so wie er heute besteht bewegt sich allerdings nicht in diese Richtung und ermöglicht keinesfalls den gewünschten Qualitätssprung. Aus diesem Grund besteht die Priorität, sehr kurzfristig gesehen, darin, die aktuell verfolgte europäische Energiepolitik zu überarbeiten. Dies ist eine unerlässliche Voraussetzung dafür, das Projekt der Energieunion auf einer soliden, gemeinsamen und langfristigen Basis starten zu können.

Eine unerlässliche Bedingung:

Die kurzfristige Überarbeitung der europäischen Energiepolitik

Der neue europäische Rahmen der Energie- und Klimapolitiken für 2030 ist durch eine rückläufige europäische Ambition gekennzeichnet, insbesondere im Bereich der Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz. Noch beunruhigender ist, dass die Europäische Union den Widerspruch zwischen dem Grundsatz der Souveränität der Mitgliedstaaten und der unübersehbaren europäischen und internationalen Dimension der identifizierten Probleme nicht gelöst hat wodurch Mitgliedstaaten, die die Kontrolle über ihren Energiemix behalten und ihre nationalen Marktführer begünstigen wollen, größere Eingriffsmöglichkeiten zu Teil werden.

Dieser Rückschritt kann, wenn er nicht durch eine verstärkte europäische Governance kompensiert wird, dazu führen, dass die im Jahr 2007 mutig auf Europa ausgerichtete Energiepolitik auf gefährliche Weise wieder auf die nationale Bühne zurückgeholt wird.

Trotz der in den letzten Jahren errungenen zahlreichen Leistungen und Erfolge weist die europäische Energiepolitik einen Konstruktionsfehler und strukturelle Mängel auf, auf die wir bereits im Jahr 2010 hingewiesen haben. Die Krisen und Probleme, zu denen es seitdem gekommen ist, haben aufgezeigt, wie sinnvoll die Idee einer europäischen Energiegemeinschaft ist, die ich zusammen mit Jerzy Buzek formuliert habe und die vom Jacques Delors Institute weiterentwickelt wurde. Bisher noch nicht ausgeführte Maßnahmen müssen umgesetzt werden, um den aktuellen Flucht nach vorne zu stoppen.

Zehn konkrete Aktionen, um die europäische Energiepolitik in drei Schlüsselbereichen voranzubringen

Die erste Aktion ist die Vollendung des Energiebinnenmarkts als Instrument zur Optimierung der Energieressourcen durch alle Akteure, einschließlich der Verbraucher.

Eine erste Anforderung besteht dabei darin alle Regeln des dritten Pakets und der Netzkodizes, die derzeit in allen Mitgliedstaaten fertig gestellt werden, umzusetzen. Die Realisierung der für die physische Integration des Marktes und die Abschaffung der „Energieinseln“ notwendigen Infrastrukturen muss vorangetrieben werden. Der Einzelhandel muss in einem europäischen Rahmen organisiert werden.

Die Gas- und Stromversorgungssicherheit muss klaren europäischen Normen und mit den verschiedenen Akteuren abgestimmten, grenzüberschreitenden Präventivmaßnahmen unterliegen. Dies erfordert eine verstärkte Mobilisierung aller Akteure sowie stärkere und operativere regionale Kooperationen, die die Solidarität verstärken und allen effizientere und kostengünstigere Lösungen anbieten.

Ein weiterer Aspekt ist die auswärtige Dimension. Der EU muss die Rolle zugewiesen werden, die ihr auf internationaler Bühne, und im Besonderen in ihrer

direkten Nachbarschaft, zusteht. Dies bedeutet vor allem, dass zwischenstaatliche Abkommen der Mitgliedstaaten mit Drittländern den Binnenmarkt uneingeschränkt respektieren müssen und Verträge unter Einsatz ihrer kollektiven Verhandlungsmacht eventuell von der Europäischen Union abgeschlossen werden können.

Die Beziehungen mit den unmittelbaren Nachbarn müssen verstärkt werden, um den gesamteuropäischen, den Mittelmeerraum einschließenden Raum zu schaffen, den die europäische Energiegemeinschaft bereits skizziert hatte. Die Energiebeziehungen mit Norwegen und der Schweiz sollten Teil einer, weit über den Rahmen der EFTA und des EWR hinausgehenden Partnerschaft sein. Auch die Beziehungen mit Russland und der Türkei sollten auf eine, die Interdependenz der Volkswirtschaften reflektierende strategische Ebene gehoben werden anstatt kurzfristigen, an einer globalen Vision mangelnden Aktionen ausgesetzt zu sein.

Schließlich muss die europäische Governance im Energiebereich verstärkt werden und die regionale Dimension muss als ein notwendiger Zwischenschritt für eine umfassendere geografische Integration angesehen werden.

Aufgrund ihres einzigartigen Status in der institutionellen Konstellation muss die Europäische Kommission ihre einzigartige historische Rolle als Initiatorin von ehrgeizigen und begründeten Handlungsvorschlägen, als Dialogbegleiterin und als Hüterin der Verträge in vollem Umfang wahrnehmen. Dies erfordert eine verbesserte Transparenz, Überwachung und Regulierung sowie eine hochwertige Kommunikation in Bezug auf die bestehende Situation, ihre Probleme und entsprechende Lösungsmöglichkeiten.

Die europäische Energiepolitik darf nicht mit einer Silo-Mentalität entwickelt werden. Sie muss die mit ihren Zielsetzungen und Mitteln eng verbundene Umweltpolitik einbeziehen. Sie muss auch auf kohärente und proaktive Weise mit allen anderen relevanten Politiken verknüpft werden, sei es in der Industrie-, der Handels-, der Transport- oder der Landwirtschaftspolitik, im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit oder in der Außenpolitik.

Eine pragmatische Herangehensweise, bestehend aus auf kohärenten Zielen basierenden, praktischen, starken und vereinenden Aktionen

Keine dieser konkreten Aktionen – sei es die Reform der europäischen Energiepolitik oder den Aufbau einer Energieunion betreffend – erfordert, obgleich sie eine neue europäische Souveränität schaffen, institutionelle Veränderungen oder Änderungen bereits bestehender Verträge. Die europäischen Staats- und Regierungschefs, die 2007 vereinbart haben, Energiefragen direkt im Europäischen Rat zu behandeln, werden die Offenheit und den Mut zeigen müssen, die für die Entwicklung dieser neuen kollektiven Sichtweise der Energiewende in Europa und der ganzen Welt erforderlich sind. Die Vorrangstellung, die die europäischen Institutionen der Energieunion einräumen, ist sehr willkommen. Sie muss sich in praktischen, starken und verbindenden Handlungen niederschlagen, die von der Kommission vorgeschlagen und von den Akteuren diskutiert, verabschiedet und umgesetzt werden müssen.

Es ist an der Zeit, den Enthusiasmus für eine Idee wiederzufinden, die utopisch bleibt, aber verwirklicht werden kann. Es gibt keine Zeit mehr zu verlieren.

Um diese Erklärung zu untermauern und ihre Grundlagen sowie die Handlungsvorschläge für die Energiezukunft der Europäischen Union ausführlich zu erläutern, haben Sami Andoura und Jean-Arnold Vinois für das Jacques Delors Institute den vorliegenden Bericht verfasst.

Jacques Delors
Gründungspräsident vom Jacques Delors Institute

ZUSAMMENFASSUNG

30 BEFUNDE, 10 SOFORTAKTIONEN UND 10 LANGFRISTIGE BAUSTEINE

Kurz gesagt, in der Europäischen Union gab es lange Zeit keine europäische Energiepolitik, sondern lediglich einen Binnenmarkt und die Wettbewerbspolitik für Strom und Gas, die von im Einklang mit der EU-Klimapolitik getroffenen Maßnahmen flankiert wurden. Eine konkrete außenpolitische Dimension fehlte.

2007 hofften viele, dem Ziel einer, durch einen sehr breiten Konsens zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den Akteuren des Energiesektors bestimmten und von den europäischen Bürgern unterstützten europäischen Energie- und Klimapolitik näherzukommen, die in das Klima- und Energiepaket 2020 münden sollte. Dennoch wird – sieben Jahre später – an der derzeitigen Debatte die Enttäuschung aller Akteure deutlich, die nicht nur durch die Wirtschaftskrise, sondern auch durch viele unerwartete Misserfolge der europäischen Energiepolitik entmutigt wurden.

2010 initiierte das Jacques Delors Institute auf Basis des von Jacques Delors unterbreiteten Vorschlags für eine „Europäische Energiegemeinschaft“ eine eingehende Studie zur Zukunft der europäischen Energiepolitik. Dies bildete den Auftakt für eine umfassende Diskussion mit öffentlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren des Energiesektors auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene. Vier Jahre später bietet sich mit der Annahme des Energie- und Klimarahmens 2030 durch den Europäischen Rat und dem Beginn eines neuen politischen und institutionellen Zyklus der EU im Jahr 2014 die Chance, den aktuellen Stand der europäischen Energiepolitik zu evaluieren und die zur Gewährleistung der angestrebten europäischen Integration und zur Ausschöpfung ihrer Nutzeffekte erforderlichen neuen Strategien zu identifizieren. Gleichzeitig stößt das neue Konzept der Energieunion, das von den neuen EU-Spitzenpolitikern befürwortet wird, ohne bislang konkret definiert worden

zu sein, eine umfassendere Debatte über die künftigen Herausforderungen im Energiebereich an.

Der vorliegende Bericht untersucht vor diesem Hintergrund die Entwicklung der europäischen Energiepolitik zwischen 2007 und 2014, wobei auch auf die jüngsten Entwicklungen und den Beschluss eines neuen Energie- und Klimapakets für 2030 eingegangen wird. Die Stärken und Schwächen der europäischen Energiepolitik werden in dreißig Befunden identifiziert und bewertet. Gestützt auf die Erkenntnis, dass die existierende europäische Energiepolitik zusätzlicher Maßnahmen bedarf, werden drei Hauptzielsetzungen vorgeschlagen, die es mit Hilfe einer umfassenden europäischen Energiepolitik vorrangig zu erreichen gilt. Der Bericht formuliert zehn sinnvolle Handlungsempfehlungen und benennt konkrete Abhilfemaßnahmen, Politikinstrumente und institutionelle Rahmenbedingungen, die im neuen institutionellen Zyklus der EU kurzfristig umgesetzt werden sollten. Darüber hinaus wird versucht, zukunftsweisende Ideen und zentrale Handlungsbereiche aufzuzeigen, um eine ehrgeizige und inspirative Energieunion zu verwirklichen und diese zu einem grundlegenden Element der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten innerhalb der Europäischen Union sowie in Europa zu machen.

1. Kritische Analyse der Stärken und Schwächen der europäischen Energiepolitik: 30 Befunde

Auch wenn in den vergangenen zehn Jahren viel erreicht wurde, bleibt die Fragmentierung des Systems weiter bestehen. Manchmal waren selbst positive Entwicklungen mit Defiziten verbunden, die zum großen Teil nach wie vor nicht angegangen wurden. Die Integration des EU-Energiemarkts liegt in weiter Ferne und der EU fällt es schwer, auf internationaler Ebene kollektiv zu handeln. Die einzelstaatlichen Lösungen haben das Risiko, dass den gemeinsamen Herausforderungen mit unterschiedlichen und in Widerspruch zueinander stehenden Ansätzen begegnet wird, erhöht und bezeugen die Zurückhaltung der Mitgliedstaaten Herausforderungen im Energiebereich gemeinsam anzugehen und sich gegenseitig zu vertrauen. Eine adäquate Governance, die es der EU ermöglichen würde, der fehlenden Koordination und Kooperation zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den betroffenen Akteuren entgegenzuwirken, fehlt. Die EU hat nicht die Möglichkeit, in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Investitionen, Infrastrukturen, Diversifizierung

oder Steuerpolitik direkt die Richtung vorzugeben, um ihre Ziele in Bezug auf Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und/oder Versorgungssicherheit zu erreichen. Es ist nicht gewährleistet, dass der derzeitige Ansatz ausreichen wird, um den wirtschaftlichen, industriellen und gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen, der erforderlich ist, damit der EU bis 2030-2050 der Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft gelingt.

Die Energiepolitik der EU ist derzeit eine Mischform aus primär auf nationalen Erwägungen beruhenden einzelstaatlichen Energiepolitiken und einer auf integrierten Energiemärkten basierenden gemeinsamen Energiepolitik. Die europäische Energiepolitik hat eine tatsächliche Konvergenz der 28 einzelstaatlichen Energiesysteme, Modelle und Regulierungsrahmen geschaffen, die international einzigartig und auf europäischer Ebene unumkehrbar ist. Dies ist die Seite der Medaille, die es hervorzuheben gilt. Vergangene Erfolge und aktuelle Stärken der europäischen Energiepolitik zeigen, dass es viele Dinge gibt, die auf konkrete und pragmatische Weise getan werden können, wenn eine kollektive Sichtweise, klar definierte Ziele, Führung, politischer Willen, verbindliche Regeln und das richtige Regelwerk, Infrastrukturen und finanzielle Instrumente aufeinander abgestimmt sind. Alle positiven Veränderungen, die als Stärken der EU Energiepolitik hervorgegangen sind, sollten verstärkt werden, damit sie ein Motor für die nächsten zu tätigen Schritte sein können. Es steht außer Frage sie zu ignorieren und zu alten Zeiten zurückzukehren.

- 1. Befund:** Die Erweiterung der Europäischen Union war (und bleibt) eine gewaltige Herausforderung
- 2. Befund:** Die Großhandelsmärkte funktionieren
- 3. Befund:** Eine begrüßenswerte Mobilisierung aller Akteure
- 4. Befund:** Koregulierung als neues Governance-Modell
- 5. Befund:** Es gibt eine Kooperation auf regionaler Ebene, diese erfolgt allerdings nach wie vor auf einer Ad-hoc- bzw. freiwilligen Basis
- 6. Befund:** Eine schrittweise Integration der Netze ist sichtbar, kann jedoch beschleunigt werden

7. **Befund:** Die Stromversorgungssicherheit ist nicht auf EU-Ebene geregelt
8. **Befund:** Die Gasversorgungssicherheit ist auf EU-Ebene geregelt, kann jedoch noch verbessert werden
9. **Befund:** Die Endkundenmärkte funktionieren nicht zufriedenstellend
10. **Befund:** Es gibt kein effektives Demand Response Management
11. **Befund:** Die Struktur des Strommarkts macht Korrekturmaßnahmen erforderlich
12. **Befund:** Mehrere nationale Marktführer entwickeln sich zu europäischen und internationalen Akteuren
13. **Befund:** Nationale Eingriffe sind nach wie vor ein zu großes Hindernis
14. **Befund:** Die Einhaltung der Regeln ist zu oft mangelhaft
15. **Befund:** Mangelnde Transparenz, Genauigkeit und Kontrolle nationaler Daten
16. **Befund:** Die Treibhausgasemissionen wurden erwartungsgemäß gesenkt
17. **Befund:** Der Ausbau erneuerbarer Energien war erfolgreicher, aber auch komplexer als erwartet
18. **Befund:** Energieeffizienz ist ein Bereich, der mittlerweile ernst genommen wird, dessen Zielsetzungen aber nach wie vor unzureichend sind
19. **Befund:** Wichtige wirtschaftliche und finanzielle Instrumente der EU sind auf die Umsetzung der Strategie für 2020 ausgerichtet
20. **Befund:** Die EU schraubt ihre internationalen Ambitionen in Bezug auf die Bekämpfung des Klimawandels zurück
21. **Befund:** Beim Wettbewerb im Bereich CO₂-armer Innovationen könnten sich andere durchsetzen

- 22. Befund:** Die Energiebesteuerung erfolgt weiterhin ausschließlich auf nationaler Ebene und wird nicht zum Erreichen der vereinbarten EU-Ziele genutzt
- 23. Befund:** Die Diversifizierung der externen Versorgungsquellen und -routen sowie der jeweiligen Partner wurde in Angriff genommen, allerdings nicht mit genügend Entschlossenheit
- 24. Befund:** Die externe Dimension des EU-Binnenmarkts wird nach und nach weiterentwickelt
- 25. Befund:** Die Integration der Nachbarländer in den EU-Markt geht langsam voran
- 26. Befund:** Die Beziehungen zwischen der EU und Russland müssen verbessert werden
- 27. Befund:** Um wirksam zu sein, muss die Energiepolitik in die Außenpolitik der EU integriert werden
- 28. Befund:** Die Fragmentierung des Systems
- 29. Befund:** Die Gefahr des „Weiterwurstelns“
- 30. Befund:** Eine historische Konvergenz der nationalen Energieprofile und -systeme auf europäischer Ebene

2. Der erforderliche technische Ansatz: Zehn Sofortaktionen für die europäische Energiepolitik und ihre Akteure

Das langfristige Projekt, das durch die Energieunion umgesetzt werden soll, wird nur dann durchführbar sein, wenn die europäische Energiepolitik auf kurze Sicht überarbeitet und vollendet wird. Bei angemessener Steuerung kann die europäische Energiepolitik ein leistungsstarkes Instrument sein, das ein breites Spektrum an pragmatischen und effizienten Lösungen für die Mankos liefert. Eine umfassende europäische Energiepolitik sollte vor allem drei Schlüsselziele erreichen. Das erste ist die Vollendung des Strom- und Gasbinnenmarkts, der einen Punkt erreicht hat, an dem es kein Zurück

mehr gibt. Ein auf einem angemessenen Rechtsrahmen und miteinander verknüpften Infrastrukturen basierender, integrierter, liquider und robuster Energiebinnenmarkt der EU ist und bleibt das wichtigste der EU zur Verfügung stehende Instrument um all ihre wesentlichen Ziele im Energiebereich gleichzeitig zu erreichen.

Das zweite ist es die Vorteile der externen Dimension des europäischen Energiebinnenmarkts zu sammeln. In bestimmten Schlüsselbereichen ist nun ein gemeinsamer EU-Ansatz notwendig, um sicherzustellen, dass bilaterale Verträge einzelner Mitgliedstaaten und Unternehmen mit Versorgungsunternehmen und Transitländern dem gesamten EU-Markt zugutekommen, aber auch dass keine Drittländer/-unternehmen die wichtigsten Energieanlagen und -infrastrukturen bedrohen oder sich auf eine gezielte Reduzierung der Energieversorgung einlassen können. Das dritte ist es, basierend auf einem starken, kohärenten und modernen europäischen Regulierungsraum für den Energiesektor, der von gemeinsamen Institutionen gesteuert wird, die die Koordination und Kooperation zwischen allen Akteuren und Politikfeldern innerhalb eines konsistenten Regulierungsrahmens verbessern, die Governance der europäischen Energiepolitik durchzusetzen.

Im neuen Zyklus der EU-Institutionen gibt es zehn sinnvolle Aktionen, die in Verbindung mit konkreten Rechtsmitteln, politischen Instrumenten und institutionellen Rahmenbedingungen kurzfristig umgesetzt werden sollten. Einige der vorgeschlagenen Aktionen sind neu. Andere sind eine post hoc Rationalisierung des bestehenden Systems und aktueller Mängel. All diese Aktionen sollten die EU im Energiebereich auf ein höheres Integrationsniveau bringen.

Aktion Nr. 1. Ein glaubwürdiger und stabiler EU-Rechtsrahmen für die vollständige Integration des europäischen Energiebinnenmarkts

Aktion Nr. 2. Ein europäischer Rahmen für die Gas- und Stromversorgungssicherheit

Aktion Nr. 3. Mehr Befugnisse für wichtige europäische Akteure

Aktion Nr. 4. Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten auf regionaler Ebene

Aktion Nr. 5. Sicherstellen der Übereinstimmung der zwischenstaatlichen Vereinbarungen mit dem europäischen Energiebinnenmarkt

Aktion Nr. 6. Anstreben eines pan-europäischen Energiemarkts mit der EU und ihren südlichen und östlichen Nachbarn

Aktion Nr. 7. Stärkung der Führungsrolle und der Befugnisse der Europäischen Kommission

Aktion Nr. 8. Verbesserung von Transparenz, Überwachung und Konsolidierung für eine bessere Regulierung

Aktion Nr. 9. Stärkere Integration der Energie in die umfassende EU-Politik

Aktion Nr. 10. Erkenntnisse aus früheren Erfolgen: Lernen aus Schlüsselementen, die die Stärken der EU im Energiebereich bilden

3. Stärkung des europäischen Projekts: Die Energieunion

Die Energieunion ist der Katalysator für die notwendige Energiewende in Europa und soll dazu genutzt werden den fragmentierten, kurzsichtigen und isolierten Ansatz zu überwinden, der sich zum jetzigen Zeitpunkt bedrohlich über Europa abzeichnet. Die Energieunion kann ein zukunftsorientiertes europäisches Projekt für alle bieten, sofern zwei Bedingungen erfüllt sind. Sie muss konkrete Formen annehmen: Reden und Erklärungen, denen keine Taten folgen werden nicht ausreichen, um den Anliegen der Bürger und ihrem Ruf nach einem gemeinsamen politischen Projekt im Energiebereich Rechnung zu tragen. Sie muss inklusiv und interaktiv sein: Die Energieunion sollte eine nachhaltige und inklusive wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen, die allen Nutzen und gesellschaftliches Wohlergehen bringt. Mit einer widerstandsfähigen Energieunion werden die Europäer zudem eine neue Strategie verfolgen, die darauf abzielt, bei globalen Energiefragen gemeinsame Interessen zu wahren und gemeinsame Werte zu fördern.

Ein Patentrezept, mit dem sich diese einzigartige Herausforderung bewältigen und die damit verbundenen Zielsetzungen der EU in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltige Entwicklung, Versorgungssicherheit bzw.

Energieeffizienz erreichen lassen, gibt es nicht. Vor diesem Hintergrund sollten die künftigen Bestimmungsfaktoren der Energieunion (i) eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, (ii) Solidarität und Inklusion sowie (iii) globale strategische Maßnahmen und Widerstandsfähigkeit sein, um im Kontext der Energiewende grundlegende Veränderungen zu erreichen. Dabei sollten die zehn genannten Bausteine als tragende Säulen der künftigen Energieunion fungieren. Diese drei Hauptbereiche und zehn Bausteine für vorrangige Maßnahmen für die Energieunion werden im kommenden, 5-jährigen institutionellen Zyklus der EU zu entscheidenden Veränderungen führen und einer stärkeren Integration, Wettbewerbsfähigkeit, Kooperation und Solidarität im Energiebereich den Weg ebnen – sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU.

Baustein Nr. 1. Ein neues Modell des Wirtschaftswachstums – Verlagerung von der Angebots- zur Nachfrageseite

Baustein Nr. 2. Eine von Innovationen angetriebene industrielle Energiestrategie

Baustein Nr. 3. Investieren in Informationsarbeit über die Herausforderungen und Verhaltensweisen im Zusammenhang mit der Energiewende

Baustein Nr. 4. Eine soziale Energiepolitik

Baustein Nr. 5. Innovative Governance, die zur Erstellung einer „Lage der Energieunion“ führt

Baustein Nr. 6. Einheit in der Vielfalt – Europäische Optimierung der Ressourcen und Infrastrukturen

Baustein Nr. 7. Eine Energiehandelspolitik für die Verteidigung und Förderung der nachhaltigen wirtschaftlichen Interessen der EU außerhalb der EU

Baustein Nr. 8. Europäische öffentlich-private Partnerschaften für die Zusammenarbeit und Entwicklung CO₂-armer Energie

Baustein Nr. 9. Eine europäische Energiediplomatie – Eine Botschaft, mehrere Stimmen

Baustein Nr. 10. Eine europäische Energie- und Klima-Informationsagentur:
Eine gemeinsame Plattform für Analyse, Verständnis und
Vorausdenken

Schlussbemerkung

Keine dieser konkreten Aktionen – sei es die Reform der europäischen Energiepolitik oder den Aufbau einer Energieunion betreffend – erfordert institutionelle Veränderungen oder Änderungen bereits bestehender Verträge. Die europäischen Staats- und Regierungschefs, die 2007 vereinbart haben, Energiefragen direkt im Europäischen Rat zu behandeln, werden die Offenheit und den Mut zeigen müssen, die für die Entwicklung dieser neuen kollektiven Sichtweise der Energiewende in Europa und der ganzen Welt erforderlich sind.

Im nächsten institutionellen Zyklus der EU gilt es, den Beschluss und die Umsetzung verbindlicher Instrumente zu ermöglichen, die den neuen Gegebenheiten und Anforderungen der Energiepolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten gerecht werden und der immer dringlicher erforderlichen europäischen Energiepolitik den Weg bereiten. Dazu müssen zudem eine gemeinsame Vision und ein kollektiver Ansatz entwickelt werden, um die Bedeutung, die Tragweite und die Instrumente, die unter dem Value Added-Konzept einer Energieunion zu entwickeln sind, zu definieren.

Die Energieunion und die europäische Energiepolitik haben ein gemeinsames Ziel: Die Förderung der Integration der Energiemärkte im Interesse der Menschen in und außerhalb Europas. Eine sichere Energieversorgung verringert das Konfliktpotenzial und Europa steht für Frieden. Die Menschheit steht am Scheideweg. Es ist von entscheidender Bedeutung, die Energieunion für die Zukunft jetzt anzustoßen.

EINLEITUNG

ENERGIE ALS KERNELEMENT DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION

Aufgrund der EGKS- und Euroatomverträge von 1951 und 1957, die eine gemeinsame Politik mit spezifischen Energieinstrumenten auf Basis supranationaler, einer europäischen Behörde übertragener Befugnisse vorsahen, stand die Energie von Beginn an im Zentrum der europäischen Integration. Nachfolgende EG-Verträge schufen keine übergreifende Rechtsgrundlage für den Umgang mit Energiefragen. Kurz gesagt, in der Europäischen Union gab es lange Zeit keine europäische Energiepolitik, sondern lediglich einen Binnenmarkt und die Wettbewerbspolitik für Strom und Gas, die von im Einklang mit der EU-Klimapolitik getroffenen Maßnahmen flankiert wurden. Eine konkrete außenpolitische Dimension fehlte.

2007 hofften viele, dem Ziel einer durch einen sehr breiten Konsens zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den Akteuren des Energiesektors bestimmten und von den europäischen Bürgern unterstützten europäischen Energiepolitik näherzukommen. Im Anschluss an ein mutiges Grünbuch der Europäischen Kommission entwickelte die EU maßgebliche Aktivitäten, die sich an den Schlussfolgerungen des Europäischen Rats vom März 2007 und dem daraus resultierenden Energie- und Klimapaket für 2020 orientierten, die wichtige Meilensteine für die Entwicklung einer europäischen Energiepolitik waren. Seither sind zahlreiche Maßnahmen zur Verwirklichung einer europäischen Energiepolitik ergriffen worden.

Dennoch wird – sieben Jahre später – an der derzeitigen Debatte die Enttäuschung aller Akteure deutlich, die nicht nur durch die Wirtschaftskrise, sondern auch durch viele unerwartete Misserfolge der europäischen Energiepolitik entmutigt wurden. Die Integration des EU-Energiemarkts liegt in weiter Ferne und der EU fällt es schwer, auf internationaler Ebene kollektiv zu handeln. Zudem zeigen die wiederholten einzelstaatlichen Maßnahmen, dass die Mitgliedstaaten zögern, die Herausforderungen im

Energiebereich gemeinsam anzugehen, oder schlimmer, dass für eine gemeinsame Souveränität auf höherer Ebene das gegenseitige Vertrauen fehlt.

2010 initiierte das Jacques Delors Institute auf Basis des von Jacques Delors unterbreiteten Vorschlags für eine „Europäische Energiegemeinschaft“ eine eingehende Studie zur Zukunft der europäischen Energiepolitik. Diese bildete den Auftakt für eine umfassende Diskussion mit öffentlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren des Energiesektors auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene.

Vier Jahre später bietet sich mit der Annahme des Energie- und Klimarahmens 2030 durch den Europäischen Rat und dem Beginn eines neuen politischen und institutionellen Zyklus der EU im Jahr 2014 die Chance, den aktuellen Stand der europäischen Energiepolitik zu evaluieren und die zur Gewährleistung der angestrebten europäischen Integration und zur Ausschöpfung ihrer Nutzeffekte erforderlichen neuen Strategien zu identifizieren. Gleichzeitig stößt das neue Konzept der Energieunion, das von den neuen EU-Spitzenpolitikern befürwortet wird, ohne bislang konkret definiert worden zu sein, eine umfassendere Debatte über die künftigen Herausforderungen im Energiebereich an. Damit bietet sich der europäischen Politik eine echte Chance, den Bürgerinnen und Bürgern ein neues und zukunftsorientiertes Gesellschaftsprojekt im Zusammenhang mit der Energiewende anzubieten.

Der vorliegende Bericht untersucht vor diesem Hintergrund die Entwicklung der europäischen Energiepolitik zwischen 2007 und 2014, wobei auch auf die jüngsten Entwicklungen und auf den Beschluss eines neuen Energie- und Klimapakets für 2030 eingegangen wird (Teil 1). Die Stärken und Schwächen der europäischen Energiepolitik werden in dreißig Befunden identifiziert und bewertet (Teil 2).

Gestützt auf die Erkenntnis, dass die existierende europäische Energiepolitik zusätzlicher Maßnahmen bedarf, werden drei Hauptzielsetzungen vorgeschlagen, die es mit Hilfe einer umfassenden europäischen Energiepolitik vorrangig zu erreichen gilt. Der Bericht formuliert zehn sinnvolle Handlungsempfehlungen und benennt konkrete Abhilfemaßnahmen, Politikinstrumente und institutionelle Rahmenbedingungen, die im neuen institutionellen Zyklus der EU kurzfristig umgesetzt werden sollten (Teil 3).

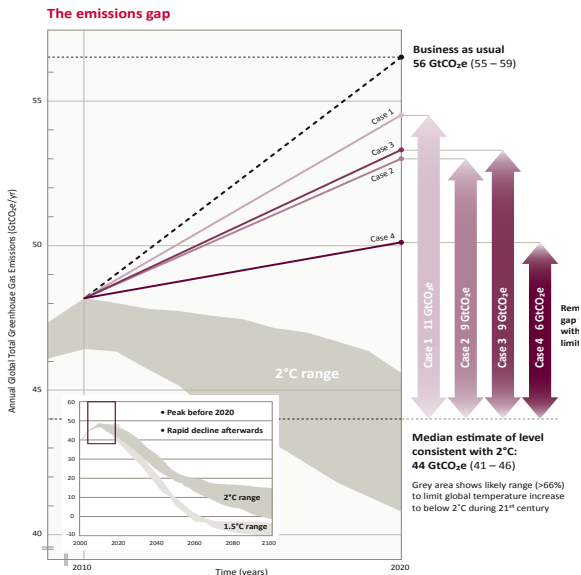
Darüber hinaus wird versucht, zukunftsweisende Ideen und zentrale Handlungsbereiche aufzuzeigen, um eine ehrgeizige und inspirative Energieunion zu verwirklichen und diese zu einem grundlegenden Element der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten innerhalb der Europäischen Union sowie in Europa zu machen (Teil 4).

1. 2007 bis 2014: Große Ambitionen, negative Entwicklungen und ein wachsendes Energierahmenprogramm der EU

1.1. 2007: Große Ambitionen für 2020 und eine neue Energiepolitik für Europa

Das rasche Wirtschaftswachstum Anfang der 2000er Jahre zog auf globaler Ebene die Befürchtung nach sich, dass nicht genügend Energieressourcen zur Verfügung stehen würden, um die hauptsächlich von China und Indien ausgehende wachsende globale Nachfrage zu decken. Gleichzeitig führte es zu untragbar hohen Treibhausgasemissionen sowie zu Energiepreisschwankungen.

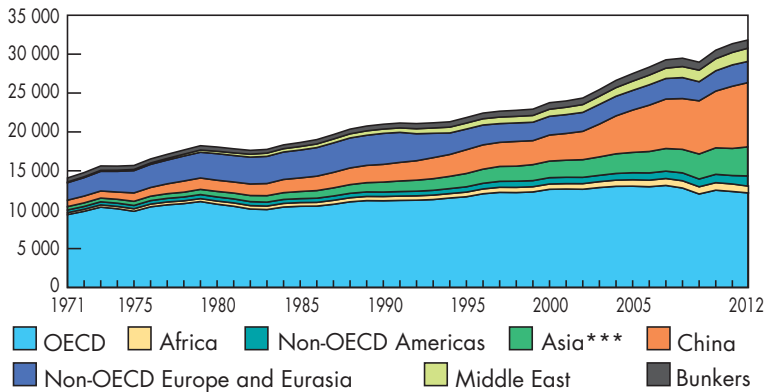
ABB. 1 ► Weltweite Treibhausgasemissionen bis 2020 in unterschiedlichen Szenarien



Quelle: UNEDP, Bridging the Emissions Gap – A synthesis report, 2011

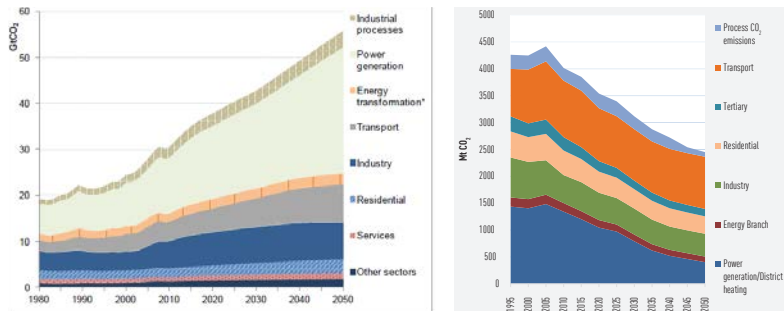
VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

ABB. 2 ➤ Anstieg der CO₂-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe, nach Regionen



Quelle: IEA, Key World Energy Statistics, 2014

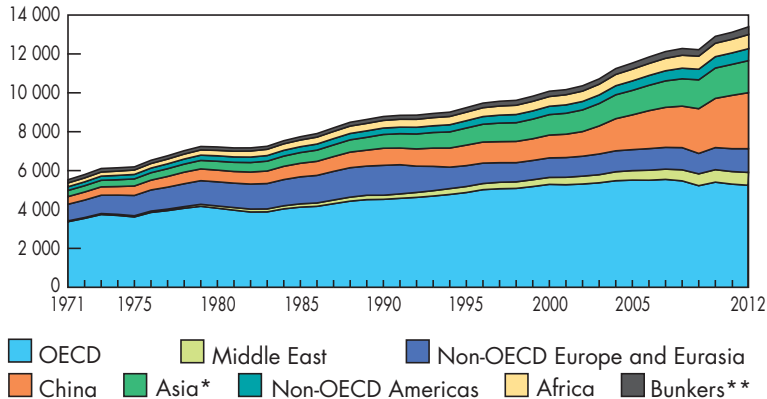
ABB. 3 ➤ Ausblick auf die globale und die EU-weite Emissionsentwicklung



Quelle: Europäische Kommission, EU Energy -Transport and GHG emissions -Trends to 2050 - Reference Scenario, 2013; OECD, Environmental Outlook to 2050, Environmental Chapter, 2011

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

ABB. 4 ► Anstieg des globalen Energieverbrauchs nach Regionen, in Mio. t RÖE



Quelle: IEA, Key World Energy Statistics, 2014

Vor diesem Hintergrund definierte der Europäische Rat im März 2007 eine ehrgeizige „neue Energiepolitik für Europa“, die von allen Staats- und Regierungschefs angenommen wurde. Den Anstoß für diese neue Energiepolitik gab vor allem die Überzeugung, dass sich Europa lange Zeit mit zwei miteinander zusammenhängenden Krisen konfrontiert sehen werde, und zwar mit:

- **einer Energiekrise**, bei der der Ressourcenverbrauch durch menschliche Aktivitäten den natürlichen Ressourcenbestand übersteigen wird, in Europa fossile Ressourcen fehlen werden und man in zunehmendem Maße von Importen abhängig sein wird.
- **einer Umweltkrise**, bei der der Klimawandel radikale Veränderungen in den Bereichen Energieerzeugung, -transport, -verteilung, -speicherung und -verbrauch erforderlich machen wird.

Die nach wie vor gültigen Hauptziele der *neuen Energiepolitik für Europa* bestehen darin, den Zugang der EU-Bürger zu Energie zu erschwinglichen und stabilen Preisen sicherzustellen, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu verbessern, eine nachhaltige Entwicklung und den Übergang zu einer CO₂-armen Gesellschaft zu fördern und die Energieversorgungssicherheit für alle Europäer zu gewährleisten. In diesem energiepolitischen „Zieldreieck“ der

Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit schien allen die Nachhaltigkeit das dringlichste Ziel zu sein.

Die EU hatte die Ambition, bei der Bekämpfung des Klimawandels im Hinblick auf die für die Post-Kyoto-Regelung erforderliche internationale Übereinkunft mit gutem Beispiel voranzugehen und durch die Entwicklung neuer Energietechnologien (vor allem in den Bereichen erneuerbare Energieträger und Energieeffizienz) enorme Möglichkeiten für die Wirtschaft und die Industrie zu schaffen. Manche sprachen sogar von einer zweiten, auf neuen sauberen/CO₂-armen Technologien basierenden industriellen Revolution, die der EU zudem helfen würde, die Wirtschaftskrise zu überwinden. Die vorrangigen Handlungsbereiche in diesem Zusammenhang waren: Energie für Wachstum und Beschäftigung, eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung durch die Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten, ein nachhaltigerer, effizienterer und stärker diversifizierter Energiemix, die Bekämpfung des Klimawandels, Innovationsförderung und die Beziehungen zu Drittländern.

Das Energie- und Klimapaket für 2020 legte drei wesentliche Ziele fest (die so genannten „20-20-20-Ziele“, d.h. eine Verringerung der Treibhausgasemissionen gegenüber dem Niveau des Jahres 1990 um 20%, einen 20%igen Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch und eine 20%ige Erhöhung der Energieeffizienz im Vergleich zu einem Szenario mit unveränderten Rahmenbedingungen), die die EU und ihre 27 Mitgliedstaaten bis 2020 erreichen sollten.

ABB. 5 ► Die Ziele des ersten EU-Klima- und Energiepakets

ANWENDUNGS- BEREICH	ZIELE FÜR 2020	ERLÄUTERUNG	DERZEITIGER STAND
Erneuerbare Energien	20%iger Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoend- energieverbrauch	Ein Anteil von 20% ist das EU-weite Gesamtziel. Es gibt jedoch in jedem Mitgliedstaat andere nationale Zielvorgaben.	2012 lag der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergie- verbrauch bei 14,1%.
	10% im Verkehrssektor	Der Verkehrssektor muss einen 10%igen Anteil erneuerbarer Energieträger wie Biokraftstoffe aufweisen.	Der Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung beläuft sich auf 24,2%. 2012 lag der Anteil erneuerbarer Energien am Kraftstoffverbrauch im Verkehrssektor bei 5,1%.
Treibhaus- gasemissionen	Emissionsminderung um 20% gegenüber dem Niveau von 1990	2020 nicht mehr als 4 501,1 Mio. t CO ₂ e	2012 emittierte die EU-28 4 544,2 Mio. t CO ₂ e.
Energieeffizienz	20%ige Einsparung des Primärenergie- verbrauchs in der EU bis 2020	Bis 2020 nicht mehr als 1 078 Mio. t RÖE Endenergieverbrauch	1104,4 Mio. t RÖE Endenergieverbrauch 2012 (gegenüber 1 130,9 Mio. t RÖE im Jahr 2000)

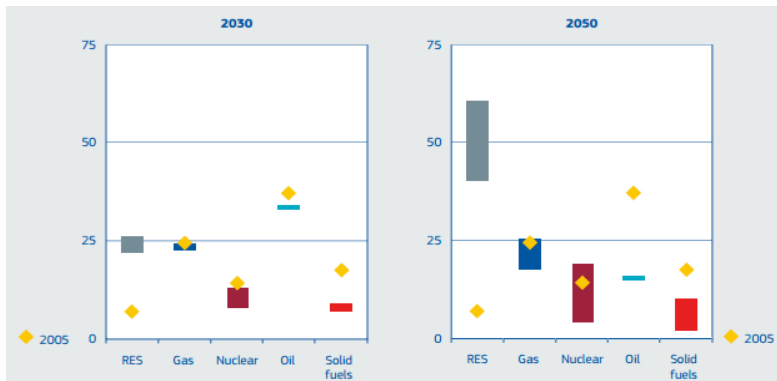
Quelle: Aggregierte Daten von Eurostat sowie aus Rechtsdokumenten der EU

Die drei Zielvorgaben wurden zusammen mit nationalen Aktionsplänen zu ihrer Umsetzung in individuelle nationale Zielvorgaben (verbindlicher und unverbindlicher Art) übersetzt und in rechtsverbindlichen Instrumenten verankert: im EU-ETS, in den Erneuerbare-Energien-Richtlinien und im dritten Maßnahmenpaket für den Energiebinnenmarkt. Die Energieeffizienz, bei der man sich auf keine verbindliche Zielvorgabe einigen konnte, war der kritischste Bereich, da die EU-Mitgliedstaaten der Ansicht waren, dass die zu treffenden Maßnahmen ausschließlich in ihren Zuständigkeitsbereich fallen. Es vergingen vier weitere Jahre, bis 2012 die Energieeffizienz-Richtlinie beschlossen wurde.

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

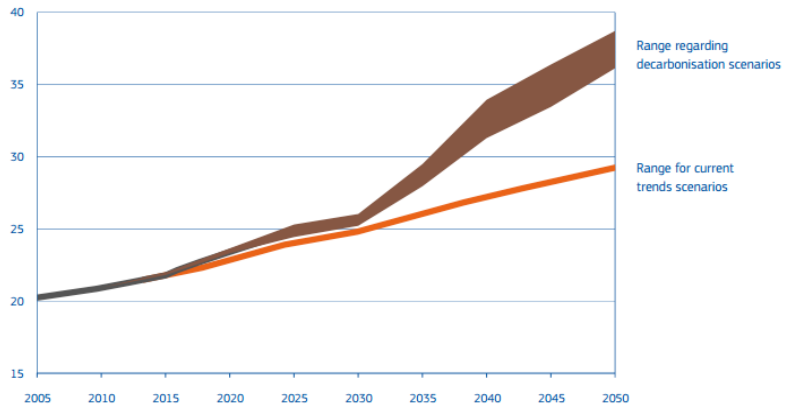
Auf Basis der vom Europäischen Rat eingegangenen Verpflichtung, die Treibhausgasemissionen der EU bis 2050 um 80-95% zu senken, schlug die Europäische Kommission schließlich einen Fahrplan für den Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft bis 2050 vor, der jedoch nie von den EU-Mitgliedstaaten angenommen wurde. Dieser Ansatz verdeutlicht die Dominanz der Nachhaltigkeit im Rahmen der Energiepolitik. Die Senkung der Treibhausgasemissionen impliziert einen schrittweisen Verzicht auf alle fossilen Brennstoffe im Energiemix, es sei denn, Technologien ermöglichen die Dekarbonisierung solcher Brennstoffe.

ABB. 6 ➤ EU-Dekarbonisierungsszenarien – Spanne des Brennstoffanteils am Primärenergieverbrauch 2030 und 2050 gegenüber 2005 (in %)



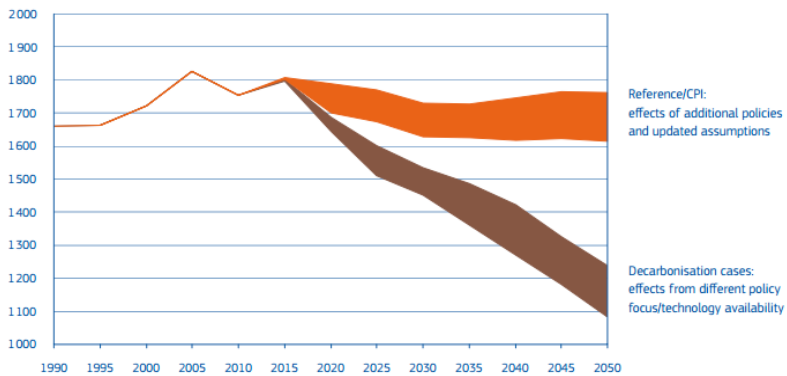
Quelle: Kommission, Energiefahrplan 2050, 2012

ABB. 7 ▶ Stromanteil in den aktuellen Trendszenarien
und in den Dekarbonisierungsszenarien (als % der Endenergienachfrage)



Quelle: Kommission, Energiefahrplan 2050, 2012

ABB. 8 ▶ Bruttoenergieverbrauch – Spanne in den aktuellen Trend- (REF/API)
und Dekarbonisierungsszenarien (in Mio. t RÖE)



Quelle: Kommission, Energiefahrplan 2050, 2012

Mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon Ende 2009, der einen neuen Energieartikel (Artikel 194) in den EU-Vertrag integrierte, verfügte die

Energiepolitik erstmals über eine eigene Rechtsgrundlage. Eine grundlegende Änderung des bisherigen Ansatzes wurde dadurch im Grunde jedoch nicht ermöglicht. Artikel 194 AEUV ist ein sorgfältig ausgearbeiteter Kompromiss zwischen der nationalen Souveränität in Bezug auf den Energiemix, die Nutzung natürlicher Ressourcen und die Energiebesteuerung – drei Schlüsselemente jeder Energiepolitik – und einer gemeinsamen Zuständigkeit auf EU-Ebene für andere Bereiche.

Hier ist anzumerken, dass Erdöl für gewöhnlich nicht Teil der Energiepolitik ist, obwohl dieses nach wie vor mehr als ein Drittel des Energiemix der Europäischen Union ausmacht. Die Liquidität des globalen Erdölmarkts löst nicht die gleichen Bedenken wie bei Gas aus und die starke Erdölabhängigkeit des Verkehrs wird im Rahmen der Energiesicherheitspolitik nicht angesprochen. Wahrscheinlich verdient dieses Thema stärkere Aufmerksamkeit, würde jedoch den Rahmen dieses Berichts sprengen.

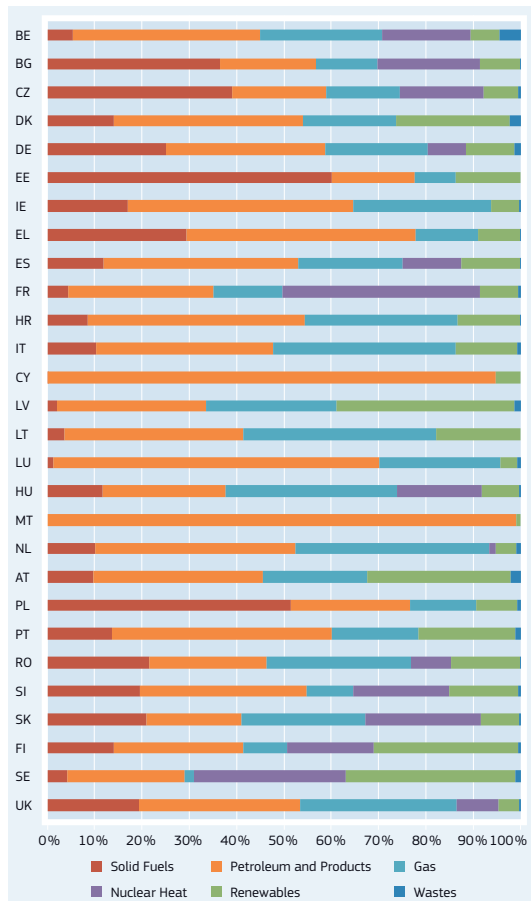
KASTEN 1 ► Art. 194 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)

1. Die Energiepolitik der Union verfolgt im Geiste der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten im Rahmen der Verwirklichung oder des Funktionierens des Binnenmarkts und unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Erhaltung und Verbesserung der Umwelt folgende Ziele: a) Sicherstellung des Funktionierens des Energiemarkts; b) Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit in der Union; c) Förderung der Energieeffizienz und von Energieeinsparungen sowie Entwicklung neuer und erneuerbarer Energiequellen und d) Förderung der Interkonnektion der Energienetze.
 2. Unbeschadet der Anwendung anderer Bestimmungen der Verträge erlassen das Europäische Parlament und der Rat gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren die Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Ziele nach Absatz 1 zu verwirklichen. Der Erlass dieser Maßnahmen erfolgt nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen. Diese Maßnahmen berühren unbeschadet des Artikels 192 Absatz 2 Buchstabe c nicht das Recht eines Mitgliedstaats, die Bedingungen für die Nutzung seiner Energieressourcen, seine Wahl zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur seiner Energieversorgung zu bestimmen.
 3. Abweichend von Absatz 2 erlässt der Rat die darin genannten Maßnahmen gemäß einem besonderen Gesetzgebungsverfahren einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments, wenn sie überwiegend steuerlicher Art sind.
-

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

Infolgedessen reagierten die EU-Mitgliedstaaten wiederholt im Alleingang auf Energiekrisen und -herausforderungen. Kann eine europäische Energiepolitik entwickelt werden, wenn die EU-Mitgliedstaaten dies an solche Bedingungen knüpfen? Die Widersprüche zwischen der nationalen und der europäischen Ebene werden sehr bald deutlich werden.

ABB. 9 ► Bruttoinlandsenergieverbrauch in der EU 28 nach Energieträgern und Mitgliedstaaten

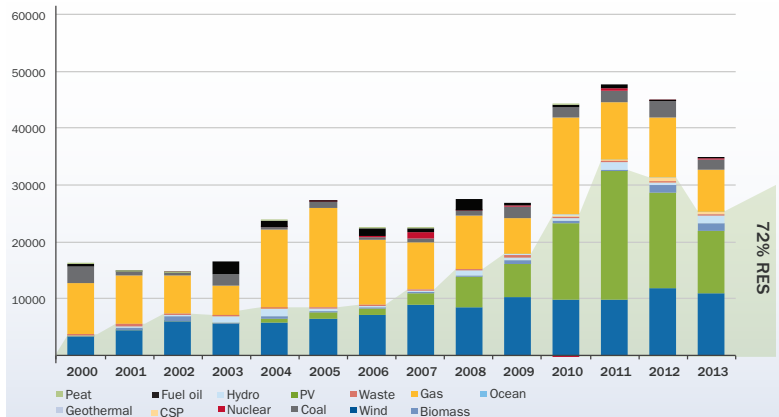


Quelle: Europäische Kommission, Statistical Pocket Book, 2014

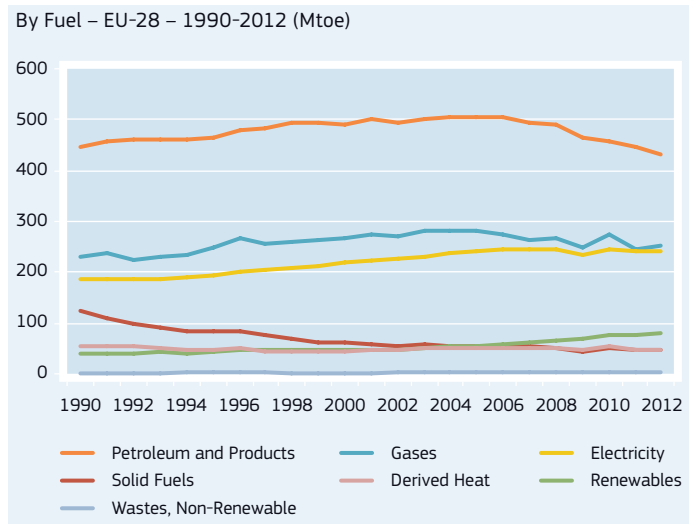
1.2. 2007 bis 2014: Negative globale und europäische Entwicklungen

Zwischen 2007 und 2013 hatten zentrale internationale Entwicklungen, von denen einige – und nicht die unbedeutendsten – außerhalb Europas ihren Ursprung hatten, erhebliche Auswirkungen auf die europäische Energiestrategie des Jahres 2007. Auf die Finanzkrise im Jahr 2008 folgte die Wirtschaftskrise, von der insbesondere die EU betroffen war und die einige ihrer Mitgliedstaaten besonders tiefgreifend traf. Die Wirtschaftskrise zeigte zudem, dass es der EU nur begrenzt möglich war, rasch Lösungen zu finden und die eigenen Regeln an das neue, aus diesen Ereignissen hervorgehende Umfeld anzupassen. In Verbindung mit dem auf großzügigen nationalen Förderregelungen basierenden massiven Ausbau erneuerbarer Energien brachte die Wirtschaftskrise für die einzelnen Verbraucher einen beträchtlichen Preisanstieg mit sich. Dies war jedoch mit dem positiven Effekt einer Verbesserung der Energieeffizienz und einer Verringerung des Energieverbrauchs verbunden, was zudem einen Rückgang der Treibhausgasemissionen zur Folge hatte.

ABB. 10 ► Neue Kapazitäten nach Energieträgern 2000 – 2013, in MW



Quelle: EWEA, European Statistics – Wind in power, 2014

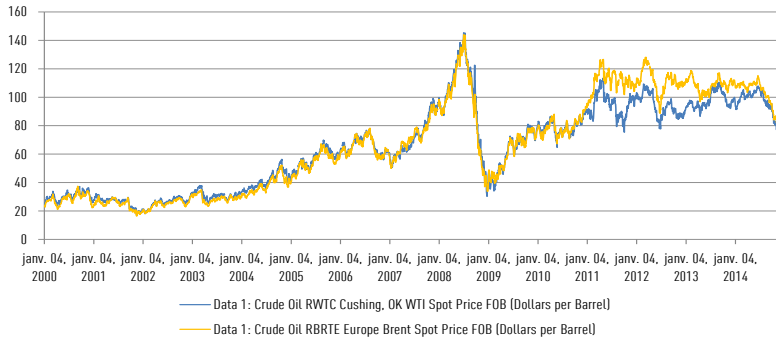
ABB. 11 ► EU-Endenergieverbrauch: Entwicklung des tatsächlichen Verbrauchs in Mio. t RÖE

Quelle: Europäische Kommission, Energy Pocketbook, 2014

Überdies blieb der Ölpreis pro Barrel, nachdem er im Juli 2008 den Spitzenwert von 147 US-Dollar erreicht hatte, durch die Instabilität mehrerer Förderländer und den Nachfrageanstieg in den Schwellenländern sehr hoch. Dies führte weltweit (außer in der EU) – und nicht zuletzt in den Vereinigten Staaten, wo die Schieferöl- und Schiefergasrevolution einsetzte – zu einem Anstieg der Investitionen in Exploration und Förderung.

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

ABB. 12 ► Durchschnittlicher Jahrespreis für Euro BRENT in US-\$

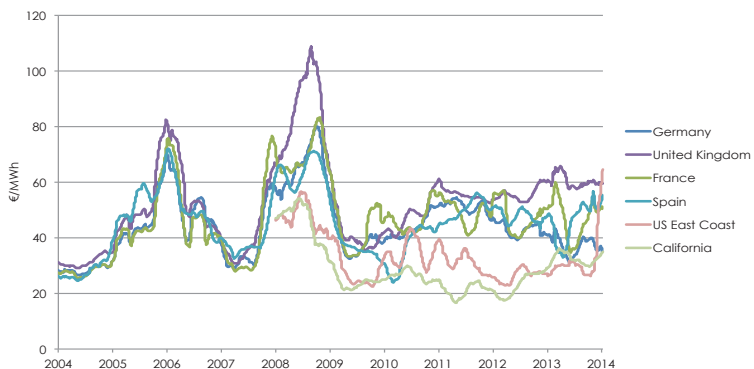


Quelle: IEA, Key World Energy Statistics, 2014

Die europäische Wirtschaft, insbesondere die energieintensiven Branchen und/oder die auf internationalen Märkten agierenden Unternehmen sahen ihre Wettbewerbsfähigkeit durch die Strom- und Gaspreise beeinträchtigt. Sie drohten, in Europa keine Investitionen mehr zu tätigen, und unterstrichen die Gefahr einer Verlagerung der CO₂-Emissionen.

ABB. 13 ► Strompreise der letzten Jahre in ausgewählten europäischen und nordamerikanischen Märkten

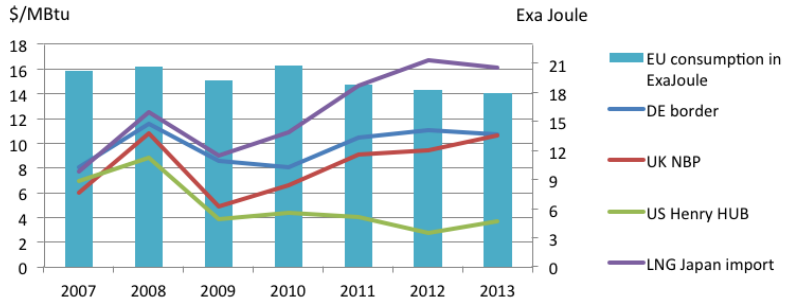
Price variations over time are of a similar magnitude to variation across regions.



Quelle: Neuhoff, K. et al., Staying with the leaders. Europe's path to a successful low carbon economy, *Climate Strategies*, 2014

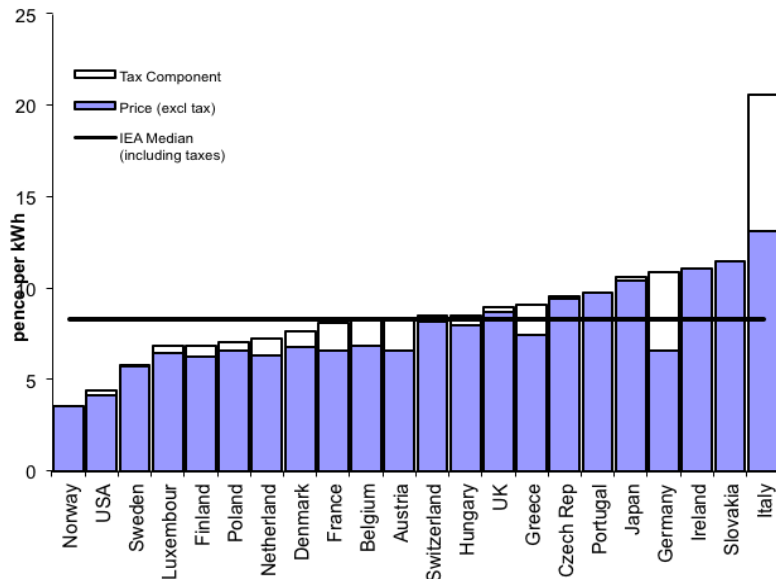
VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

ABB. 14 ➤ Erdgasverbrauch in der EU (rechte Achse) und verschiedene Gaspreise (linke Achse)



Quelle: Aggregierte Daten von Eurostat, BP Statistical Review

ABB. 15 ➤ Durchschnittliche IEA Industriestrompreise nach Steuern im Jahr 2013 (Pence/kWh)



Quelle: Aggregierte Daten von Eurostat, BP Statistical Review

Diese Periode war auch durch einen Rückgang der Produktion fossiler Brennstoffe in der EU und die damit verbundene größere Importabhängigkeit geprägt sowie durch eine erhebliche Störung der russischen Gaslieferungen im Januar 2009, von der ein Dutzend EU-Mitgliedstaaten betroffen waren.

ABB. 16 ► Heimische Produktion von Energieträgern in der EU

HEIMISCHE PRODUKTION 2012 IN 1000 TONNEN ROHÖLEINHEITEN			
Insgesamt	Rohöl	Kohle und Braunkohle	Erdgas
369 615	70 413,2	166 053,3	133 148,5
HEIMISCHE PRODUKTION 2002 IN 1000 TONNEN ROHÖLEINHEITEN			
Insgesamt	Rohöl	Kohle und Braunkohle	Erdgas
566 766,4	151 374,4	209 420,4	205 971,6

Quelle: Eurostat, 2014

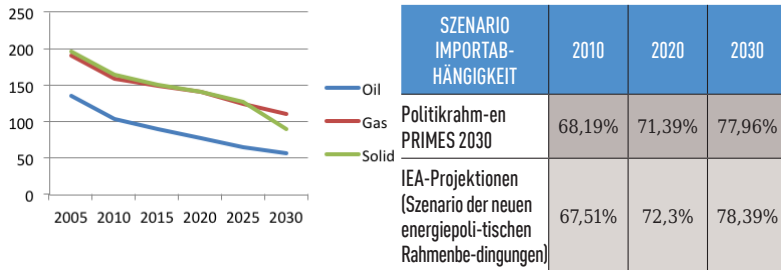
ABB. 17 ► Die fünf größten Öl-, Kohle- und Gasproduzenten der EU im Jahr 2012

ÖL		GAS		KOHLE	
Land	Menge in RÖE	Land	Menge in 1000 RÖE	Land	Menge in RÖE
UK	43 049 800	NL	57 472,4	PL	57 506 800
DK	10 168 700	UK	35 040,9	DE	47 596 300
IT	5 490 800	DE	9 568,8	CZ	20 141 500
RO	3 957 800	RO	8 682,7	UK	9 530 900
DE	2 576 000	IT	7 047,5	GR	8 044 700

Quelle: Eurostat, 2014

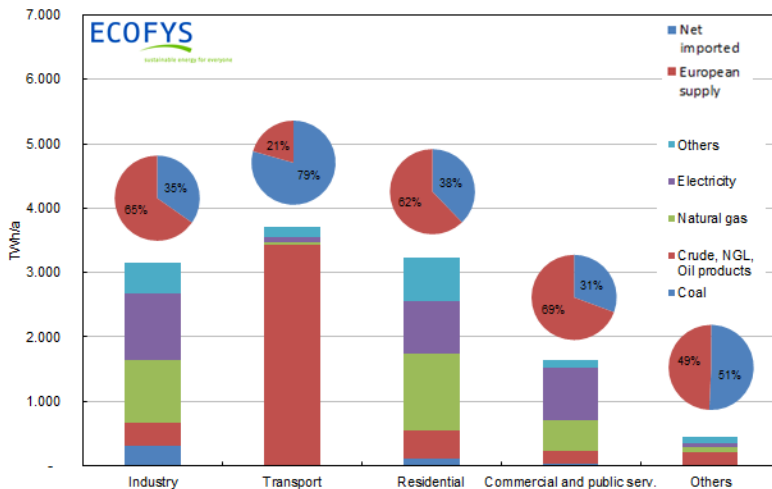
VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

ABB. 18 ➤ Heimische Produktion fossiler Brennstoffe in der EU (links) und wachsende Importabhängigkeit (rechts)



Quelle: Europäische Kommission, EU Energy - Transport and GHG emissions - Trends to 2050 - Reference Scenario Annex 2, 2014

ABB. 19 ➤ Endenergieverbrauch nach Sektor bzw. Energieträger und Importabhängigkeit

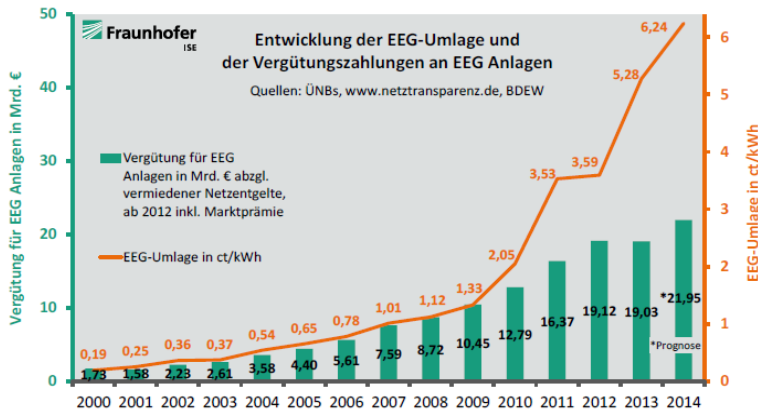


Quelle: Ecofys, Deep renovation of buildings - An effective way to decrease Europe's energy import dependency, 2014

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

Dann löste die Nuklearkatastrophe in Fukushima erneut Zweifel an der Sicherheit der Kernenergie aus. Die darauffolgende einseitige Entscheidung Deutschlands aus der Kernenergie auszusteigen hatte beträchtliche Auswirkungen auf die EU und ihren Energiebinnenmarkt, was zugleich verdeutlicht, dass eine solche Entscheidung ohne die Existenz des europäischen Markts und die Verbindungen mit den Nachbarstaaten nicht möglich gewesen wäre.

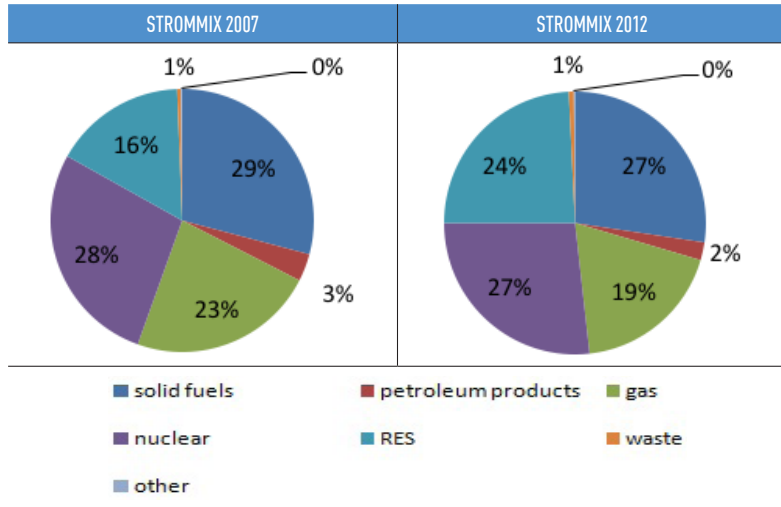
ABB. 20 ► Entwicklung der EEG-Umlage



Source: Fraunhofer, ISE, 2014.

Dies ist insofern kein Einzelfall als er die von allen Mitgliedstaaten zu ertragende, allgemein unzureichende Berücksichtigung der Auswirkungen nationaler Entscheidungen auf andere Länder und die Grenzen nationaler Entscheidungen in Bezug auf den Energiemix in einem europäischen Markt widerspiegelt. Dieser unilaterale Ansatz, der auf eine Vielzahl von Bereichen ausgedehnt wurde, u.a. auf Subventionen, die Versorgungssicherheit, die regionale Kooperation und die Transparenz, hat das gegenseitige Vertrauen der Mitgliedstaaten und ihre Fähigkeit zur Zusammenarbeit massiv untergraben.

ABB. 21 ➤ **Stromerzeugung in der EU nach Energiequelle**



Quelle: Eurostat, 2014.

ABB. 22 ➤ **Die 5 größten Energieverbraucher, in Mio. t RÖE**
(in Klammern in Prozent des Gesamtverbrauchs in der EU)

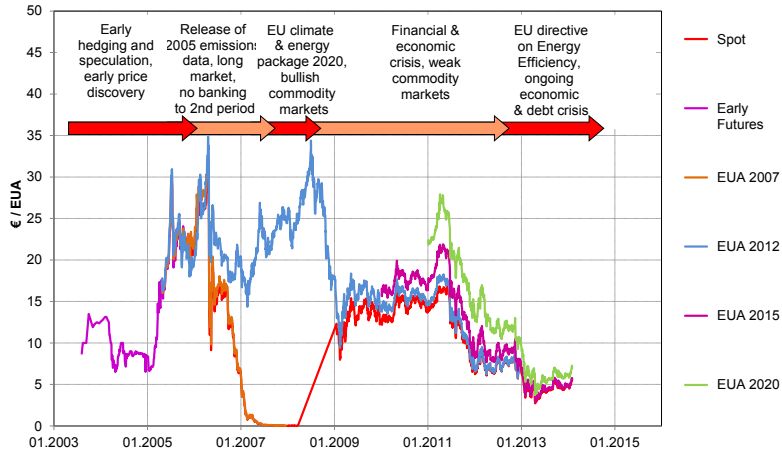
GESAMTENER- GIEVERBRAUCH	ERDÖLER- ZEUGNISSE	GAS	FESTE BRENNSTOFFE	KERNENERGIE	ERNEUERBARE ENERGIEN
DE: 319,5 19%	DE: 108 19%	DE: 69,8 18%	DE: 80,3 27%	FR: 109,7 48%	DE : 33,1 18%
FR: 258,4 15%	FR: 80,4 14%	UK: 66,4 17%	PL: 50,6 17%	DE: 25,6 11%	FR: 21,1 11,4%
UK: 202,3 12%	UK: 68,7 12%	IT: 61,3 15,6%	UK: 38,8 13%	UK: 18,1 8%	IT: 20,7 11%
IT: 163,1 9,7%	IT: 59,9 10,5%	FR: 38,2 10%	CZ: 17,2 6%	SE: 16,5 7%	SE: 18,5 10%
ES: 127,3 7,5%	ES: 52,9 9%	NL: 33 8,4%	IT: 16,3 5,5%	ES: 15,8 6,9%	ES: 15,9 8,6%

Quelle: Eurostat, 2014.

Schließlich stürzten die Preise für CO₂-Emissionen ab – und damit das EU-ETS. Zurückzuführen war dies auf:

- die genehmigte Überversorgung mit internationalen Krediten im Rahmen des EU-ETS, die etwa die Hälfte der derzeitigen Überschusszuweisung ausmachen.
- die durch die konjunkturelle Verlangsamung verursachte Emissionsminderung, die im Gegensatz zu einem projizierten, nicht eingetretenen Trendwachstum der Wirtschaft und der Emissionen stand.
- die Verbesserung der Energieeffizienz;
- die Stilllegung alter und besonders CO₂-intensiver (brennstoffbetrieblener) Kraftwerke im Stromerzeugungsmarkt; und
- den Ausbau erneuerbarer Energien.

ABB. 23 ➤ Entwicklung des ETS-Zertifikatspreises

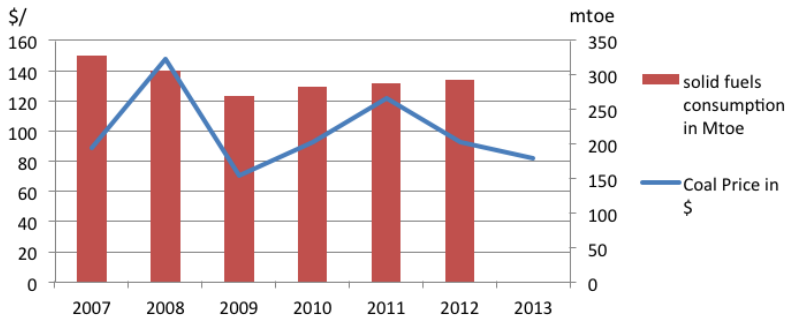


Quelle: Matthes, F. C. et. al., Öko-Institute.V., Next Steps for the European Union Emissions Trading Scheme (EU ETS); Matthes, F. C. et. al., Öko-Institute.V., Next Steps for the European Union Emissions Trading Scheme (EU ETS): Structural Reforms, 2014.

Mit dieser Krise des CO₂-Markts ging der damit verbundene Marktanreiz für neue saubere Technologien (z.B. neue erneuerbare Energien oder CO₂-Abtrennung und-Speicherung) verloren, was dem Hauptzweck des EU-ETS, die Emissionen zu senken, und seiner Ausrichtung, den Wandel in den

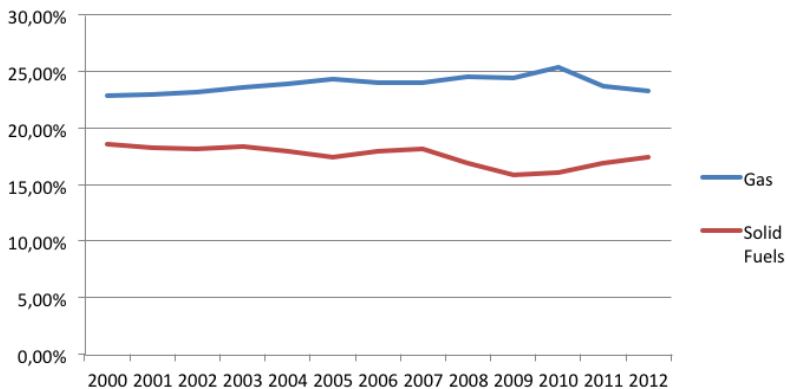
Stromerzeugungsmärkten nicht zu forcieren, Rechnung trägt. Diese Krise kam auch mit einem unerwarteten Wiederaufleben der Kohleverbrennung in Kontinentaleuropa einher, das durch niedrige, die durch Schiefergas ersetzte US-amerikanische Kohle nach Europa bringende Kohlepreise begünstigt wurde.

ABB. 24 ➤ Kohlepreis pro Tonne (linke Achse)
und Verbrauch an festen Brennstoffen in der EU (rechte Achse)



Quelle: Aggregierte Daten von Eurostat, BP Statistical Review, 2014.

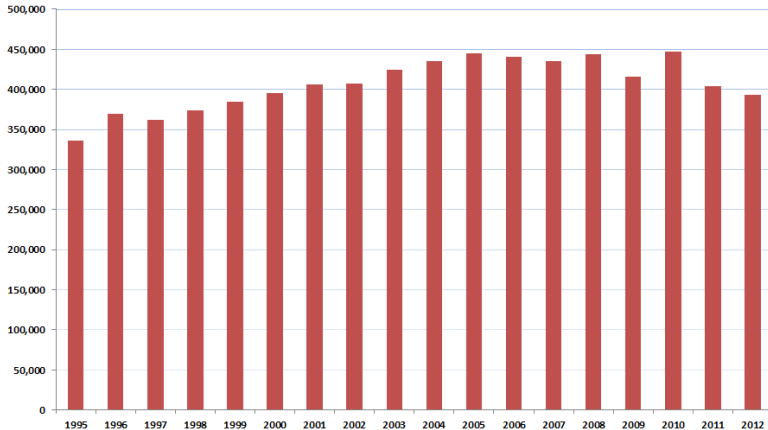
ABB. 25 ➤ Anteil des Verbrauchs an Gas und festen Brennstoffen in der EU
am Bruttoinlandsverbrauch



Quelle: Eurostat, 2014

Versorgungsunternehmen, die in diesem Zeitraum beschlossen, in Gas zu investieren, und den Paradigmenwechsel in der Stromerzeugung (Treibhausgasemissionen, erneuerbare Energien, nachfrageseitiges Lastmanagement bzw. Demand Response) zu lange ignorierten, litten folglich sehr stark unter dieser Kombination aus innerhalb und außerhalb der EU auftretenden, marktbezogenen, regulatorischen und politischen Entwicklungen. Einige dieser Unternehmen haben bis zu 50% ihres Börsenwerts verloren und mehrere konventionelle Gaskraftwerke in der EU mit einer Kapazität von insgesamt bis zu 50 GW vom Netz genommen und/oder stillgelegt. Diese Unternehmen äußern vermehrt Kritik an der Entwicklung der europäischen und nationalen Energiepolitiken, wie die Initiative der aus großen Energieversorgungsunternehmen bestehenden Magritte-Gruppe seit Dezember 2013 zeigt.

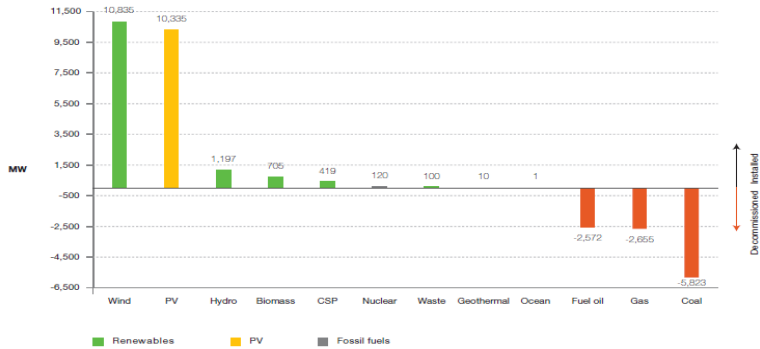
ABB. 26 ➤ 26 – Entwicklung des europäischen Gasverbrauchs



Quelle: Europäische Kommission, SWD (2014) 330 final, 2014.

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

ABB. 27 ➤ 2013 neu hinzugekommene Nettostromerzeugungskapazitäten in der EU 28



Quelle: EPIA, *Global Market Outlook for Photovoltaics 2014 – 2018*, 2014.

ABB. 28 ➤ Verringerung des Gasanteils in der Stromerzeugung in ausgewählten Ländern

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	H1 2014	H1 2014/H1 2013
Italy	33.4	28.7	29.8	27.5	24.2	20.1	7.9	-16%
UK	24.8	23.1	25.3	19.5	13.2	13.1	6.4	-8%
Spain	16	13.7	11.6	9.4	7.2	4.8	1.8	-12%
Belgium	n.a.	n.a.	n.a.	7.1	8.4	7.4	3.0	-32%
France	n.a.	n.a.	2.2	2.5	1.5	1.2	0.2	-73%

Quelle: Europäische Kommission, *Gas Market Quarterly*, 2014.

ABB. 29 ► Wertverlust europäischer Versorgungsunternehmen (links),
ROCE und WACC europäischer Versorgungsunternehmen (rechts)



Quelle: *The Economist*, *How to lose half a trillion Euros*, 2014 (left),
IHS CERA, *European Energy Investment Imperative – Complimentary Report*, 2014 (right).

Der Einbruch der CO₂-Preise, der durch nationale Förderregelungen forcierte, rasche Ausbau dezentralisierter und zentralisierter erneuerbarer Energien, die Auswirkungen von Veränderungen des Energiemix auf Nachbarländer, die parallel zur Ausweitung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen unzureichende Entwicklung der Netze, das Comeback von Kohle und Braunkohle und die niedrigen Energiepreissignale für neue Investitionen hatten insgesamt massive Auswirkungen auf die Entwicklung des Energiebinnenmarkts der EU und verringerten demnach seine Nutzeffekte.

1.3. Aktualisierung des Energierahmenprogramms: Das Energie- und Klimapaket der EU für 2030

Der europäische Energiesektor, der durch die Unsicherheit der Regulierungsrahmen, die mangelnde Vorhersehbarkeit für Investitionen in CO₂-arme Technologien, steigende Preise, eine externe Abhängigkeit sowie eine wachsende Besorgnis über den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit gekennzeichnet ist, unterliegt einem raschen Wandel. Dies veranlasste die EU, im Oktober 2014 ein neues und umfassendes Energie- und Klimapaket für 2030 zu beschließen. Zunächst bekräftigte der Europäische Rat die Zielsetzungen des Jahres 2007 für 2020 erneut und verpflichtete sich zur „Verwirklichung der EU-Ziele in den

Bereichen Reduzierung der Treibhausgasemissionen, erneuerbare Energien und Energieeffizienz, die bis 2020 vollständig erreicht werden müssen“.

Das beschlossene neue Energie- und Klimapaket für 2030 legt eine Reihe quantifizierter Zielvorgaben für die Klima- und Energiepolitik fest. Dazu zählen ein verbindliches EU-weites Ziel für eine Verringerung der Treibhausgasemissionen um 40% mit bindenden nationalen Zielvorgaben; ein verbindliches EU-weites Ziel für einen Anteil der erneuerbaren Energien von mindestens 27% mit unverbindlichen nationalen Aktionsplänen/Zielsetzungen; ein indikatives Ziel für eine Erhöhung der Energieeffizienz auf mindestens 27% mit unverbindlichen nationalen Aktionsplänen/Zielsetzungen und einer Priorisierung bestimmter Sektoren; und ein indikatives Ziel, die grenzüberschreitende Stromübertragung auf Kapazitäten auszubauen, die 15 % der Produktion des jeweiligen Staats entsprechen, um die verbleibenden „Energieinseln“ in den Binnenmarkt zu integrieren.

Dies ist ein minimaler Erfolg in Bezug auf die Festlegung des Rahmens für den Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft und die Stärkung der Position der EU für die Post-Kyoto-Verhandlung bei der im Dezember 2015 in Paris stattfindenden 21. Vertragsstaatenkonferenz (COP21). Was die konkrete Umsetzung und die zu ergreifenden Maßnahmen anbelangt, bleibt das Maßnahmenpaket jedoch vage. Außerdem wirft es im Hinblick auf die Fähigkeit, das Ziel einer 80-95%igen Senkung der Treibhausgasemissionen bis 2050 zu erreichen, viele Fragen auf.

Dieses konsensbasierte und technologieneutrale Maßnahmenpaket ist lediglich eine Neuauflage des Energie- und Klimapakets 2020, die mehr oder weniger auf den gleichen Zielsetzungen und Methoden beruht, aber überarbeitete Elemente enthält. Die größere Flexibilität, die den Mitgliedstaaten zugestanden wird, soll durch ein zuverlässiges und transparentes Governance-System flankiert werden, das darauf abzielt, die Koordination nationaler energiepolitischer Maßnahmen zu erleichtern und die regionale Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern.

Klare Angaben zur Vorgehensweise sind im Energie- und Klimapaket jedoch nicht enthalten. Die Verabschiedung des Energie- und Klimapakets für 2030 ist ein wertvoller Schritt für die Entwicklung einer gemeinsamen Energiepolitik für Europa, doch durch die Einführung von auf EU-Ebene festgelegten Vorgaben/Zielen ist noch keine vollwertige europäische Energiepolitik erreicht. Die Umsetzung

dieser Ziele, die bislang größtenteils auf nationaler Ebene und durch nationale Maßnahmen erfolgte, bleibt der wichtigste und schwierigste Teil des Prozesses.

Der Europäische Rat forderte darüber hinaus eine stärkere Marktintegration variabler erneuerbarer Energien, einen stärker vernetzten Energiebinnenmarkt und adäquate Sicherungsmaßnahmen, die gegebenenfalls auf regionaler Ebene koordiniert werden sollten. Im Unklaren ließ der Rat jedoch, wie dies erreicht werden soll und ob in diesen Bereichen zusätzliche rechtliche Maßnahmen oder Regulierungsrahmen erforderlich sind. Das EU-ETS soll ab 2021 durch die Einführung einer Marktstabilitätsreserve zwar teilweise reformiert, in seiner Grundstruktur jedoch nicht wesentlich verändert werden (kostenfreie Zuteilung von Emissionsrechten, Verlagerung von CO₂-Emissionen etc.).

Gewisse strukturelle Probleme wurden indes nach wie vor nicht angegangen. Dazu zählen insbesondere die Probleme in Bezug auf die derzeitige Struktur des Strommarkts, die Bedenken im Hinblick auf die Stromversorgungssicherheit und die Entwicklung intelligenter und interaktiver Netze, um eine verbesserte Steuerung sowohl des Systems als auch der Nachfrage zu ermöglichen.

Durch die Fokussierung auf wichtige Infrastrukturprojekte (Vorhaben von gemeinsamem Interesse zur Diversifizierung der Gaslieferanten/der Transitrouten, Integration des EU-Gasmarkts, Speicherung, IKT etc.) trägt das Maßnahmenpaket auch den Problemen im Zusammenhang mit der Energieversorgungssicherheit und der externen Dimension der EU-Energiepolitik Rechnung. Außerdem geht es sehr allgemein auf die Verhandlungsmacht der EU in Energieverhandlungen, die Rolle der Kommission, die Energiegemeinschaft mit den EU-Nachbarländern und die Vermittlung konsistenter Botschaften gegenüber externen Partnern ein.

Darüber hinaus verpflichtete sich der Europäische Rat, alle Elemente des Energierahmenprogramms der EU fortlaufend zu prüfen, die strategische Ausrichtung weiterhin festzulegen und die Kommission dazu aufzufordern, einen regelmäßigen Dialog mit den betroffenen Akteuren aufrechtzuerhalten. Dies sind drei wesentliche Voraussetzungen, um in Zukunft Fortschritte in Richtung einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik zu erzielen. Der Europäische Rat bekräftigte zudem die Zielsetzung einer Energieunion, ohne genauer auf die konkrete Form des Konzepts einzugehen.

2. Kritische Analyse der Stärken und Schwächen der europäischen Energiepolitik: 30 Befunde

Bevor Korrekturmaßnahmen oder neue Maßnahmen definiert werden, empfiehlt es sich, ein klares und gemeinsames Verständnis der Gründe zu entwickeln, die diese rechtfertigen. Die 2007 beschlossene „neue Energiepolitik für Europa“ und die Art und Weise, wie diese von den EU-Mitgliedstaaten und den Akteuren des Energiesektors umgesetzt wurde, hatte einen maßgeblichen Einfluss auf die Veränderung der Energiemärkte und -systeme in Europa, von denen einige sehr begrüßenswert und andere wesentlich problematischer sind. Der Fokus dieser kritischen Analyse liegt auf drei Hauptbereichen: (1) auf dem Energiebinnenmarkt der EU, (2) auf der Umsetzung des Energie- und Klimapakets für 2020 und (3) auf der externen Dimension der europäischen Energiepolitik. Dazu werden 30 wichtige Befunde vorgelegt.

2.1. Die gute, aber unzureichende Leistung des Energiebinnenmarkts der EU

1. Befund: Die Erweiterung der Europäischen Union war (und bleibt) eine gewaltige Herausforderung

Die 2004 bzw. 2007 erfolgte Erweiterung der Europäischen Union um neue Mitgliedstaaten, die im Vergleich zu den übrigen einen stärker auf fossilen Brennstoffen basierenden Energiemix und eine größere Abhängigkeit von einem einzigen Lieferanten, nämlich Russland, aufwiesen, stellte für die EU als Ganzes gleichzeitig eine Neuordnung und Herausforderung dar. Für diese Länder war die Akzeptanz der „20-20-20“-Ziele eine gewaltige Herausforderung und sie unternahmen beträchtliche Anstrengungen, um den damit verbundenen Anforderungen gerecht und Teil des Binnenmarkts zu werden.

Allerdings kam es im Zuge des EU-Beitritts in mehreren Ländern weder durch die Umsetzung der EU-Bestimmungen noch durch die erforderlichen unabhängigen Regulierungsorgane zu einer ausreichenden Verbesserung der Governance. Die Vorteile des Binnenmarkts wurden daher nicht immer genutzt und im Energiebereich besteht nach wie vor eine gewisse Diskrepanz zwischen Ost- und Westeuropa. Dies zeigt sich sehr deutlich an den unterschiedlichen Energiepreisen in Westeuropa einerseits und in Mittel-, Ost- und Südosteuropa andererseits, wo nach wie vor eine starke Abhängigkeit von einem einzigen Gaslieferanten die Regel ist und die Energiemärkte nicht integriert sind.

ABB. 30 ► Gaspreisunterschiede in Ost- und Westeuropa im ersten Halbjahr 2014

GROSSHANDEL WESTEN IN €/MWH		GROSSHANDEL OSTEN IN €/MWH	
Portugal	26,3	Tschech. Rep.	27,81
Spanien	31,72	Slowakei	28,4
Frankreich	31,79	Ungarn	27,47
UK	21,8	Polen	22,22
Belgien	21,57	Estland	31,32
Niederlande	21,58	Lettland	28,86
Deutschland	21,81	Litauen	35,20
Österreich	22,55	Rumänien	26,30
Italien	23,15	Bulgarien	29,96
Durchschnitt	27,69	Durchschnitt	28,62
DURCHSCHNITTLICHER GASPREIS FÜR INDUSTRIEKUNDEN (in Kaufkraftstandard und einschließlich Abgaben und Steuern)		DURCHSCHNITTLICHER GASPREIS FÜR INDUSTRIEKUNDEN (in Kaufkraftstandard und einschließlich Abgaben und Steuern)	
€ 40,95/MWh		€ 70,32/MWh	
Niedrigster Preis: UK (€ 32,6/MWh)		Niedrigster Preis: EE (€ 52,7/MWh)	
Höchster Preis: PT (€ 52,3/MWh)		Höchster Preis: HU (€ 93,6/MWh)	

Quelle: Aggregierte Daten von Europäischer Kommission und Eurostat, 2013.

ABB. 31 ➤ **Strompreisunterschiede in Ost- und Westeuropa im ersten Halbjahr 2014**

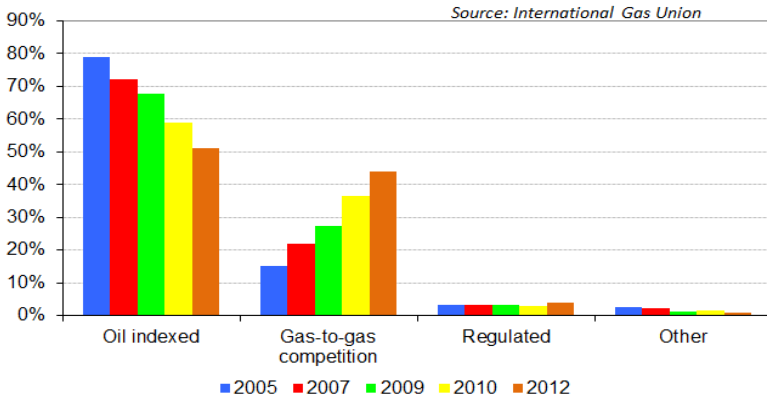
GROSSHANDEL GRUNDLAST WESTEN IN €/MWH		GROSSHANDEL GRUNDLAST OSTEN IN €/MWH	
Portugal	32,2	Tschech. Rep.	32,7
Spanien	33,3	Slowakei	33,4
Frankreich	34,7	Ungarn	38,3
UK	51,8	Polen	44,6
Belgien	38,9	Estland	35,3
Niederlande	40,9	Lettland	46,3
Deutschland	32,5	Litauen	46,3
Österreich	32,6	Rumänien	32,2
Italien	49,5	Bulgarien	Keine Daten
Durchschnitt	38,5	Durchschnitt	38,6
DURCHSCHNITTLICHER STROMPREIS FÜR INDUSTRIEKUNDEN (IN KAUFKRAFTSTANDARD UND EINSCHLIESSLICH ABGABEN UND STEUERN)		DURCHSCHNITTLICHER STROMPREIS FÜR INDUSTRIEKUNDEN (IN KAUFKRAFTSTANDARD UND EINSCHLIESSLICH ABGABEN UND STEUERN)	
€ 147,2/MWh Niedrigster Preis: FR (€ 102,8/MWh) Höchster Preis: DE (€ 198,5/MWh)		€ 185,9/MWh Niedrigster Preis: CZ (€ 153,2/MWh) Höchster Preis: LT (€ 230,5/MWh)	

Quelle: Aggregierte Daten von Europäischer Kommission und Eurostat, 2014.

2. Befund: Die Großhandelsmärkte funktionieren

Der europäische Großhandelsmarkt für Gas funktioniert besser als der für Strom. Zurückzuführen ist dies auf das Überangebot an Gas infolge des Nachfragerückgangs und der Zunahme der Verbindungsleitungen und LNG-Terminals, die die Liquidität der europäischen Gas-Hubs erhöhen. Die Entwicklung der europäischen Gaspreise spiegelt den Wettbewerb, aber auch die schwache Gasnachfrage in Europa wider.

ABB. 32 ➤ Entwicklung von auf Handelsplattformen gehandeltem Gas und gehandelten Verträgen mit Ölpreiskoppelung



Quelle: Europäische Kommission, SWD 2014, 310, 2014.

Der traditionell an den Ölpreis gekoppelte Ausgangspreis für Gasimporte und die klassische Struktur der entsprechenden langfristigen Verträge (Take-or-Pay-Klausel) sind in Europa jedoch nach wie vor ein großes Problem. Die Gaspreise in diesen Verträgen spiegeln nicht die Gegebenheiten der Märkte wider. Die oligopolistischen Produzenten schränken das Angebot ein, um die hohen Preise zu stützen und ihre marktbeherrschende Stellung aufrechtzuerhalten. Die Hubs sind insbesondere bei Gas, das externe Lieferanten und Versorgungsunternehmen der EU (Midstreamer) über langfristige Take-or-Pay-Lieferverträge verkaufen, nach wie vor durch Preismanipulationen und einen Liquiditätsmangel gekennzeichnet.

ABB. 33 ➤ Entwicklung der Gaspreise an den Spotmärkten und der Gazprom-Preise



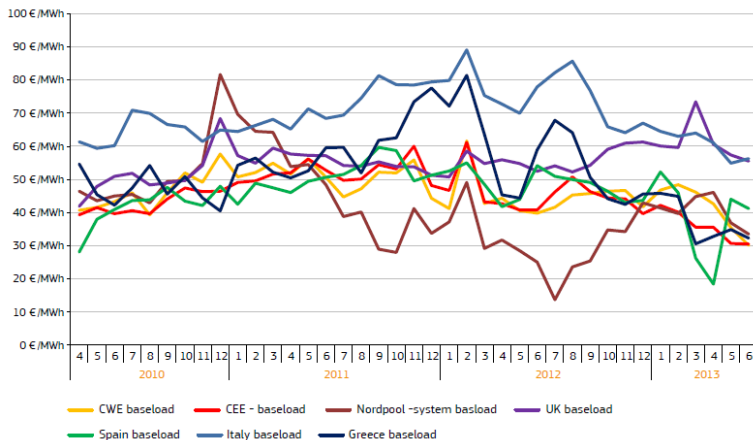
Quelle: The Economist, Paying the piper, 2014.

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

Die Stromgroßhandelsmärkte entwickelten sich durch die Öffnung des Markts relativ gut. Das dritte Maßnahmenpaket erleichterte die Entflechtung, den Zugang Dritter, die Integration der Strom- und Gasinfrastrukturen und den Ausbau erneuerbarer Energien, es bot Verbrauchern die Möglichkeit, ihre Strom- und Gasversorgungsunternehmen zunehmend frei zu wählen und erhöhte die Transparenz. Die massive Integration subventionierter erneuerbarer Energien ermöglichte eine Stromerzeugung mit äußerst geringen Grenz- und Betriebskosten, wodurch die Großhandelsstrompreise relativ niedrig blieben. Auch negative Preise sind aufgetreten, wodurch eine Reihe von Kraftwerken (darunter Gas- bzw. Kernkraftwerke und andere) unrentabel wurde.

ABB. 34 ► Vergleich verschiedener Großhandelsstrompreise

FIGURE 9 - COMPARISONS OF MONTHLY ELECTRICITY BASELOAD PRICES IN REGIONAL ELECTRICITY MARKETS



Quelle: Europäische Kommission, 2014.

3. Befund: Eine begrüßenswerte Mobilisierung aller Akteure

Die Verwirklichung des Strom- und Gasbinnenmarkts brachte alle Teilnehmer dazu, gemeinsame Regeln zu schaffen und zu kooperieren, um die Funktionsfähigkeit des Binnenmarkts zu verbessern. Der Europäische Rat hat

der Energiepolitik mit aktiver Unterstützung seines Präsidenten seit 2007 mehrere Sitzungen gewidmet und damit ihre zentrale Rolle und die Notwendigkeit eines neuen Impulses auf höchster Ebene hervorgehoben.

Darüber hinaus wurde die schrittweise Entwicklung des Strom- und Gasbinnenmarkts in den letzten Jahren insbesondere durch eine stärkere Zusammenarbeit von Schlüsselakteuren – u.a. Regulierungsbehörden, Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) bzw. Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) und, in geringerem Maße, Verteilernetzbetreiber (VNB), Versorgungsunternehmen, Händler, Strombörsen und Verbraucher – in Gremien wie den Foren von Madrid und Florenz, dem Bürgerforum in London und den Koordinierungsgruppen „Erdgas“ und „Strom“ vorangetrieben. Dies sind die existierenden Modelle, die eine Koordinierung zwischen der Europäischen Kommission, den EU-Mitgliedstaaten und dem Energiesektor gewährleisten und die insbesondere die Entwicklung der Strom- und Gaszielmodelle ermöglichen.

Die Energieregulierungsbehörden arbeiten weiterhin in der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) zusammen. Die Aktivitäten der ÜNB bzw. der FNB und ihre Kooperation auf europäischer Ebene wurden maßgeblich verstärkt, wobei wichtige Akteure zunehmend grenzüberschreitend operieren und das ENTSOE und das ENTSOG ihnen die Zusammenarbeit bei grundlegenden technischen Fragen und nicht zuletzt die Prognosen zur Angemessenheit der Stromerzeugung und des Angebots ermöglichen.

4. Befund: Koregulierung als neues Governance-Modell

Das neue Governance-Modell der Koregulierung durch Schlüsselakteure hat die Einführung wichtiger Instrumente, wieder des zehnjährigen Netzentwicklungsplans (TYNDP), der Netzkodizes und der Vorhaben gemeinsamen Interesses, erleichtert. Dies sind wichtige Instrumente zur Abstimmung der Erzeugungs- und Netzinvestitionen sowie zur Erhöhung der Versorgungssicherheit und zur Optimierung der Energienetze bzw. der Ressourcennutzung. In der Folge zeigten sich auch andere positive Effekte dieses neuen Governance-Modells, insbesondere mehr Transparenz, Interoperabilität, eine bessere Überwachung der Einhaltung der EU-Bestimmungen und eine Zunahme des grenzüberschreitenden Handels mit Strom und Gas.

Der Entscheidungsprozess bleibt jedoch komplex und langwierig und wird nach wie vor stark von etablierten Betreibern und nationalen protektionistischen Interessen beeinflusst. Da die Ausarbeitung von Netzkodizes mindestens zwei bis drei Jahre dauert, müssen diese, sobald sie angenommen werden, aktualisiert werden. Die Kontrolle durch die EU-Mitgliedstaaten erfolgt auf zwei unterschiedlichen Ebenen (ACER und *Komitologie*), was das Zögern der Mitgliedstaaten in diesem Prozess verdeutlicht. Die Koordinierungsgruppen für Gas und Strom ermöglichen einen sinnvollen Austausch, sie bieten jedoch nicht die Möglichkeit, gemeinsame Entscheidungen zu treffen, eine Echtzeitkoordinierung zu organisieren oder konkrete Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Die ACER und das ENTSOE/G wurden nicht mit allen, zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Befugnissen und Ressourcen ausgestattet.

Die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) hat zwar individuelle Entscheidungsbefugnisse in Bezug auf spezifische grenzüberschreitende Angelegenheiten und kann zudem unverbindliche Leitlinien festlegen, ist jedoch nicht befugt, verbindliche Regeln zu beschließen. Insofern ist die ACER keine europäische Regulierungsbehörde, sondern eher ein Gremium für die Zusammenarbeit der nationalen Regulierungsbehörden unter Aufsicht der im Verwaltungsrat der ACER vertretenen Mitgliedstaaten und ihrer im Regulierungsrat vertretenen nationalen Regulierungsbehörden.

Auch die Übertragungs- und Fernleitungsnetzbetreiber sind nicht befugt, die Elektrizitäts- und Gasströme in Echtzeit zu koordinieren und die Übertragungs- und Fernleitungsinfrastruktur müsste von einer auf europäischer oder zumindest auf regionaler Ebene agierenden Behörde verwaltet werden, um die Stärken und Schwächen der verschiedenen nationalen Energiere Ressourcen und -systeme durch eine intelligente europaweite Nutzung des Übertragungs- und Fernleitungsnetzes besser ausgleichen zu können.

5. Befund: Es gibt eine Kooperation auf regionaler Ebene, diese erfolgt allerdings nach wie vor auf einer Ad-hoc- bzw. freiwilligen Basis

Außerdem wurden regionale Kooperationsstrukturen, wie die regionalen Initiativen der Regulierungsbehörden, zwischenstaatliche Gremien, das *Pentalaterale Forum* und die *Visegrad-Initiative*, bzw. andere Initiativen wie

Nordpool ins Leben gerufen, um die Integration der europäischen Strom- und Gasmärkte gemeinsam mit den entschlossensten Ländern zu fördern und so einem EU-Energiebinnenmarkt den Weg zu bereiten. In anderen Fällen haben die Marktteilnehmer konkrete Schritte unternommen und dabei, wie in den Fällen der Kopplung der Day-Ahead-Strommärkte in Zentral-West-Europa (CWE) 2014 und der Plattform PRISMA für die grenzüberschreitende Zuweisung von Gaskapazitäten, beachtliche Erfolge erzielt. Der Verbundplan für den baltischen Energiemarkt veranschaulicht, wie regionale Zusammenarbeit zu umsetzbaren Beschlüssen und konkreten Ergebnissen – wie dem Bau wichtiger Verbindungsleitungen, die die regionale Integration verbessern und die Isolation der baltischen Staaten beenden – führen kann, wenn die Europäische Kommission eine klare Führungsrolle übernimmt und EU-Mittel zur Verfügung stehen, um Anreize für die identifizierten erforderlichen Investitionen zu schaffen.

ABB. 35 ► Gekoppelte Strommärkte in der EU

Regional markets



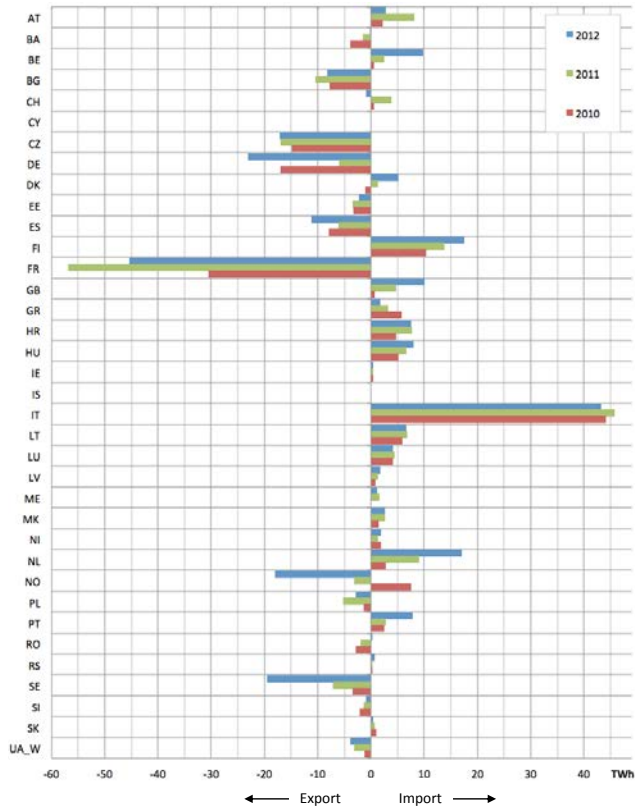
Quelle: EMCC, 2014.

Manche regionale Initiativen waren enttäuschend und andere regionale Kooperationsstrukturen wurden nicht optimal genutzt, wobei es zwischen den einzelnen Regionen große Asymmetrien gibt. Heute zeigen sich die Grenzen der derzeit freiwilligen Basis der regionalen Kooperationsstrukturen, können diese doch jederzeit von einem einzelnen Mitgliedstaat aus beliebigen (gerechtfertigten oder ungerechtfertigten) Gründen beendet werden.

6. Befund: Eine schrittweise Integration der Netze ist sichtbar, kann jedoch beschleunigt werden

Mit dem Beschluss des Infrastrukturpakets im Jahr 2013 verlagerte sich der Fokus stärker auf die Notwendigkeit, die physische Integration und die Liquidität des Energiebinnenmarkts durch Infrastrukturen wie Übertragungsleitungen, Verbundleitungen, LNG-Terminals und Speicheranlagen zu verbessern.

ABB. 36 – Physikalischer Stromaustausch zwischen europäischen Staaten, 2010 – 2012

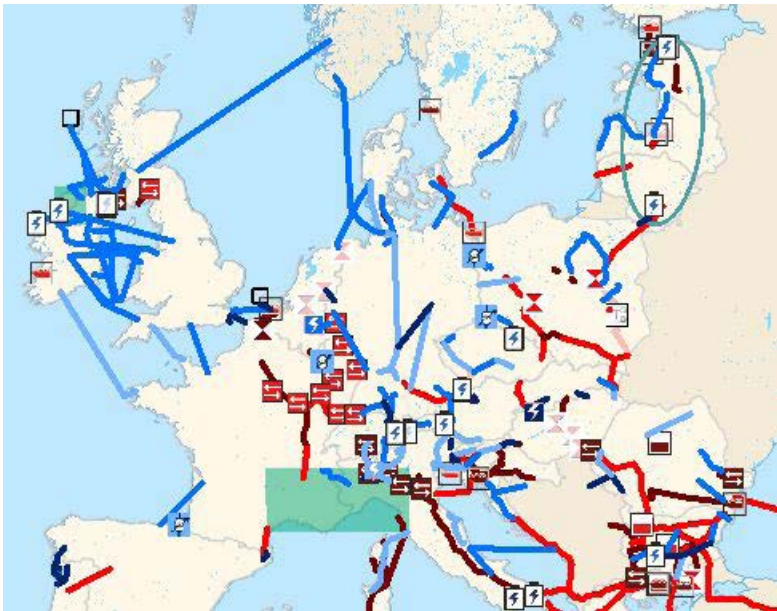


Quelle: ENTSO-E, Yearly Statistics & Adequacy Retrospect, 2012.

Die Definition von Vorhaben gemeinsamen Interesses im Rahmen eines kollektiven Prozesses mit allen auf regionaler Ebene beteiligten Akteuren (EU-Mitgliedstaaten, Übertragungs- bzw. Fernleitungsnetzbetreiber und Regulierungsbehörden durch die Einbindung der ENTSO und der ACER) und die damit verbundenen Nutzeffekte in Bezug auf die Erteilung von Genehmigungen, die Kostenallokation und die Finanzierung sind wichtige Schritte auf dem Weg zu einem gut integrierten Netz. Erstmals haben

sich EU-Mitgliedstaaten bereit erklärt, ihre eigenen Infrastrukturen für das gemeinsame Interesse der betreffenden Region in regionalen Kontexten – wie dem Ostseebecken (Verbundplan für den baltischen Energiemarkt), Mittel- und Osteuropa, Nordwesteuropa, Nordsee-Offshore etc. – zu betrachten. Die Identifizierung der Vorhaben von gemeinsamem Interesse war ein Erfolg, wenngleich die Tatsache, dass 248 Vorhaben ausgewählt wurden, eine klare Prioritätensetzung vermissen lässt. Die tatsächliche Umsetzung der grenzüberschreitenden Kostenallokation (CBCA) und der Kosten-Nutzen-Analyse wird zum Prüfstein für die Validität des Verfahrens werden.

ABB. 37 ➤ Bis 2022 umzusetzende Vorhaben von gemeinsamem Interesse



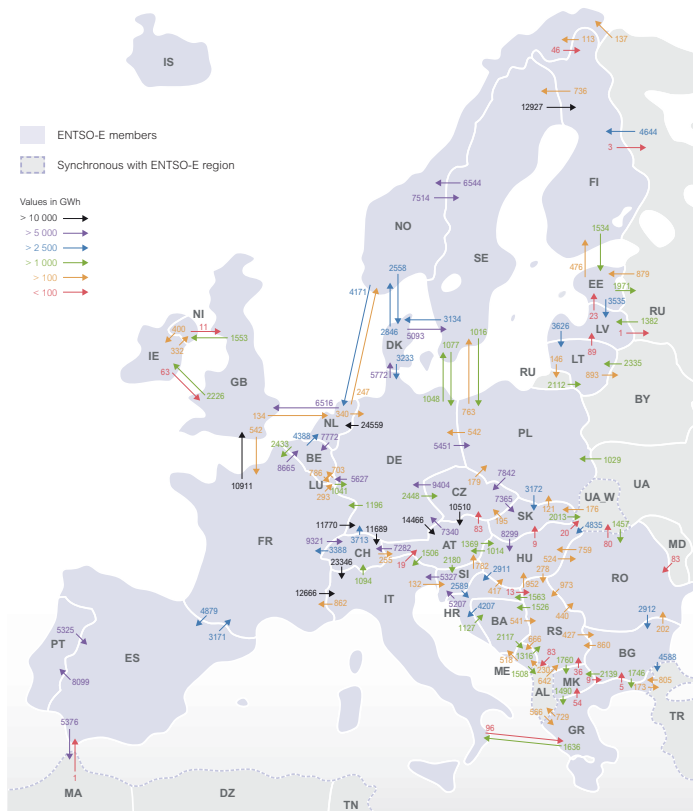
Quelle: Europäische Kommission (rot: Gas, blau: Strom), 2014.

Zugleich ist der Gas- und Strombinnenmarkt nach wie vor durch einen unzureichenden Verbund der Gas- und Stromnetze gekennzeichnet. Dies führt zu beträchtlichen Preisunterschieden und Ressourcenverschwendung, da es dadurch EU-Märkten mit Überkapazitäten nicht möglich ist, die

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

Ressourcenknappheit anderer Märkte ausgleichen. Innerhalb der EU gibt es nach wie vor viele „Energieinseln“. Dazu zählen u.a. wichtige Gebiete wie die Iberische Halbinsel, die baltischen Staaten, das Vereinigte Königreich und Irland.

ABB. 38 ➤ Stromverbindungen in Europa



Quelle: ENTSO-E, Statistical Factsheet, 2013.

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

europäischen Markts unberücksichtigt bleiben. Dies hat zur Folge, dass die Mitgliedstaaten nationale Maßnahmen ergreifen, die die Angemessenheit der Stromerzeugung lediglich innerhalb der jeweiligen Landesgrenzen gewährleisten und Kapazitätsmechanismen (CRM) einführen bzw. strategische Reserven aufbauen, durch die tendenziell bestimmte Energieformen privilegiert werden, wobei in der Regel die nationalen Betreiber und Infrastrukturen begünstigt werden.

ABB. 40 ➤ Übersicht über Kapazitätsmechanismen in Europa



Source: Statkraft, EnBW, F. Roques (IHS CERA), THEMA, Cowi, CEER

Quelle: Platts, 2014.

Auf Ebene der EU unterliegen diese Maßnahmen und Instrumente bislang nur kartellrechtlichen Vorschriften und staatlichen Beihilferegelungen.

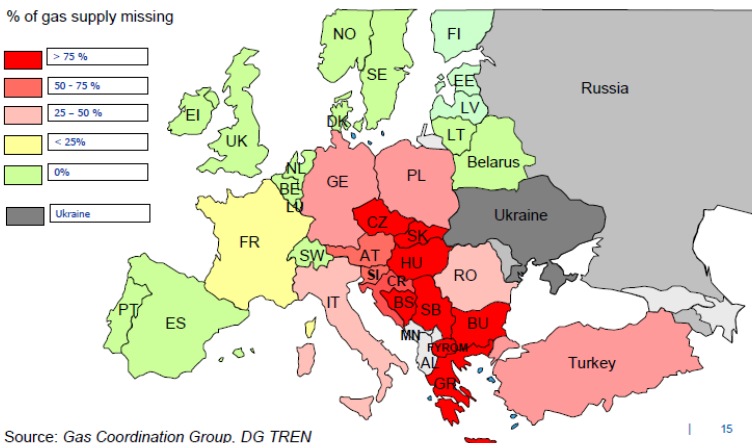
Das Wettbewerbsrecht und fallweise Ad-hoc-Ausnahmeregelungen zu den Binnenmarktregeln eignen sich jedoch nicht, um eine kohärente Energiepolitik zu entwickeln und strukturellem Marktversagen systematisch und umfassend entgegenzuwirken.

8. Befund: Die Gasversorgungssicherheit ist auf EU-Ebene geregelt, kann jedoch noch verbessert werden

Nach der Unterbrechung der Gasversorgung im Januar 2009 beschloss die EU eine umfassende Verordnung zur Sicherheit der Gasversorgung und schuf damit gemeinsame Versorgungs- und Infrastrukturstandards für die EU-Mitgliedstaaten und einen gemeinsamen Rahmen, der Präventivmaßnahmen und Notfallpläne im Fall einer Versorgungsstörung vorsieht.

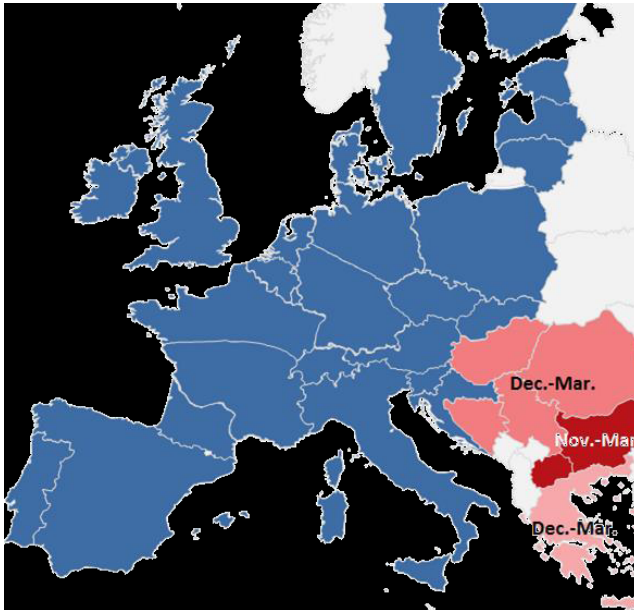
Um die Versorgungssicherheit zu verbessern, wurde die zentrale Bedeutung von Kapazitäten für Lastflüsse entgegen der Hauptflussrichtung und der Netzanbindung von Speichern und LNG-Terminals anerkannt. Diese EU-Verordnung hat sich insofern als nützlich erwiesen, als sie einen angemessenen Rahmen für die EU und gemeinsame Regeln für die Marktteilnehmer geschaffen hat.

ABB. 41 ► Unbefriedigte Gasnachfrage in Europa infolge der ukrainischen Gaskrise im Jahr 2009



Quelle: DG TREN, Gas Coordination Group, 2009.

ABB. 42 ➤ Mitgliedstaaten (in rot), die im Fall einer längeren Unterbrechung der Gasversorgung über die Ukraine-Route (Oktober 2014 bis März 2015) nicht ihren gesamten Gasbedarf decken können



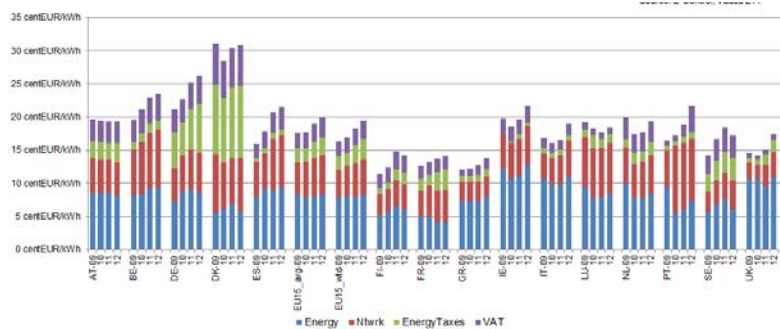
Quelle: ENTSG (LEBOIS, O.), Winter Risk Assessment, 2014 (blau: keine Auswirkungen, rosa: Versorgungslücke von 20%, hellrot: Versorgungslücke von bis zu 40%, rot: Versorgungslücke von bis zu 60%)

Dadurch war es den Betreibern und Versorgungsunternehmen möglich, bei Investitionen in die Modernisierung der Gastransportinfrastruktur und Speicher sowie bei der Entwicklung von Umkehrflüssen auf einer Vielzahl von Gasfernleitungen eine zentrale Rolle zu spielen. Wie die kürzlich durchgeführten Gas-Stresstests der EU gezeigt haben, hat dies zu einer deutlichen Verbesserung der Widerstandsfähigkeit des Gasbinnenmarkts, der Versorgungssicherheit und der Solidarität innerhalb der EU bzw. zwischen den Mitgliedstaaten geführt. Es kann allerdings noch mehr getan werden, wie die vor kurzem von der Kommission vorgelegte Bewertung dieser Verordnung verdeutlichte.

9. Befund: Die Endkundenmärkte funktionieren nicht zufriedenstellend

Die Endkundenmärkte bleiben weitgehend aus dem europäischen Prozess ausgeklammert. Die Preise steigen aufgrund des Hinzufügens einer Reihe, die Stromversorgung nicht zwangsläufig betreffender Elemente überall, da über Stromrechnungen einfach andere nicht-transparente/relevante Abgaben erhoben werden können.

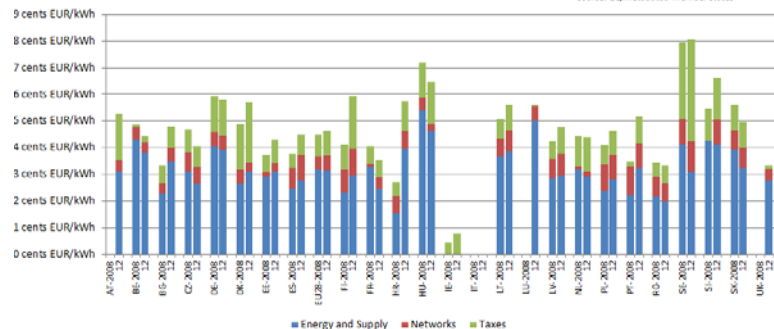
ABB. 43 ➤ Endkundenpreise für Strom und ihre Komponenten (Steuern, Abgaben etc.) in verschiedenen MS



Quelle: Europäische Kommission, Energy Prices and Costs Report SWD (2014) 20 final/2, 2014.

ABB. 44 ➤ Unterschiedlich hohe Steueranteile an den Gaspreisen für Industriekunden in den EU-Ländern

Prices by component, nat. gas, industrial consumers, Band I3 (10 000 GJ < Consumption < 100 000 GJ), cent EUR / kWh



Quelle: Europäische Kommission, Energy Prices and Costs Report SWD (2014) 20 final/2, 2014.

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

Die Verbraucher (darunter jene, die selbst Strom produzieren), die Wirtschaft, die KMU und die Haushalte können den Markt noch nicht als gleichberechtigte Akteure mitgestalten. Die Versorgerwechselraten bleiben in mehreren Ländern niedrig, insbesondere in Ländern mit hoher Marktkonzentration und/oder Preisregulierung.

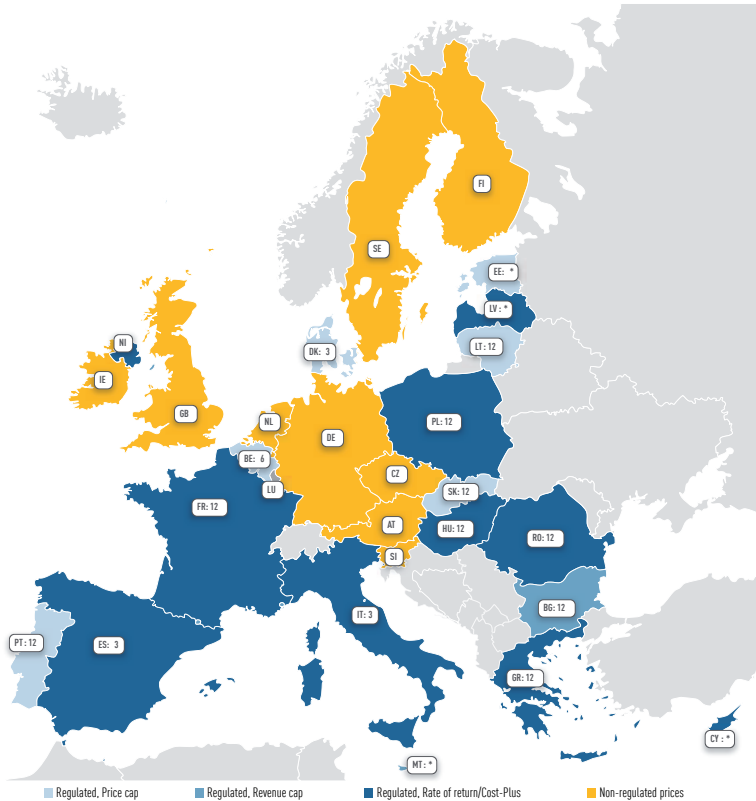
Den Verteilernetzbetreibern werden keine adäquaten Anreize zur Verbesserung der Systemdynamik geboten. Eine echtzeitnahe Preisgestaltung existiert nach wie vor nicht. Auch effektive intelligente Stromzähler, die klare Preissignale übermitteln, fehlen zum großen Teil immer noch, allerdings werden derzeit zahlreiche Pläne für den Einsatz solcher Zähler entwickelt.

ABB. 45 ► Versorgerwechselraten in den Endkundenmärkten für Strom

Country	Switching rates 2012	Switching rates 2011	Difference 2012-2011
Portugal	13.2	1.1	12.1
Belgium*	14.8	9.7	5.1
Slovakia	5.0	1.4	3.6
The Netherlands**	12.6	9.7	2.9
Greece	4.0	1.8	2.2
Slovenia	5.9	4.0	1.9
Denmark	3.7	1.8	1.9
Norway	13.0	11.3	1.7
Spain	11.6	10.0	1.6
Hungary	1.6	0.3	1.3
Sweden	9.9	8.9	1.0
Italy	6.4	5.8	0.6
Czech Republic	7.6	7.4	0.2
Bulgaria*	0.0	0.0	0.0
Cyprus	0.0	0.0	0.0
Estonia	0.0	0.0	0.0
Germany	7.8	7.8	0.0
Latvia*	0.0	0.0	0.0
Lithuania	0.0	0.0	0.0
Northern Ireland*	2.0	3.0	0.0
Romania	0.0	0.0	0.0
Luxembourg	0.1	0.2	-0.1
France	3.6	3.9	-0.3
Austria	1.0	1.4	-0.4
Finland	7.5	8.6	-1.1
Great Britain	12.1	15.4	-3.3
Ireland	10.6	15.1	-4.5
Malta	NA	NA	
Poland	0.6	NA	

Quelle: ACER/CEER, Annual Report on the Results of Monitoring the Internal Electricity and Natural Gas Markets in 2012, 2013.

ABB. 46 ► Länder mit Strompreisregulierungen (blau)



Quelle: ACER/CEER, Annual Report on the Results of Monitoring the Internal Electricity and Natural Gas Markets in 2012, 2013.

10. Befund: Es gibt kein effektives Demand Response Management

Die Struktur des Endkundenmarkts schließt ein effektives Demand Response Management aus, das notwendig wäre, um die neue Rolle und die Möglichkeiten der Verbraucher in einem offenen Markt zu stärken und die Versorgungssicherheit zu verbessern.

Durch Organisationen und Gremien, wie dem Bürgerforum „Energie“ in London, dem Bürgermeisterkonvent bzw. den Initiativen „intelligente Städte“, sowie durch kollektive Käufe von Strom durch Verbraucherverbände oder Gemeinden wird den Verbrauchern, der Wirtschaft, den KMU und den zivilgesellschaftlichen Akteuren zwar schrittweise eine Struktur verliehen, auf europäischer Ebene sind die wichtigsten an diesem Prozess beteiligten Akteure jedoch noch nicht in einem effektiven und mit entsprechenden Befugnissen ausgestatteten gemeinsamen Organ, wie dem ENTSO-E/G, vertreten.

Auf EU-Ebene sind mindestens vier Verbände von Verteilernetzbetreibern aktiv. Die Tatsache, dass eine adäquate Governance fehlt, um die Schaffung wettbewerbsorientierter Endkundenmärkte und den Schutz der Verbraucherinteressen, einschließlich des Datenschutzes, in Angriff zu nehmen und zu fördern, zeigt, dass die europäischen Verbraucher und, in einigen Fällen, die EU-Mitgliedstaaten, nur begrenzt wissen, inwiefern ihre Rechte durch EU-Rechtsvorschriften geschützt werden. An die Stelle von Partikularinteressen sollten Maßnahmen zur Förderung von Verbraucherinteressen, Effizienz und Energieeinsparungen treten.

Die Existenz einiger Millionen *Prosumenten* in der EU verdeutlicht darüber hinaus, dass es eine neue Kategorie von Investoren und Stromerzeugern gibt, die besser in das System eingebunden werden sollten. Desgleichen entwickeln sich auch einige lokale und regionale Organisationen, u.a. Städte, zu Akteuren, die angesichts des raschen Ausbaus der dezentralen Stromerzeugung berücksichtigt werden sollten.

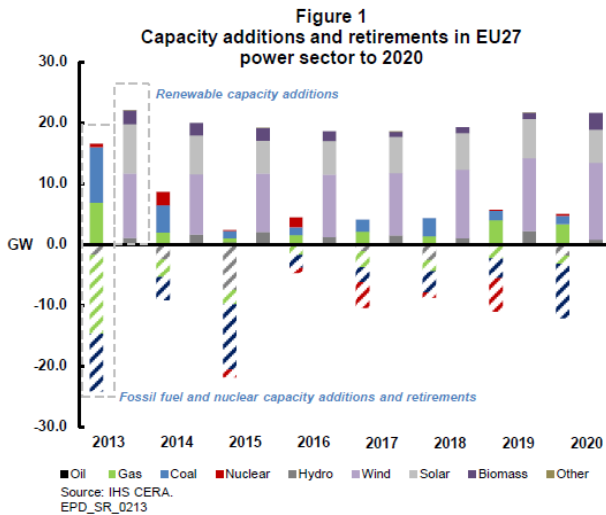
11. Befund: Die Struktur des Strommarkts macht Korrekturmaßnahmen erforderlich

Die fehlenden Investitionen in die konventionelle Stromerzeugung sowie in grenzüberschreitende Infrastrukturen und die Stilllegung konventioneller Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerke (GuD-Kraftwerke, von denen einige fast neu waren) sind nicht nur auf die Wirtschaftskrise und den Nachfragerückgang zurückzuführen, sondern auch auf das Versagen der derzeitigen Struktur des Strommarkts. Letztere war, insbesondere im Hinblick auf den Spitzenlastbedarf und die fluktuierende Stromerzeugung, weder produktionsseitig (massiver Ausbau subventionierter EE) noch übertragungsseitig (Netzflexibilität) und nachfrageseitig (intelligente Steuerung)

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

auf die Dekarbonisierung der Energiesysteme ausgerichtet. Die Probleme im Zusammenhang mit der Anpassung des Netzes für die Einspeisung erneuerbarer Energie wurden durch unerwünschte Ringflüsse verstärkt.

ABB. 47 ➤ Geplante Kapazitätszugänge und -abgänge im europäischen Stromsystem bis 2020



Quelle: IHS Cera, The European Energy Investment Imperative – Complimentary Report, 2014.

Durch die Unterschiede und die Instabilität der nationalen Regulierungssysteme sind zudem sehr ungünstige Rahmenbedingungen für Investitionen im europäischen Energiesektor entstanden. Deshalb ist die EU nicht in der Lage, im Markt auf eine Welle neuer Technologien aufzuspringen. Diese hauptsächlich mit der inadäquaten Struktur des europäischen Strommarkts zusammenhängenden und durch den Einbruch der Preise für CO₂-Emissionen verstärkten Mängel wurden mittlerweile klar identifiziert, adäquate Abhilfemaßnahmen müssen jedoch erst gefunden werden.

12. Befund: Mehrere nationale Marktführer entwickeln sich zu europäischen und internationalen Akteuren

Mehrere nationale Marktführer entwickeln sich zu europäischen Akteuren, die in Produktions-, Übertragungs- und Verteilungsanlagen jenseits ihrer nationalen Grenzen investieren. Zudem werden sie zu internationalen Akteuren, die Investitionen in einer globalisierten Welt tätigen, in der die Nachfrage wächst und die Investitionserträge u.U. attraktiver sind als in Europa. Darüber hinaus sind einige neue Unternehmen in der Lage, die durch den Binnenmarkt eröffneten Chancen zu nutzen, um neue Dienstleistungen zu entwickeln.

ABB. 48 ► Die größten Öl- und Gasunternehmen in Europa (Exploration & Förderung)

UNTERNEHMEN	UMSATZ 2013 (in Milliarden)	BESCHÄFTIGTE	STAATLICHER ANTEIL
Royal Dutch Shell	451 \$	92 000	0%
BP	379,2 \$	83 900	0%
Total	227,9 \$	98 799	0%
Eni	152,7 \$	75 206	30%
Repsol	74,74 \$	2 584	0%
OMV	56,3 \$	26 863	31,5%
PKN Orlen	36 \$	21 565	27,52%
MOL	24,2 \$	28 506	24,7%
Neste Oil	23,2 \$	5 097	50,1%
BG Group	19,2 \$	5 713	0%

Quelle: Aggregierte Daten von den Webseiten der Unternehmen, 2014.

ABB. 49 ► Die größten Versorgungsunternehmen in Europa

UNTER- NEHMEN	UMSATZ 2013	BESCHÄFTIGTE	STAATLICHER ANTEIL	INSTALLIERTE LEISTUNG (EE-Kapazität in Klammern)
E.ON	162,6 \$	62 239	0%	67 GW (9 GW)
GDF Suez	118,6 \$	147 400	36,7%	49 GW (Europa) (16 GW, Welt)
Enel	106,3 \$	71 394	31,24%	70 GW (11 GW)
EDF	100,4 \$	158 467	84,49%	140 GW (28 GW, Welt)
RWE	68,2 \$	67 904	25%	51 GW (9 GW)
Iberdrola	43,6 \$	28 202	k. A.	46 GW (27 GW)
EnBW	27,3 \$	19 774	+80%	13,4 GW (~3 GW)
Vattenfall	23,8 \$	30 544	100%	k. A.
EDP	21,4 \$	k. A.	0%	13,8 GW (6 GW, Welt)
CEZ Group	11,1 \$	26 746	70%	15,7 GW (2,7 GW)

Quelle: Aggregierte Daten von den Webseiten der Unternehmen, 2014.

Allerdings verfolgen die einzelnen EU-Mitgliedstaaten immer noch ihre eigene Industriepolitik, die sich an den wichtigsten, meist marktführenden nationalen Energieunternehmen orientiert, und die Märkte werden in den meisten Fällen weiterhin von wenigen Unternehmen beherrscht.

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

ABB. 50 ► Marktkonzentration im EU-Stromsektor: Marktanteil des größten Produzenten

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Belgium	92.3	91.1	92.6	93.4	92.0	87.7	85.0	82.3	83.9	80.0	77.7	79.1	70.7	65.8
Bulgaria**
Czech Republic	71.0	69.2	69.9	70.9	73.2	73.1	72.0	73.5	74.2	72.9	73.7	73.0	68.0	68.0
Denmark	40.0	36.0	36.0	32.0	41.0	36.0	33.0	54.0	47.0	56.0	47.0	46.0	42.0	37.0
Germany**	28.1	34.0	29.0	28.0	32.0	28.4	31.0	31.0	30.0	30.0	26.0	28.4	.	.
Estonia	93.0	91.0	90.0	91.0	93.0	93.0	92.0	91.0	94.0	96.5	90.0	89.0	87.0	88.0
Ireland	97.0	97.0	96.6	88.0	85.0	83.0	71.0	51.1	48.0	45.6	37.0	34.0	38.0	55.0
Greece	98.0	97.0	98.0	100.0	100.0	97.0	97.0	94.6	91.6	91.6	91.8	85.1	.	77.0
Spain	51.8	42.4	43.8	41.2	39.1	36.0	35.0	31.0	31.0	22.2	32.9	24.0	23.5	23.8
France	93.8	90.2	90.0	90.0	89.5	90.2	89.1	88.7	88.0	87.3	87.3	86.5	86.0	86.0
Croatia	82.0	86.0	87.0	83.0	84.0	85.0	92.0	88.0	83.0	82.0
Italy	71.1	46.7	45.0	45.0	46.3	43.4	38.6	34.6	31.3	31.3	29.8	28.0	27.0	26.0
Cyprus	99.7	99.6	99.6	99.8	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Latvia	96.5	95.8	95.0	92.4	91.0	91.1	92.7	95.0	86.0	87.0	87.0	88.0	86.0	89.0
Lithuania	73.7	72.8	77.1	80.2	79.7	78.6	70.3	69.7	70.5	71.5	70.9	35.4	24.9	30.4
Luxembourg	80.9	80.9	85.4	82.0	81.8
Hungary	38.9	41.3	39.5	39.7	32.3	35.4	38.7	41.7	40.9	42.0	43.1	42.1	44.1	47.1
Malta	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Netherlands**
Austria	21.4	32.6	34.4	55.3	56.6
Poland	20.8	19.5	19.8	19.5	19.2	18.5	18.5	17.3	16.5	18.9	18.1	17.4	17.8	16.4
Portugal	57.8	58.5	61.5	61.5	61.5	55.8	53.9	54.5	55.6	48.5	52.4	47.2	44.9	37.2
Romania	31.7	36.4	31.1	27.5	28.3	29.3	33.6	26.0	26.7
Slovenia	.	.	.	50.7	50.3	53.0	50.1	51.4	82.0	53.0	55.0	56.3	52.4	55.2
Slovakia	83.6	85.1	84.5	84.5	83.6	83.7	83.6	70.0	72.4	71.9	81.7	80.9	77.7	78.9
Finland	26.0	23.3	23.0	24.0	27.0	26.0	23.0	26.0	26.0	24.0	24.5	26.6	25.6	25.2
Sweden	52.8	49.5	48.5	49.0	46.0	47.0	47.0	45.0	45.0	45.2	44.0	42.0	41.0	44.0
United Kingdom	21.0	20.6	22.9	21.0	21.6	20.1	20.5	22.2	18.5	15.3	24.5	21.0	45.6	51.7
Norway	30.4	30.6	30.7	30.7	30.7	31.2	30.0	30.9	32.5	27.4	29.5	29.8	33.6	28.6
FYR of Macedonia	92.6
Serbia**	56.0	.
Turkey**	79.0	75.0	70.0	59.0	45.0	39.0	38.0

Note: due to statistical confidentiality, some countries do not provide individual market shares for individual electricity generators.

* Including contracted generation.

** Information not available

Source: Eurostat (online data code: nrg_ind_331a)

Quelle: Eurostat, 2014.

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

ABB. 51 ► Marktkonzentration im EU-Gassektor:
Marktanteil des größten Produzenten und/oder Importeurs

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Belgium*	77.6	80.4	79.4	70.0	80.4	:
Bulgaria	92.1	94.1	99.4	97.1	99.8	:
Czech Republic	95.0	89.8	89.9	72.6	64.0	87.4
Denmark*	100.0	100.0	:	:	:	:
Germany	:	:	36.1	:	27.1	30.1
Estonia	79.0	77.0	95.0	100.0	100.0	100.0
Ireland	28.0	30.7	42.9	36.3	28.6	42.3
Greece*	100.0	100.0	100.0	88.6	:	:
Spain	41.5	43.1	43.8	43.7	44.2	48.2
France	85.0	86.0	77.0	73.0	58.0	59.0
Croatia	100.0	100.0	87.0	72.0	75.0	60.8
Italy	67.9	62.7	47.9	41.3	42.8	47.1
Cyprus	:	:	:	:	:	:
Latvia	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Lithuania	39.3	38.3	43.5	50.5	39.7	43.6
Luxembourg*	:	:	:	:	:	:
Hungary	70.2	66.1	41.3	32.6	47.3	32.9
Netherlands**	:	:	:	:	:	:
Austria*	:	:	:	:	:	:
Poland	95.9	96.2	96.1	96.8	96.9	94.8
Portugal	100.0	100.0	95.0	95.8	85.3	84.1
Romania	40.9	36.8	47.6	48.4	45.2	41.7
Slovenia	99.7	94.6	95.0	94.2	91.7	90.0
Slovakia	97.9	88.3	82.8	77.7	71.7	61.8
Finland	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Sweden	100.0	:	100.0	52.0	100.0	100.0
United Kingdom	21.0	19.0	18.0	23.0	24.0	31.0
FYR of Macedonia	100.0	100.0	100.0	100.0	97.6	55.1
Serbia*	:	:	:	:	73.4	:
Turkey*	:	:	:	:	:	:

*Information not available

** Confidential data

Source: Eurostat (This data is not yet available in the Eurostat dissemination database)

Quelle: Eurostat, Natural gas market indicators, 2014.

13. Befund: Nationale Eingriffe sind nach wie vor ein zu großes Hindernis

Die Umsetzung der Binnenmarktvorschriften hat bislang nicht zur erwarteten Konvergenz der nationalen Maßnahmen bzw. zur erforderlichen Kohärenz zwischen den verschiedenen einzelstaatlichen Entscheidungen geführt. In den vergangenen Jahren wurde in ganz Europa zunehmend der nationalen Unabhängigkeit bei der Energieversorgung, dem Unilateralismus sowie einem gewissen Maß an Protektionismus Vorrang eingeräumt.

Im Namen der nationalen Souveränität in Bezug auf den Energiemix, die natürlichen Ressourcen, die Wirtschafts-, Sozial- und Fiskalpolitik bzw. im Namen ihrer Aufgabe, die Gas- und Stromversorgungssicherheit zu gewährleisten, ergriffen die EU-Mitgliedstaaten einseitige Maßnahmen, ohne mit ihren Nachbarländern über die Folgen solcher Entscheidungen bzw. über deren mögliche Mitwirkung oder Unterstützung zu sprechen.

Diese nicht auf Ebene der EU koordinierten, einseitigen staatlichen Eingriffe in die Energiemärkte wurden von den betroffenen Akteuren verurteilt, da sie kostspielig sind und massive Störungen verursachen. Sie können unmittelbare Auswirkungen auf die Preise von Energie und Energietransport und erhebliche wettbewerbsverzerrende Effekte auf den grenzüberschreitenden Handel haben. Zudem gefährden sie den Wettbewerb und die Grundlagen des Binnenmarkts sowie sein derzeitiges Integrationsniveau und sie spiegeln das fehlende Vertrauen in den europäischen Prozess und die Marktkräfte wider.

Diese Erfahrungen haben zwar die Tatsache, dass ein Bedarf besteht, stärker ins Bewusstsein gerückt und in der Folge zahlreiche Aufrufe zu mehr Koordination nach sich gezogen, eine Lösung wurde bislang jedoch noch nicht gefunden. Hinzu kommt, dass auch die Instrumente für eine Kooperation zwischen den EU-Mitgliedstaaten unzureichend sind. Die Einführung von Kapazitätsmechanismen (CRM) und der Aufbau strategischer Reserven auf Basis nationaler Erwägungen sind die jüngsten Beispiele, die die Renationalisierung der Energiepolitik verdeutlichen und die Realisierbarkeit des Binnenmarkts untergraben.

14. Befund: Die Einhaltung der Regeln ist zu oft mangelhaft

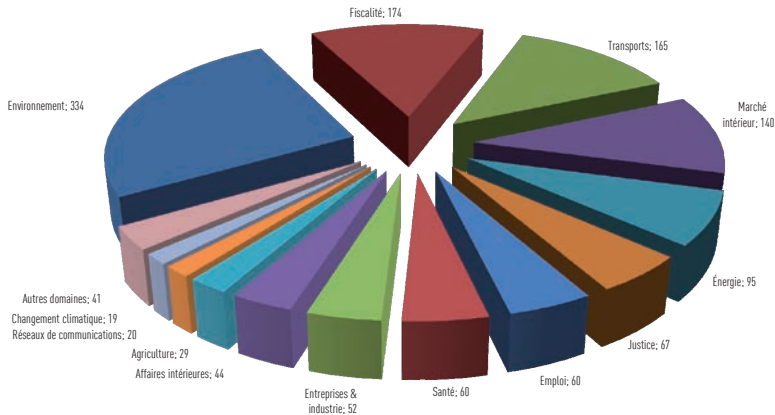
Zudem fällt bei vielen der in jüngster Zeit beschlossenen energiepolitischen Maßnahmen der EU (hauptsächlich Mitteilungen mit Strategien und Leitlinien) auf, dass es sich dabei um unterstützende oder geringfügige Maßnahmen handelt, sodass die Formulierung und Umsetzung der Politik den einzelnen EU-Mitgliedstaaten überlassen bleibt, die dafür unterschiedliche, auf EU-Ebene weder harmonisierte noch koordinierte Vorgehensweisen wählen.

Außerdem weisen die EU-Mitgliedstaaten eine schlechte Erfolgsbilanz auf, was die Einhaltung und Umsetzung der Regeln anbelangt, zu der sie sich

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

verpflichtet haben. Die Europäische Kommission war gezwungen, mehr Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen als jemals zuvor, um die Umsetzung der drei aufeinanderfolgenden Binnenmarktrichtlinienpakete sicherzustellen. Dies erschwert die Verwirklichung des Binnenmarkts, denn bis die Ergebnisse sichtbar werden, wird es noch mehrere Jahre dauern – bis zum Beschluss der entsprechenden Maßnahmen bzw. bis zu einem endgültigen Urteil des Europäischen Gerichtshofs. Dies führt nicht zu fairen Wettbewerbsbedingungen und könnte die Mitgliedstaaten entmutigen, die sich vorbildlich verhalten.

ABB. 52 ➤ Übersicht über EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten im Jahr 2013 nach Sektoren



Quelle: Europäische Kommission, Annual Report on Monitoring the Application of EU Law COM612 final, 2014.

15. Befund: Mangelnde Transparenz, Genauigkeit und Kontrolle nationaler Daten

Es ist nach wie vor sehr schwierig, sich klare, aktualisierte und umfassende jährliche Darstellungen und Analysen von Marktentwicklungen zu beschaffen. In Bezug auf die verfügbaren Daten und die Art und Weise, wie sie von den nationalen Akteuren erhoben und ausgewertet werden, fehlt es an Transparenz. Neue, umfassende Daten fehlen in der Regel. So stützt sich beispielsweise der Großteil der Ende 2014 verabschiedeten EU-Dokumente auf Eurostat-Daten

aus dem Jahr 2012 und/oder auf Daten, die von großen privaten internationalen Organisationen (IEA) und Unternehmen (BP, Exxon, Chevron usw.) erhoben wurden.

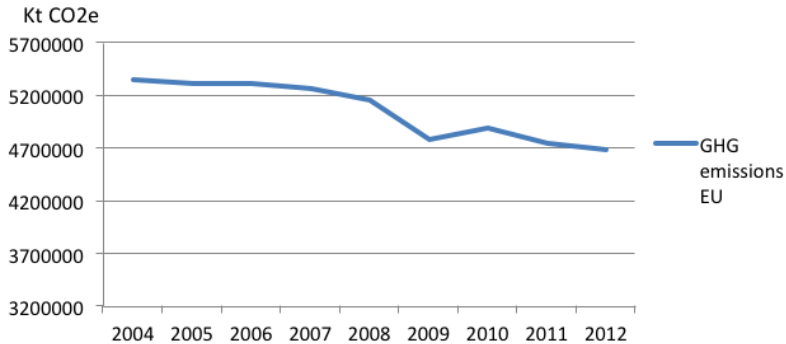
Auf Ebene der EU gibt es nur geringe bzw. eingeschränkte Kapazitäten zur Erstellung von Analysen, Projektionen und Modellen – insbesondere verglichen mit jenen auf nationaler bzw. internationaler Ebene. Die Kommission veröffentlicht zwar eine wachsende Zahl von Berichten zu einer großen Bandbreite von Themen, diese werden jedoch nie gesammelt oder zu einer einzigen umfassenden Analyse verbunden. Die interessante und nützliche Praxis der Überprüfung der Energiestrategie wurde 2008 eingestellt und das angekündigte Europäische Energieobservatorium wurde nie geschaffen.

2.2. Die Umsetzung der „20-20-20“-Ziele verläuft nach Plan, aber zu welchem Preis?

16. Befund: Die Treibhausgasemissionen wurden erwartungsgemäß gesenkt

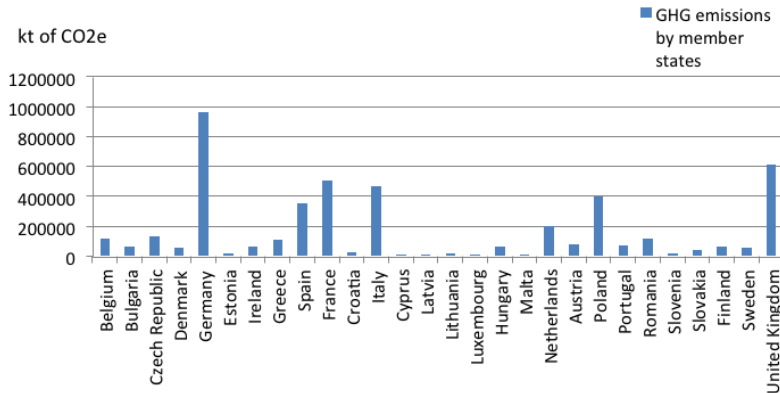
Dank einer Kombination mehrerer Faktoren ist die EU auf einem guten Weg, ihre Zielsetzungen in Bezug auf die Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2020 zu erreichen. Zu diesen Faktoren zählen die Verringerung der industriellen Emissionen infolge des Konjunkturabschwungs, der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien anstelle von fossilen Brennstoffen und die Verbesserung der Energieeffizienz in der Industrie und im Gebäudebereich. Das EU-Emissionshandelssystem (EU-ETS), das u.a. im Energiesektor die Treibhausgasemissionen senken sollte, spielt in dieser Hinsicht wahrscheinlich eine zu geringe Rolle. Es sendet nicht die erwarteten Preissignale für Investitionen in CO₂-arme Technologien wie neue erneuerbare Energien und CCS aus. Zudem wird es durch Überschneidungen bzw. durch ein unzureichendes Zusammenspiel mit anderen energiepolitischen Maßnahmen und Instrumenten wie erneuerbare Energien und Energieeffizienzzielen beeinträchtigt.

ABB. 53 ▶ Entwicklung der Treibhausgasemissionen der EU-28 (alle Sektoren)



Quelle: Eurostat, 2014.

ABB. 54 ▶ Treibhausgasemissionen im Jahr 2012 nach Mitgliedstaaten in kt CO₂e



Quelle: Eurostat, 2014.

17. Befund: Der Ausbau erneuerbarer Energien war erfolgreicher, aber auch komplexer als erwartet

Die verbindlichen EE-Ziele führten bei den erneuerbaren Energien, insbesondere bei der Wind- und Solarenergie, zu einer nie dagewesenen Investitionswelle mit zahlreichen neuen Investoren und Betreibern/Marktteilnehmern. Die

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

massive Erhöhung der installierten Kapazität brachte zudem eine erhebliche Senkung der Kosten dieser Technologien mit sich, was einen weiteren Ausbau möglich machte. Dadurch wird das 20%-Ziel bis 2020 erreicht werden und beim Strom dürfte der Anteil erneuerbarer Energien bei knapp 30% liegen. Dies ist auch auf die dafür vorgesehenen Subventionen sowie auf den in vielen Mitgliedstaaten gewährten Vorteil des vorrangigen Netzzugangs zurückzuführen.

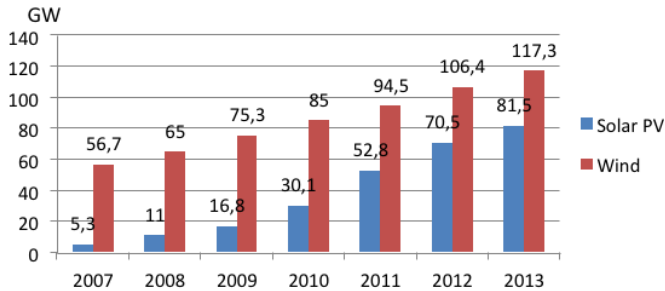
ABB. 55 ► Fortschritte der Mitgliedstaaten beim Erreichen der Zielvorgabe in Bezug auf erneuerbare Energien

Annex I. Overview of Member States' progress

Member State	2005 RES share	2010 RES share	1 st interim target	2020 RES target
Austria	23.3%	30.1%	25.4%	34%
Belgium	2.2%	5.4%	4.4%	13%
Bulgaria	9.4%	13.8%	10.7%	16%
Cyprus	2.9%	5.7%	4.9%	13%
Czech Republic	6.1%	9.4%	7.5%	13%
Germany	5.8%	11.0%	8.2%	18%
Denmark	17%	22.2%	19.6%	30%
Estonia	18%	24.3%	19.4%	25%
Greece	6.9%	9.7%	9.1%	18%
Spain	8.7%	13.8%	10.9%	20%
Finland	28.5%	33%	30.4%	38%
France	10.3%	13.5%	12.8%	23%
Hungary	4.3%	8.8%	6.0%	13%
Ireland	3.1%	5.8%	5.7%	16%
Italy	5.2%	10.4%	7.6%	17%
Lithuania	15%	19.7%	16.6%	23%
Luxembourg	0.9%	3%	2.9%	11%
Latvia	32.6%	32.6%	34.0%	40%
Malta	0%	0.4%	2.0%	10%
Netherlands	2.4%	3.8%	4.7%	14%
Poland	7.2%	9.5%	8.8%	15%
Portugal	20.5%	24.6%	22.6%	31%
Romania	17.8%	23.6%	19.0%	24%
Sweden	39.8%	49.1%	41.6%	49%
Slovenia	16.0%	19.9%	17.8%	25%
Slovakia	6.7%	9.8%	8.2%	14%
UK	1.3%	3.3%	4.0%	15%
EU	8.5%	12.7%	10.7%	20%

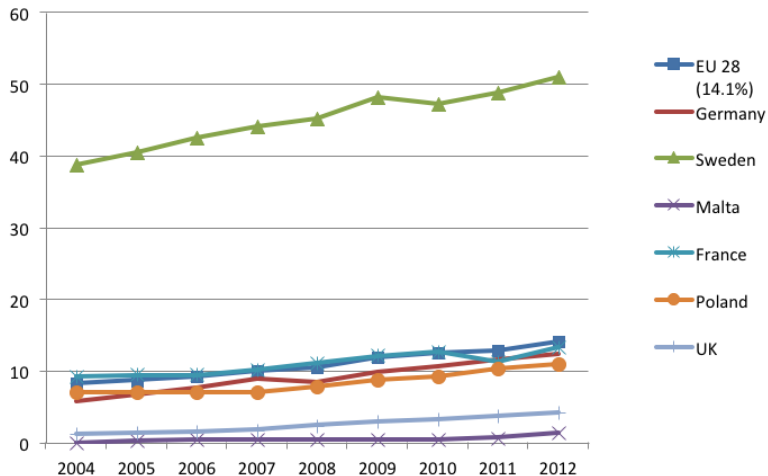
Quelle: EPIA, 2014.

ABB. 56 ► Kumulierte Leistung von Photovoltaik- und Windkraftanlagen in der EU, 2007-2013, in GW



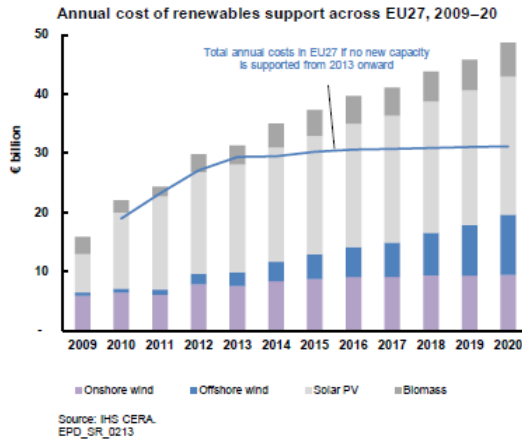
Quelle: Aggregierte Daten von EPIA und EWEA, 2014.

ABB. 57 ► Entwicklung des Anteils erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch in %, EU-28 und ausgewählte Länder



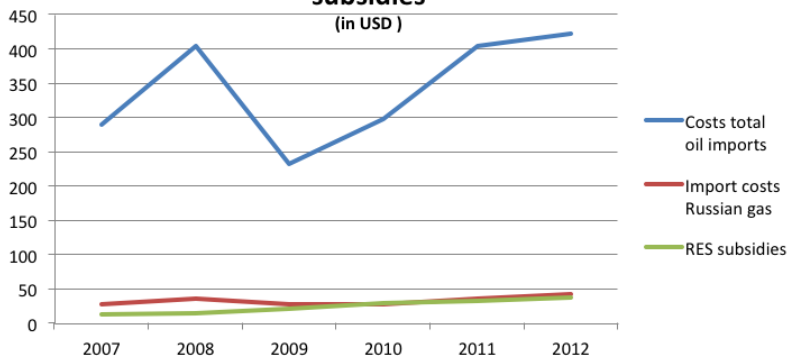
Quelle: Eurostat, 2014.

ABB. 58 ➤ Ausgaben für die Förderung erneuerbarer Energien in der EU



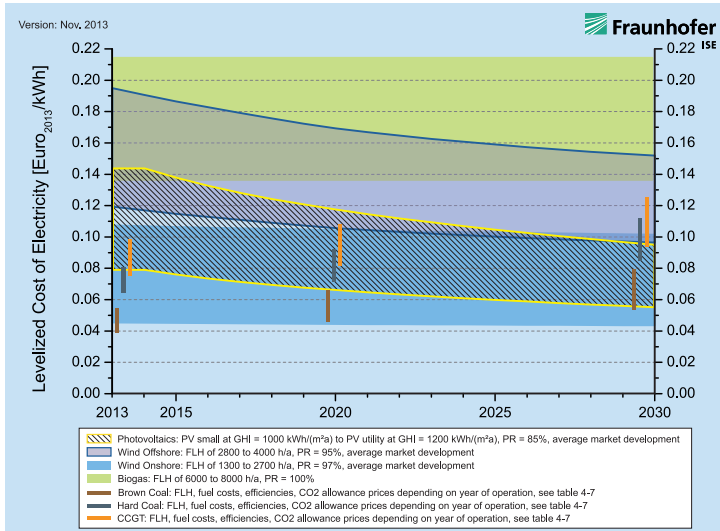
Quelle: IHS CERA, The European Energy Investment Imperative – Complimentary Report, 2014.

ABB. 59 ➤ Ausgaben für Importe von Öl und russischem Gas sowie für die Förderung erneuerbarer Energien in US-\$
Expenditures on fossil fuel Imports and RES subsidies
(in USD)



Quelle: Aggregierte Daten von DG Energy, Ecofys, Gazprom, IHS Cera, Eurostat, 2014.

ABB. 60 ▶ Lernkurvenbasierte Prognose von Stromgestehungskosten erneuerbarer Energien und konventioneller Kraftwerke



Quelle: Fraunhofer Institut, Stromgestehungskosten Erneuerbare Energien, 2013.

ABB. 61 ▶ Kostenentwicklung und -ausblick für Photovoltaikanlagen



Quelle: EPIA, Solar Photovoltaics. Competing in the Energy Sector, 2012.

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

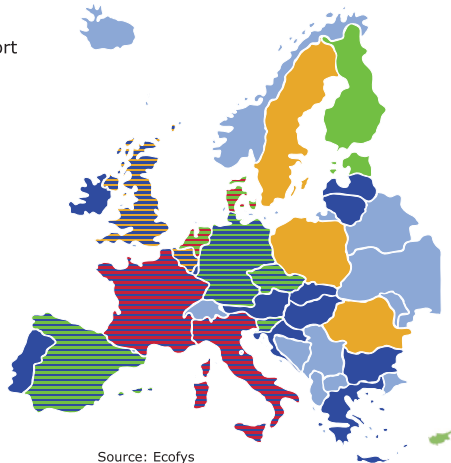
Aufgrund der verbindlichen nationalen Zielvorgaben und Quoten im Sinne der Erneuerbare-Energien-Richtlinie blieben die EE-Förderregelungen jedoch vorwiegend national ausgerichtet und basierten nicht auf der angestrebten Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten. Norwegen und Schweden bilden hierbei eine bemerkenswerte Ausnahme.

ABB. 62 ➤ Unterschiedliche EE-Förderregelungen für EE-Anlagen in der EU Anfang 2014

Diversity of RES-E support schemes in the EU-28

- Feed-in tariff (FIT)
- Feed-in premium (FIP)
- Quota
- Tenders

Note: This map does not include secondary support instruments like tax incentives, investment grants, etc.



Source: Ecofys

Quelle: Klessmann, C., ECOFYS, Experience with renewable electricity (RES-E) support schemes in Europe, 2014.

Sie waren notwendig und gerechtfertigt, hatten allerdings auch stark verzerrende Effekte, da der vorrangige Netzzugang erneuerbarer Energien mit Kosten verbunden ist, die auf andere Bereiche des derzeitigen Stromsystems abgewälzt werden (Auswirkungen auf die Netzstabilität, erforderliche Backup-Strukturen). In Ländern, die beschlossen haben, dass die Förderkosten von den Endkunden zu tragen sind, führten die subventionierten erneuerbaren Energien zudem zu einem Anstieg der Endkundenpreise für Strom.

ABB. 63 ► Entwicklung der EE-Förderung und der Strompreise
in ausgewählten Mitgliedstaaten

LAND	% EE BEI STROM 2004	% EE BEI STROM 2012	EE-Förderung 2007 in Mio. €	EE-Förderung 2012 in Mio. €	ENDKUNDEN- PREISE FÜR HAUSHALTE 2004 IN €/MWH	ENDKUNDENPREISE FÜR HAUSHALTE 2012 IN €/MWH
PT	27,5	47,6 (+20,1)	104	< 500	128,3 €	110,5€ (-14%)
ES	19	33,5 (+14,5)	942	8 100	88,5 €	176,6€ (+ 99 %)
DE	9,4	23,6 (+14,2)	3 564	15 820	125,9 €	144,1€ (+14%)
IE	6,0	19,6 (+13,6)	13	47,5	105,5 €	185,0€ (+75%)
IT	16,2	27,6 (+11,4)	1 752	~6 000	143,4 €	144,5€ (+1%)
BE	2,4	11,1 (+8,7)	250	~ 900	112 €	159,0€ (+42%)

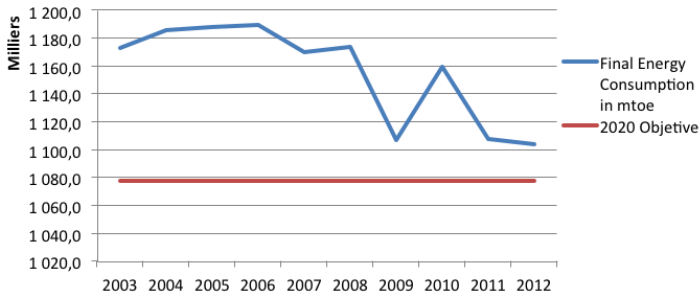
Quelle: Aggregierte Daten von Ecofys, Eurostat, Online-Quellen und Webseiten von Ministerien, 2014.

**18. Befund: Energieeffizienz ist ein Bereich, der mittlerweile ernst
genommen wird, dessen Zielsetzungen aber nach wie
vor unzureichend sind**

Das Bewusstsein für Energieeffizienz hat bei allen Beteiligten zugenommen. Einige innovative Unternehmen sind in der Lage, neue Dienstleistungen in den Bereichen Energieeffizienz und Demand Response Management anzubieten. Dennoch bleibt die Energieeffizienz ein suboptimaler Bereich, obwohl er ein enormes Beschäftigungs- und Wachstumspotenzial bietet. Die EU-Mitgliedstaaten berufen sich darauf, dass Energieeffizienz gemäß dem Subsidiaritätsprinzip in ihren eigenen Zuständigkeitsbereich fällt, doch zugleich handeln sie nicht, wenn sie nicht mit EU-Maßnahmen und -Programmen durch Standards, Energieeffizienzanforderungen für den Gebäudebereich und durch finanzielle Mittel dazu gedrängt werden.

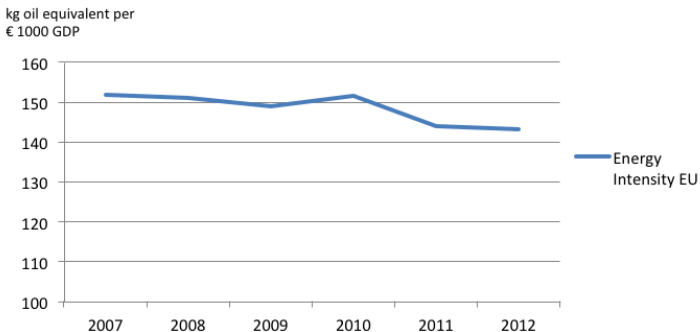
VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

ABB. 64 ➤ Entwicklung des Endenergieverbrauchs in der EU und das 2020-Ziel



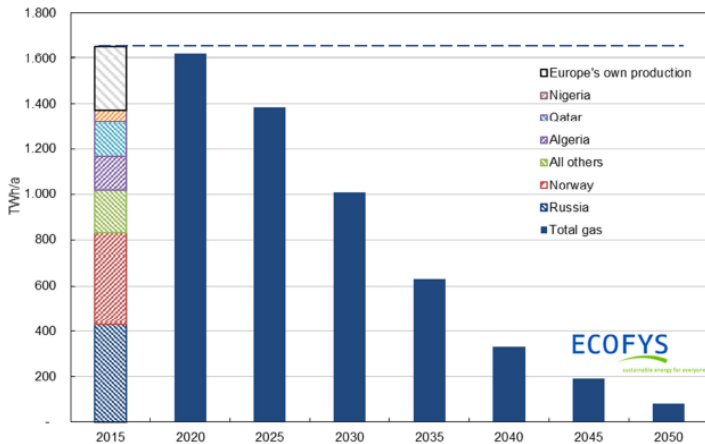
Quelle: Eurostat, 2014.

ABB. 65 ➤ Energieintensität der EU-Wirtschaft (kg Rohöleinheiten je 1000 € BIP)



Quelle: Eurostat, 2014.

Das Fehlen eines offensiven Ansatzes im Bereich Energieeffizienz mit genauen verbindlichen Zielvorgaben verhinderte sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor, d.h. in der Wirtschaft, bei KMU, im Gebäudebereich und bei Haushalten, weitere Energieeinsparungen. Problematisch bleibt auch die Mobilisierung ausreichender Investitionen durch Behörden bzw. der Zugang aller beteiligten Akteure zu diesen Mitteln, insbesondere im Gebäudebereich, auf den mehr als 40% des Energieverbrauchs entfallen.

ABB. 66 ➤ Auswirkungen umfassender Gebäudesanierungen in der EU auf die Gasimporte

Quelle: Ecofys, Deep renovation of buildings. An effective way to decrease Europe's energy import dependency, 2014.

19. Befund: Wichtige wirtschaftliche und finanzielle Instrumente der EU sind auf die Umsetzung der Strategie für 2020 ausgerichtet

Mit dem Europäischen Energieprogramm zur Konjunkturbelebung 2010 hat die EU begonnen, dem Energiesektor verglichen mit früheren Zeiträumen beträchtliche Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Der Mehrjährige Finanzrahmen 2014-2020 sieht bei den EU-Haushaltsmitteln für Energie große Beträge (mehr als 35 Mrd. €) für die Finanzierung von Vorhaben von gemeinsamem Interesse im Infrastrukturbereich (Fazilität „Connecting Europe“: 5,85 Mrd. €), für Energieeffizienz und erneuerbare Energien (Strukturfonds: 23 Mrd. €) sowie für Forschung und Entwicklung (Horizont 2020: 6,6 Mrd. €) vor, und zwar in Verbindung mit anderen Finanzierungsinstrumenten, wie jenen der Europäischen Investitionsbank, oder anderen spezifischen Fonds, wie dem Europäischen Investitionsfonds und dem „Fonds Marguerite“. Auch der kürzlich vom Kommissionspräsidenten Juncker unterbreitete Vorschlag, 315 Mrd. € für Infrastrukturen bereitzustellen, sollte neue Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionen im Energiesektor schaffen.

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

ABB. 67 ► Energiebezogene Finanzhilfen der EU 2014 – 2020

INSTRUMENT	JAHRE	ZIEL	BUDGET 2014 – 2020 IN MRD. €
Fazilität „Connecting Europe“	2014 – 2020	Stärkung der europäischen Infrastruktur	5,85 für Energienetze
Vorhaben von gemeinsamem Interesse	2014 – 2020 (Die erste Liste wurde 2014 verabschiedet, das Instrument ist jedoch älter.)	Auflistung von Projekten zur Stärkung der europäischen Energieinfrastruktur	Finanzierung durch Fazilität „Connecting Europe“ möglich
Europäischer Struktur- bzw. Investitionsfonds	2014 – 2020	Vielfältiges, intelligentes und integratives Wachstum bzw. Abbau von Diskrepanzen zwischen den Mitgliedstaaten in unterschiedlichen Politikbereichen	Es stehen zweckgebundene Mittel in Höhe von 23 Mrd. € für die „Förderung der Bestrebungen zur Verringerung der CO ₂ -Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft“ zur Verfügung.
Horizont 2020	2014 – 2020	Stärkung der Position der EU in den Bereichen Wissenschaft sowie FuE	Gesamtbudget: 79,4 Mrd. €, 6,6 Mrd. € sind für Energieeffizienz, „intelligente Städte und Gemeinden“ und sichere, saubere und CO ₂ -arme Technologien bestimmt.

Quelle: Aggregierte Daten der Europäischen Kommission und aus EU-Rechtsdokumenten, 2014.

ABB. 68 ► Finanzielle Förderinstrumente der EIB für europäische Energieprojekte

INSTRUMENT	INFORMATION	BUDGET/MITTEL 2013
Europäischer Fonds für Energieeffizienz	Förderung für einen nachhaltigen Energiemarkt und für Klimaschutz	145,8 Mio. €
Grüne Initiative	Förderung von Energieeffizienzprojekten von KMU	Günstige Zinssätze für KMU
Europa-2020-Projektanleiheninitiative	Erhöhung der Attraktivität von Investitionen in große europäische Infrastrukturprojekte für Kapitalmarktanleger	230 Mio. € für die Anfangsphase (bis Ende 2013) mit der Erwartung, 4 Mrd. € zu mobilisieren; abschließende Evaluierung voraussichtlich 2015

Quelle: Aggregierte Daten der Europäischen Kommission und aus EU-Rechtsdokumenten, 2014.

20. Befund: Die EU schraubt ihre internationalen Ambitionen in Bezug auf die Bekämpfung des Klimawandels zurück

Die Ambitionen der EU, bei der Bekämpfung des Klimawandels mit gutem Beispiel voranzugehen, wurden noch nicht umgesetzt. Die Ergebnisse der internationalen Klimakonferenzen im Anschluss an Kopenhagen waren äußerst enttäuschend und Europas Ehrgeiz, diesbezüglich eine Vorreiterrolle zu spielen, wurde durch die Wirtschaftskrise beeinträchtigt.

Mit einem weniger als fünfprozentigen Anteil an den globalen Emissionen im Jahr 2030 könnte es für die EU noch schwerer werden, ein zentraler Akteur zu bleiben und die anderen großen Emittenten, die wettbewerbsfähig bleiben wollen ohne den Preis für Emissionen zu zahlen, zu überzeugen. Die kürzlich von den Vereinigten Staaten und China – auf die 40% der weltweiten Emissionen entfallen – getroffene Vereinbarung ist ermutigend, garantiert allerdings nicht, dass bei der 2015 in Paris stattfindenden UN-Klimakonferenz (COP 21) eine internationale Einigung erzielt werden wird.

21. Befund: Beim Wettbewerb im Bereich CO₂-armer Innovationen könnten sich andere durchsetzen

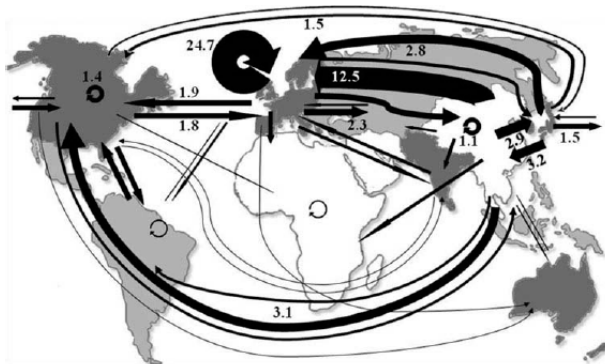
Die EU hat bei den Bemühungen, im Bereich der sauberen/CO₂-armen Energietechnologien eine weltweit führende Position zu erlangen, an Terrain verloren und sieht sich einer zunehmenden Konkurrenz aus den Schwellenländern ausgesetzt. Die finanziellen Unterstützungsleistungen für erneuerbare Energien flossen bislang eher in den großtechnischen Einsatz fast ausgereifter Technologien als in tatsächliche Innovationen unausgereifter Schlüsseltechnologien. Ein Großteil der Komponenten dieser neuen Technologien wird zunehmend außerhalb der EU produziert und importiert. Im Energiesektor sind neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstanden, deren Entwicklung allerdings nicht zwangsläufig den Erwartungen entsprach.

ABB. 69 ➤ Photovoltaikmarkt zwischen 2008 und 2013 B

GRÖßTE SOLARUNTERNEHMEN 2008, GEORDNET NACH PRODUKTION			GRÖßTE SOLARUNTERNEHMEN 2013, GEORDNET NACH PRODUKTION			
Name	Land	Produktion in MW	Name	Land	Produktion in MW	Umsatz (in Mio. €)
Q-Cells	Deutschland	581,6	Yingli Green Energy	China	3 234	1 600
First Solar	US	504	Trina Solar	China	2 580	1 270
Suntech Power	China	495	Sharp	Japan	2 100	1 950
Sharp	Japan	473	First Solar	USA	2 000	2420
JA Solar	China	300	Canadian Solar	Kanada	1 894	1650
Kyocera	Japan	290	Jinko Solar	China	1 765	840
Yingli Green Energy	China	281,5	Hanwha Q Cells	Korea/ Deutschland	1 280	560
Sun Power	US/ Philippinen	237	JA Solar	China	1 200	862
Trina Solar	China	210	Sun Power	USA	1 134	1800
Gintech	Taiwan	180	Suntech Power	China	1 750 (2012)	k. A.

Quelle: EurobservER, Photovoltaic Barometer, 2014.

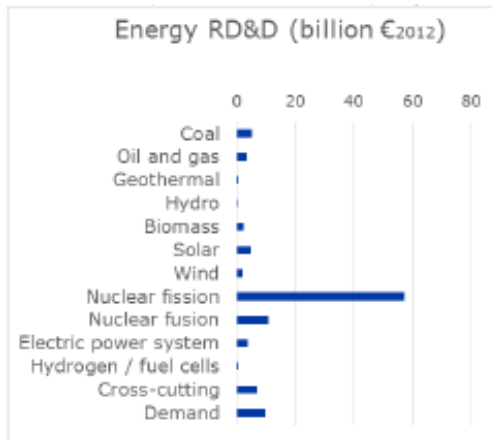
ABB. 70 ➤ Handelsströme von Solartechnologien 2008



Quelle: Groba, F., Determinants of trade with solar energy technology components: Evidence of the Porter hypothesis?, DIW, Working Paper No. 1163, 2011.

Die EU ist im Allgemeinen nicht befugt, Leitlinien für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten bzw. Investitionen im Energiebereich festzulegen. Der Europäische Strategieplan für Energietechnologie (SET-Plan) – mit dem Ziel einer CO₂-armen Zukunft –, der auf eine Verstärkung der FuE sowohl im Bereich existierender CO₂-armer Technologien als auch bei neuen Technologiegenerationen abzielt, ist eine hervorragende Initiative. Bislang wurden jedoch weder die entsprechenden finanziellen Anreize gefunden noch die Mitgliedstaaten überzeugt, Anreize bereitzustellen. Auch in diesem Fall werden durch fehlende Kooperation Ressourcen verschwendet. Verglichen mit anderen Branchen waren die FuE-Ausgaben von europäischen Energieunternehmen und von Mitgliedstaaten in diesem Bereich immer besonders gering und auf nationaler Ebene zersplittert. Sie sollten maßgeblich erhöht werden, damit die Herausforderung einer CO₂-armen Wirtschaft bewältigt werden kann.

ABB. 71 ► FuE-Ausgaben nach Technologiebereich



Quelle: Ecofys, Subsidies and costs of EU energy. An interim report, 2014.

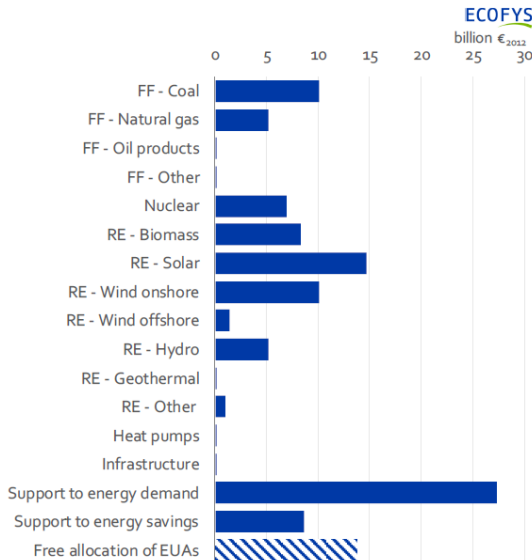
VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

ABB. 72 ► Ausgaben für die einzelnen Energieformen im Jahr 2012 und in der Vergangenheit

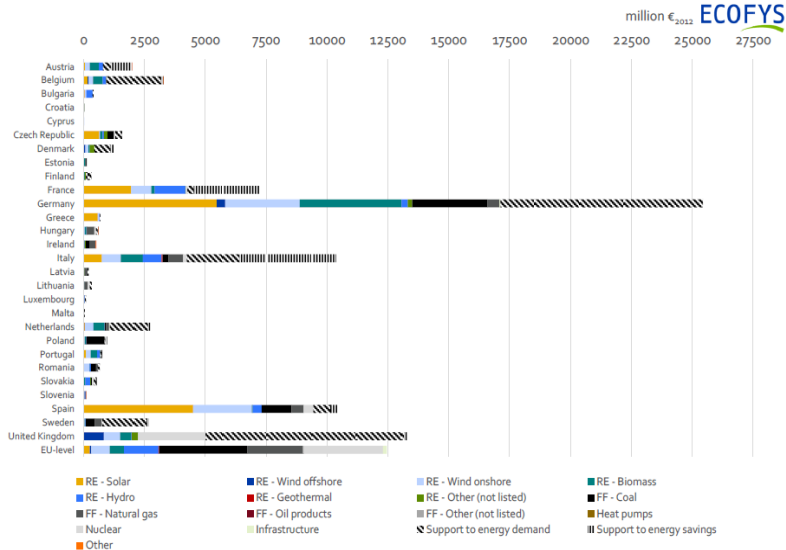
ART DER SUBVENTION	ÖL	GAS	KOHELE	KERNKRAFT	ERNEUERBARE ENERGIEN
Direkte Förderung (1970 – 2007)	–	–	200 Mrd. €	220 Mrd. €	100 Mrd. €
Andere Förderungen (1970 – 2007)	–	–	380 Mrd. €	–	70 – 150 Mrd. €
Gesamtförderung 2012	0	5,1 Mds €	10,1 Mds €	6,9 Mds €	40,8 Mrd. €
GESAMTAUSGABEN FÜR ENERGIE 2012					
Ausgaben im Bereich Energieverbrauch (v.a. für den Verbrauch fossiler Brennstoffe durch Steuerermäßigungen etc.)					27,3 Mrd. €
Gesamtausgaben für die Förderung fossiler Brennstoffe (Energieverbrauch plus direkte Subventionen)					34,5 Mrd. €
Gesamtausgaben der EU-28 für Energiesubventionen					99,3 Mrd. €

Quelle: Ecofys, Subsidies and costs of EU energy. An interim report, 2014.

ABB. 73 ► Gesamtförderung in den 28 EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2012 in Mrd. € und Interventionen der Mitgliedstaaten in Mio. €

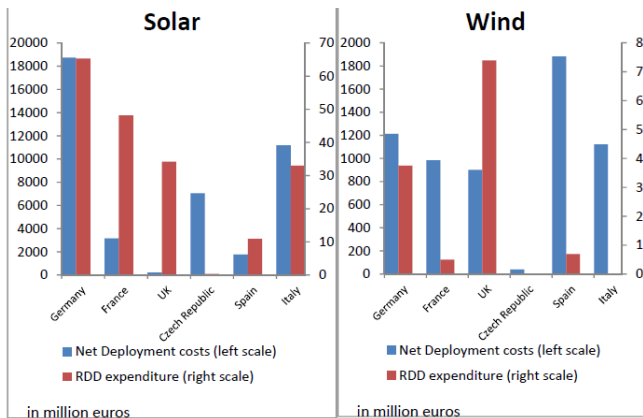


VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG



Quelle: Ecofys, Subsidies and costs of EU energy. An interim report, 2014.

ABB. 74 ➤ Erneuerbare Energien: Ausgaben für den Ausbau gegenüber FuE-Ausgaben in ausgewählten Mitgliedstaaten



Quelle: Zachmann, G. et. al., When and how to support Renewables, Letting the data speak, Bruegel, Working Paper 2014/01, 2014.

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

Analyse: Es ist festzustellen, dass die Ausgaben für den Ausbau erneuerbarer Energien (Einspeisetarife, Zuschüsse, Steuerermäßigungen usw.) in den untersuchten Mitgliedstaaten deutlich höher sind (manchmal um einen Faktor von 400) als die FuE-Ausgaben.

ABB. 75 ► EE-Ausbaukosten im Verhältnis zu FuE-Ausgaben in ausgewählten Ländern

LAND	SOLARENERGIE		WINDKRAFT	
	EE-Ausbaukosten (in Mio. €)	FuE-Ausgaben in Prozent (in Mio. €)	EE-Ausbaukosten (in Mio. €)	FuE-Ausgaben in Prozent (in Mio. €)
DE	19 000	0,3% (65)	1 200	3,2% (38)
FR	3 000	1,7% (50)	1 000	0,5% (5)
UK	300	12,3% (37)	900	8,3% (75)
CZ	7 000	0,0% (1)	50	2,0% (1)
ES	1 000	1,0% (10)	1 900	0,4% (8)
IT	11 000	0,3% (33)	1 100	0,1% (1)

Quelle: Zachmann, G. et. al., *When and how to support Renewables, Letting the data speak*, Bruegel, Working Paper 2014/01, 2014.

22. Befund: Die Energiebesteuerung erfolgt weiterhin ausschließlich auf nationaler Ebene und wird nicht zum Erreichen der vereinbarten EU-Ziele genutzt

Ein weiterer weniger erfolgreicher Aspekt ist die Besteuerung, die nach wie vor nicht Teil der EU-Energiepolitik ist. Die EU hat keine Besteuerungsbefugnis, durch die sie gewisse Aktivitäten unterbinden, effizientere und nachhaltigere Alternativen finanzieren oder bestimmte Formen von (nachhaltiger) Energienutzung zulasten anderer fördern könnte. Die EU-Mitgliedstaaten konnten sich trotz endloser Diskussionen nie auf eine Revision bzw. auf eine Stärkung der Richtlinie über die Energiebesteuerung einigen (und vom Grundsatz der Einstimmigkeit abweichen).

2.3. Die externe Dimension der Energiepolitik der EU nach der Krise

23. Befund: Die Diversifizierung der externen Versorgungsquellen und -routen sowie der jeweiligen Partner wurde in Angriff genommen, allerdings nicht mit genügend Entschlossenheit

Die EU hat eine Strategie zur Diversifizierung der Gasquellen und -transitrouten auf den Weg gebracht. Die greifbarste europäische Initiative war die Förderung des *südlichen Gaskorridors*, um kaspische Gasressourcen in die EU zu bringen, wobei *Nabucco* als Vorzeigeprojekt europäischen Interesses konzipiert wurde, das klaren internationalen Regeln unterliegen sollte, insofern als dass es durch einen Vertrag zwischen der Türkei und den vier betroffenen EU-Mitgliedstaaten geregelt wurde. Seit dem Start der Initiative galt es, eine Reihe von Unsicherheiten in Bezug auf Versorgung, Transit und Investitionen, administrative Hindernisse, Verzögerungen, steigende Kosten und die starke Konkurrenz durch andere Projekte, darunter das von Russland vorangetriebene Projekt der *South-Stream-Pipeline*, zu überwinden. Infolgedessen wird der *südliche Gaskorridor* nicht in der ursprünglich vorgesehenen Form umgesetzt werden, sondern voraussichtlich 2019-2020 mit drei miteinander verbundenen Pipelines, die jeweils unterschiedlichen Rechtsordnungen unterliegen, eröffnet werden: SCPX in Aserbaidschan, TANAP in der Türkei und TAP in Griechenland, Albanien und Italien.

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

ABB. 76 ► Südlicher Gaskorridor: vorgeschlagene Projekte

PROJEKT-NAME	START-/ENDPUNKT	KAPAZITÄT/ GESCHÄTZTE KOSTEN	GASQUELLE	PROJEKT-PARTNER	STATUS
Nabucco	Türkei - Österreich	10 - 31 Mrd. m³/Jahr 7,9 - 15 Mrd. €	Aserbaidsschan, (Irak, Iran)	BOTAS, RWE, Bulgargaz, Transgaz, MOL, OMV	Eingestellt
Nabucco West	Bulgarien/ Türkei - Österreich	10 - 23 Mrd. m³/Jahr Keine Angabe	Aserbaidsschan	BEH, BOTAS, FGSZ, GDF Suez, Transgaz, OMV	Eingestellt, könnte jedoch wieder aufgenommen werden
TAP	Griechenland - Italien	10 - 20 Mrd. m³/Jahr 1,5 - 3,9 Mrd. €	Aserbaidsschan	BP, SOCAR, Statoil, Fluxys, Total, E.ON, Axpo	In Umsetzung, voraussichtliche Inbetriebnahme 2019
TANAP	Türkei/ Georgien - Griechenland & Bulgarien	16 - 31 Mrd. m³/Jahr ~ 7,4 Mrd. €	Aserbaidsschan	BOTAS, SOCAR	In Umsetzung, voraussichtliche Inbetriebnahme 2019
TCGP	Turkmenistan - Aserbaidsschan	30 Mrd. m³/Jahr ~ 3,7 Mrd. €	Turkmenistan	Pas clair	Auf Eis gelegt
White Stream	Aserbaidsschan - Rumänien	8 - 32 Mrd. m³/Jahr 4,5 Mrd. €	Aserbaidsschan, Turkmenistan	White Steam Pipeline Company Ltd. (UK), GUEU (US)	Unklar
South Stream	Russland - Italien	63 Mrd. m³/Jahr 19 - 24 Mrd. €	Russland	Gazprom, EDF, Wintershall, ENI	in Umsetzung
Poseidon	Griechenland - Italien	8 Mrd. m³/Jahr 500 Mrd. €	Aserbaidsschan	Edison, DENA	Unklar

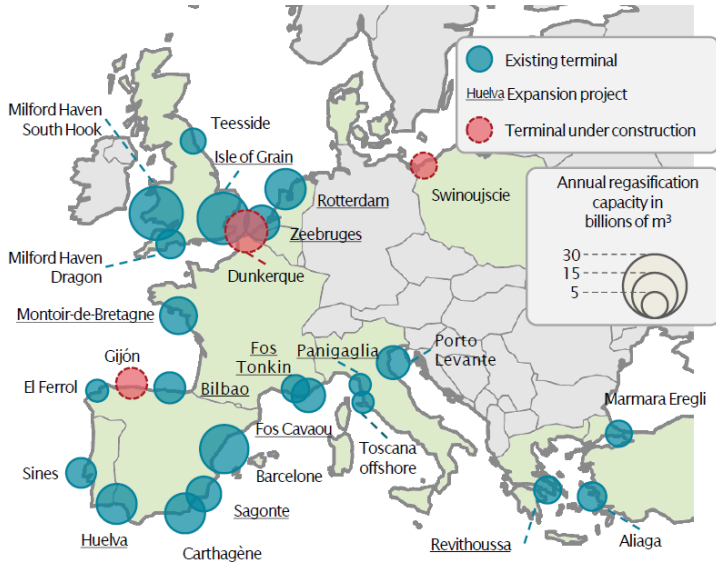
Quelle: Aggregierte Daten von den Webseiten der Unternehmen, 2014.

Die EU kann daraus wichtige Lehren ziehen. Vor allem ist es nicht möglich, ein solches Projekt ohne ausreichende Sicherheiten in Bezug auf die verfügbare Gasmenge und die künftige Beteiligung der Lieferanten (Aserbaidschan, Turkmenistan, Irak, östliche Mittelmeerländer und Iran) zu entwickeln. Zudem ist es schwierig, ein Projekt dieser Größenordnung zu entwickeln, wenn die beteiligten privaten Betreiber und Unternehmen nicht zu den größten in Europa zählen und nicht direkt an der Förderung des zu transportierenden Gases beteiligt sind. Durch den südlichen Korridor, der auf eine Verringerung der großen Abhängigkeit der EU von Russland und Gazprom abzielt, entsteht nicht zuletzt eine potenzielle neue Abhängigkeit von Aserbaidschan, Georgien und der Türkei, und zwar sowohl in Bezug auf die Gasversorgung (Gasfeld Shah Deniz II) und den Gastransit (durch SCPX, TANAP und TAP) als auch bei den Gasinfrastrukturnetzen der EU, beginnend mit Griechenland und der Übernahme des griechischen Gasfernleitungsnetzbetreibers DESFA durch SOCAR, das staatliche Öl- und Gasunternehmen der Republik Aserbaidschan. Die rechtliche und politische Komplexität eines Korridors, der sich über so viele Länder erstreckt, mit denen die EU ganz unterschiedliche Arten von Abkommen geschlossen hat, stellt eine besondere Herausforderung dar, die sich durch eine wirkliche Energiediplomatie erfolgreich meistern ließe.

Konkrete Fortschritte bei der Diversifizierung der Gasversorgung wurden bislang überwiegend durch europäische Energieversorgungsunternehmen erzielt, die bei mehreren Investitionsprojekten federführend waren, die auf die Versorgung mit verflüssigtem Erdgas (LNG) aus diversifizierten externen Quellen (Naher Osten, Katar, Afrika, Nord- und Südamerika und möglicherweise die Vereinigten Staaten) und zusätzliche Pipelines in die EU abzielen.

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

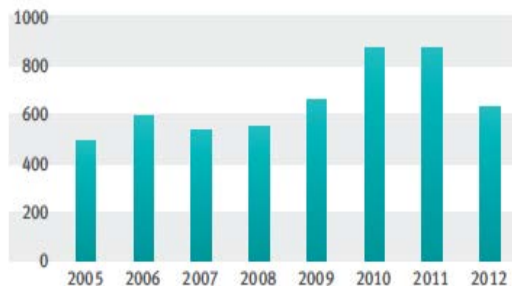
ABB. 77 ➤ Karte der LNG-Terminals in der EU (Daten des Jahres 2013)



Quelle: Gas in Focus, Existing and planned LNG terminals, 2014.

ABB. 78 ➤ LNG-Importe in die EU seit 2005

TWh – GCV



Quelle: BG Group, 2014.

EU:

Spanien: 14,2 Mio. t
Ver. Königreich: 10,5 Mio. t
Frankreich: 7,5 Mio. t
Italien: 5,2 Mio. t
Belgien: 1,9 Mio. t

Außerhalb der EU:

Japan: 87,3 Mio. t
Südkorea 36,8 Mio. t
China 14,8 Mio. t
USA: 3,3 Mio. t

ABB. 79 ► Die 5 wichtigsten Importpartner für fossile Brennstoffe
(prozentualer Anteil an den Gesamteinfuhren in Klammern)

ERDÖLERZEUGNISSE		GAS		FESTE BRENNSTOFFE	
2001	2012	2001	2012	2001	2012
Russland (23%)	Russland (31,4%)	Russland (38%)	Russland (36%)	Südafrika (21%)	Russland (23%)
Norwegen (20%)	Norwegen (11%)	Norwegen (18%)	Norwegen (34%)	Australien (13%)	Kolumbien (21%)
Saudi-Arabien (11%)	Saudi-Arabien (9,4%)	Algerien (17%)	Algerien (14%)	Russland (10%)	USA (20,7%)
Libyen (7,5%)	Libyen (8,4%)	Andere (4%)	Katar (9%)	USA (9%)	Australien (6,7%)
Iran (5,4%)	Nigeria (8,3%)	Nigeria (2%)	Andere (6%)	China (4%)	Südafrika (5,6%)

Quelle: Eurostat, 2014.

24. Befund: Die externe Dimension des EU-Binnenmarkts wird nach und nach weiterentwickelt

Die 2012 getroffene Entscheidung in Bezug auf zwischenstaatliche Abkommen, die den EU-Mitgliedstaaten die Verpflichtung auferlegt, den anderen Mitgliedstaaten und der Kommission Informationen über ihre Abkommen mit Drittstaaten zur Verfügung zu stellen, hat die Transparenz im Energiesektor erhöht. Ein weiterer positiver Schritt, der allerdings noch nicht erfolgreich war, waren die der Europäischen Kommission erteilten Mandate, im Namen der EU mit Turkmenistan und Aserbaidschan Abkommen über die transkaspiische Pipeline bzw. mit der Russischen Föderation ein Abkommen über das Stromsystem in den baltischen Staaten auszuhandeln.

Die internationale Dimension des europäischen Energiebinnenmarkts wird jedoch trotz der größeren internationalen Ambitionen und Zielsetzungen der EU, die in mehreren Schlussfolgerungen des Rats (2007, 2011 und 2013) und zuletzt 2014 in der neuen Europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit bekräftigt wurden, nicht adäquat gefördert. Nationale bilaterale Abkommen mit externen Energielieferanten haben nach wie vor größeres Gewicht als ein umfassender Ansatz der EU, wodurch die EU zur Zielscheibe der „Teile-und-herrsche-Politik“ von Lieferanten aus Drittländern und insbesondere von Russland wird.

Außerdem untergraben diese Abkommen die Stärke des Energiebinnenmarkts, verhindern seine effektive internationale Ausweitung und leisten Verstößen gegen gemeinsame Vorschriften auf Seiten der Lieferanten aus Drittländern Vorschub. So musste die Europäische Kommission etwa bei den bilateralen Abkommen zur Yamal-Pipeline, die zwischen Russland und Polen einerseits und Russland und Litauen andererseits in Bezug auf die Entflechtung der Eigentumsverhältnisse im Gassektor ausgehandelt wurden, helfen, die Einhaltung des EU-Regelungsrahmens zu gewährleisten.

Das jüngste Beispiel für die fehlende Einigkeit der Mitgliedstaaten ist allerdings die South-Stream-Pipeline, die von der Russischen Föderation gefördert wurde, um die Ukraine zu umgehen, den südlichen Gaskorridor zu unterminieren und die Dominanz Russlands über seine traditionellen Abnehmer in Mittel- und Osteuropa sowie in Südosteuropa aufrechtzuerhalten. Die Rechtsgrundlage für dieses Pipeline-Projekt bilden zwischenstaatliche Abkommen, die zwischen mehreren EU-Mitgliedstaaten und der Russischen Föderation geschlossen wurden und offenbar gegen EU-Recht verstoßen. Der logische Ansatz für die Mitgliedstaaten hätte darin bestanden, die EU zu beauftragen, in ihrem Namen ein einziges Abkommen mit der Russischen Föderation auszuhandeln. Dass sie dies nicht taten, gab der Russischen Föderation die Möglichkeit, den EU-Mitgliedstaaten gegenüber eine Politik des *divide et impera* zu verfolgen und damit der EU und den einzelnen Mitgliedstaaten zu schaden.

Auch die Tatsache, dass die EU-Mitgliedstaaten der Europäischen Kommission kürzlich nicht das Mandat erteilt haben, mit Aserbaidschan über die Frage der Versorgungssicherheit nach der Übernahme von DEFSa durch SOCRa zu verhandeln, veranschaulicht ihre fehlende Bereitschaft, der Europäischen Union bei der Aushandlung derartiger Abkommen in diesen sensiblen Bereichen der externen Energiepolitik eine „Ex-ante-Rolle“ zuzuweisen.

25. Befund: Die Integration der Nachbarländer in den EU-Markt geht langsam voran

Einen konkreten Versuch, den „europäischen Regelungsraum“ des Binnenmarkts auf die Nachbarländer der EU auszuweiten, stellt der Vertrag zur Gründung der Energiegemeinschaft dar. Darin verpflichten sich die Nachbarländer, den „*gemeinschaftlichen Besitzstand*“ des Binnenmarkts für Öl, Gas und Strom

zu übernehmen. Der Vertrag hat sich als vielversprechendes Instrument zur Ausweitung der Grundsätze guter Regierungsführung auf die südosteuropäischen Länder, Moldawien und die Ukraine erwiesen.

Die Energiegemeinschaft ist jedoch durch eine schwache Governance gekennzeichnet, die auf einem zwischenstaatlichen und einstimmigen Entscheidungsprozess beruht und deren Kapazitätsaufbau und institutioneller Rahmen unzureichend ist. Sie ist zu schwach und nicht mit den erforderlichen Befugnissen und Ressourcen ausgestattet, um in den betreffenden Ländern die Rechtsstaatlichkeit durchsetzen, die nötigen Vorschriften umsetzen und deren Anwendung überwachen zu können. Um zu einem sinnvollen Instrument zu werden, muss die Energiegemeinschaft gestärkt werden. Dies veranschaulicht das Beispiel der Ukraine, die heute in einer wesentlich besseren Position wäre, wenn sie die vor einigen Jahren in der EU/Russland/Ukraine-Troika beschlossenen Reformen umgesetzt hätte.

26. Befund: Die Beziehungen zwischen der EU und Russland müssen verbessert werden

Die Beziehung zwischen der EU und Russland hat sich in den vergangenen Jahren verschlechtert und mit dem aktuellen militärischen Konflikt in der Ukraine einen Tiefststand erreicht. Sie ist zunehmend durch Konflikte, Meinungsverschiedenheiten und Frustrationen geprägt. Beispiele hierfür sind die ausbleibenden Fortschritte bei den Verhandlungen zu einer neuen strategischen Partnerschaft (PKA), die politisch motivierten Preisunterschiede für russisches Gas in der EU, das Kernkraftwerk in Kaliningrad, das South-Stream-Projekt, der Gastransit durch die Ukraine oder die sukzessiv gegen Russland verhängten Sanktionen der EU, die u.a. den russischen Energiesektor betreffen.

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

ABB. 80 ➤ Externe Energieabhängigkeit der EU nach Mitgliedstaaten mit Fokus auf Russland

LÄNDER, IN DENEN 2012 MEHR ALS 50% DES „GESAMTEN NETTOGASAUFGKOMMENS“ AUS RUSSLAND STAMMTEN							ANDERE ABHÄNGIGKEITEN	
EU-LAND	GASANTEIL AM ENERGIEMIX IN %	NETTOGASAUFGKOMMEN TWH	INLÄND. GASPROD. TWH	EINE EINZIGE IMPORTUELLE	ANTEIL RUSSLANDS AM NETTOGASAUFGKOMMEN	ZWEITGRÖSSTER IMPORTPARTNER	ÖLIMPORTE 2011	ANDERE 2011
	8,2	6,8	0,0	Ja, Russland	100%	Keiner	Keine Angabe	Gasnetze
FI	9,4	38,8	0,0	Ja, Russland	100%	Keiner	88%	Kohle, 49%
LV	30,4	15,2	0,0	Ja, Russland	100%	Keiner	Keine Angabe	Gasnetze
LT	38,5	34,2	0,0	Ja, Russland	100%	Keiner	98%	Strom, 45%
BG	13,6	29,6	3,5	Ja, Russland	88,8%	Keiner	95%	Raffineriekapazität 100%
HU	37,1	107,4	23,4	Ja, Russland	80%	Keiner	100%	Uran (Großteil)
SK	26,6	55,3	0,9	Nein	83,5%	Anderer, 22%	100%	
AT	24	95,9	20,2	Nein	60%	Norwegen, 15%	16%	Gashandel
SL	10,2	8,3		Nein	60%	Algerien, 23%	Keine Angabe	
PL	12,6	176,9	49,5	Nein	58%	Andere, 15%	92%	Kohle, 7%
CZ	15,6	86,3	1,7	Nein	57%	Norwegen, 11%	59%	
GR	14,2	47,1	0,0	Nein	55%	Algerien, 18%	25%	

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

LÄNDER, IN DENEN 2012 WENIGER ALS 50% DES „GESAMTEN NETTOGASAUFGKOMMENS“ AUS RUSSLAND STAMMTEN							ANDERE ABHÄNGIGKEITEN	
LAND	GASANTEIL AM ENERGEMIX IN %	NETTOGASAUFGKOMMEN TWH	INLÄND. GASPROD. TWH	EINE EINZIGE IMPORTQUELLE	ANTEIL RUSSLANDS AM NETTOGASAUFGKOMMEN	ZWEITGRÖSSTER IMPORTPARTNER	ÖLIMPORTE 2011	ANDERE 2011
RO	30,6	144,7	109,5	Ja, Russland	24,3%	Keiner	27%	Tankstellen
DE	20,8	909,1	120,1	Nein	37,3%	Norwegen, 29%	39%	Kohle, 4%
IT	36,9	792,6	91	Nein	28,8%	Algerien, 29%	16%	
LU	22,5	13,7	0,0	Nein	24%	Norwegen, 51,8%	Keine Angabe	
FR	14,3	492,4	5,8	Nein	16%	Norwegen, 42,6%	11%	
NL	42,2	426,2	742,7	Nein	5%	Norwegen, 50%	31%	
BE	25,5	178,8	0,0	Nein	< 1%	Norwegen, 36,8%	45%	

LÄNDER, DIE 2012 KEIN RUSSISCHES GAS IMPORTIERTEN							ANDERE ABHÄNGIGKEITEN	
LAND	GASANTEIL AM ENERGEMIX IN %	NETTOGASAUFGKOMMEN TWH	INLÄND. GASPROD. TWH	EINE EINZIGE IMPORTQUELLE	ANTEIL RUSSLANDS AM NETTOGASAUFGKOMMEN	ZWEITGRÖSSTER IMPORTPARTNER	ÖLIMPORTE 2011	ANDERE 2011
HR	30,1	31,2	21,1	Nein	0%	Anderer, 37%	Keine Angabe	
CY	0	0	0	Nein	0%	Keiner	Keine Angabe	~ 30% der gesamten ADI
DK	19,6	37,5	67,2	Nein	0%	Netto-exporteur	Netto-exporteur	
IE	29,7	52,6	2,4	Nein	0%	Anderer, 94%	0%	

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

MT	0	0	0	Nein	0%	Keiner	Keine Angabe	
PT	18,7	50,1	49,5	Nein	0%	Algerien, 54%	< 10%	
ES	22,6	362,6	1,1	Nein	0%	Algerien, 44%	15%	
SE	2,3	12,9	0	Ja	0%	Anderer, 100%	51%	
UK	35,5	855	452,1	Nein	0%	Norwegen, 34%	9%	Kohle, 24%

ABHÄNGIGKEIT DER EU-28 VON RUSSISCHEM GAS INSGESAMT							ANDERE ABHÄNGIGKEITEN	
LAND	GASANTEIL AM ENERGEMIX IN %	NETTOGASAUFKOMMEN TWH	INLÄND. GASPROD. TWH	EINE EINZIGE IMPORTQUELLE	ANTEIL RUSSLANDS AM NETTOGASAUFKOMMEN	ANDERE IMPORTPARTNER	ÖLIMPORTE 2011	ANDERE 2011
UE 28	23	5060,9	1712,1	Nein	24%	Norwegen: 22,6%, Algerien: 9% Katar: 6%	33%	Kohle, Uran, Strom, Raffineriekapazität

Quelle: Aggregierte Daten von Eurostat, Eurogas, Bruegel, online media, 2014.

Im Jahre 2012 leitete die Europäische Kommission ein formelles Verfahren ein, um zu untersuchen, ob Gazprom gegen die EU-Wettbewerbsvorschriften verstößt, und insbesondere, ob es in Bezug auf die tarifbezogene Benachteiligung und die Koppelung der Gaspreise an den Ölpreis seine marktbeherrschende Stellung in mehreren mittel- und osteuropäischen Ländern missbraucht. Sollten Verstöße nachgewiesen werden, müsste Gazprom diese Praktiken einstellen. Außerdem könnte gegen das Unternehmen eine beträchtliche Geldbuße verhängt werden. Zugleich ist Gazprom, was die Handelsaktivitäten und den Zugang zu den Endkunden anbelangt, wahrscheinlich einer der größten Nutznießer der neuen EU-Gasmarktregeln. Dies steht im Kontrast dazu, dass Russland wegen des dritten Energiepakets ein WTO-Konsultationsverfahren gegen die EU eingeleitet hat.

ABB. 81 ► Preisunterschiede bei Gas von Gazprom

LAND	GAZPROM GRENZÜBERGANGSPREIS (€/MWH)
Estland	31,32
Lettland	28,86
Litauen	35,20
Rumänien	26,30
Ungarn	27,47
Slowakei	28,40
Tschech. Rep.	27,81
Deutschland	25,83
Italien	28,74

Quelle: Europäische Kommission, 2014.

Inzwischen weitet Russland seine direkten und indirekten Beteiligungen in den europäischen Energiemärkten aus, sowohl als Öl-, Kohle- und Uranlieferant als auch als Investor bei einer Vielzahl wichtiger Vermögenswerte der EU, darunter Raffinerien, Speichieranlagen, Gasfernleitungs- und Verteilungsnetze sowie Rohstoffverkauf und -handel. Es gibt keinen gemeinschaftlichen und konsistenten Umgang mit der gegenseitigen, noch eine gewisse Zeit fortbestehende Abhängigkeit von Russland und der EU im Energiebereich. Die von Russland bevorzugten Swap-Vereinbarungen mit europäischen Unternehmen schaffen keine fairen Wettbewerbsbedingungen für EU-Unternehmen in Russland.

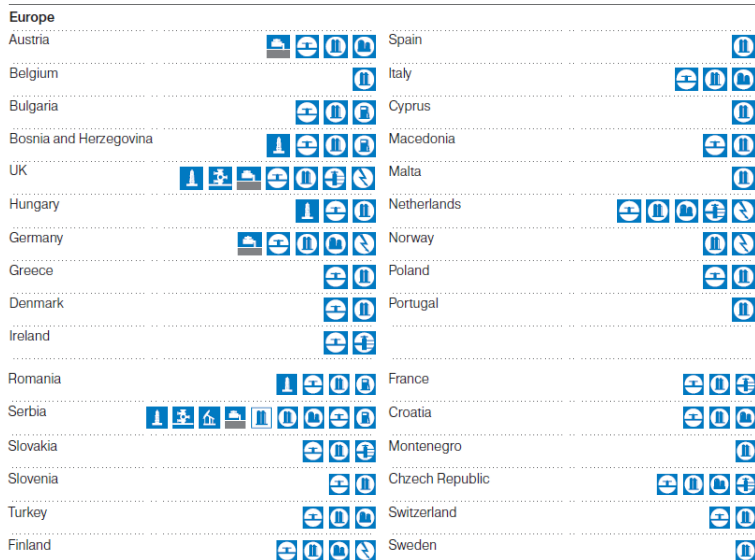
VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

ABB. 82 ➤ Die fünf wichtigsten Bestimmungsländer für russische Öl-, Gas- und Kohleexporte, Gesamtimporte der EU aus Russland und Gesamtverbrauch

GAS (2012)	ÖL (2012)	FESTE BRENNSTOFFE (2012)	URAN
Deutschland (32,3 Mrd. m³)	Deutschland (35 Mio. t)	UK (12,3 Mio. t)	Deutschland
Italien (21,8 Mrd. m³)	Polen (23,5 Mio. t)	Deutschland (10,1 Mio. t)	Frankreich
Polen (9,8 Mrd. m³)	Niederlande (15 Mio. t)	Polen (9,3 Mio. t)	Belgien
Ungarn (8,1 Mrd. m³)	Belgien (11,6 Mio. t)	Finnland (5,3 Mio. t)	Niederlande
Frankreich (7,5 Mrd. m³)	Italien (9,2 Mio. t)	Niederlande (3,5 Mio. t)	Spanien
Importe aus Russland 106 Mrd. m³ - 160 Mrd. m³	Importe aus Russland 175 Mio. t	Importe aus Russland 52,7 Mio. t	
Anteil am Gesamtimport in %: 23-39%	Anteil am Gesamtimport in %: 31%	Anteil am Gesamtimport in %: 23%	
Gesamtverbrauch EU: 392,8 Mio. t RÖE	Gesamtverbrauch EU: 586,6 Mio. t RÖE	Gesamtverbrauch EU: 293,9 Mio. t RÖE	

Quelle: Aggregierte Daten von Eurostat, Eurogas, 2014.










ABB. 83 ➤ Aktivitäten von Gazprom in Europa










VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

KEY

Operations

-  Hydrocarbon prospecting and exploration
-  Gas and gas condensate production
-  Coal bed methane extraction
-  Oil production
-  Gas transportation
-  Underground gas storage
-  Hydrocarbon processing
-  Oil refining
-  Electricity and heating energy generation

Marketing

-  Trunk pipeline gas sales
-  Sales of refined hydrocarbon products
-  Oil and gas condensate sales
-  LNG sales
-  Gas sales to end consumers
-  Electricity sales
-  Product sales through gasoline stations

Quelle: Gazprom, Annual Report, 2013.

Was die derzeitige Krise im Zusammenhang mit den Gaslieferungen in die und dem Gastransit durch die Ukraine anbelangt, kommt die EU ihren Verpflichtungen nach und spielt beim aktuellen trilateralen Dialog/bei den aktuellen trilateralen Verhandlungen mit der Ukraine und Russland eine Schlüsselrolle. Solange die EU-Mitgliedstaaten jedoch nicht bereit sind, ihre Position auf EU-Ebene abzustimmen, wird Russland die Mitgliedstaaten weiterhin auf bilateraler Ebene gegeneinander ausspielen und damit der gesamten EU schaden.

27. Befund: Um wirksam zu sein, muss die Energiepolitik in die Außenpolitik der EU integriert werden

Dass sich der Rat für auswärtige Angelegenheiten mit Unterstützung der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) zunehmend mit energiepolitischen Themen auseinandersetzt und diese diskutiert, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Doch die Energiepolitik fällt trotz ihrer zentralen strategischen/externen Dimension weiterhin in den Zuständigkeitsbereich der EU-Mitgliedstaaten.

Aufgrund der zu zögerlichen Verbesserung der Außenvertretung der EU im Vertrag von Lissabon glänzt die EU in der internationalen Energieszene trotz der erzielten außenpolitischen Fortschritte immer noch zu oft durch Abwesenheit. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind nach wie vor nicht in der Lage, ihren externen Partnern und Lieferanten eine starke und überzeugende einheitliche Botschaft zu vermitteln (bzw. „mit einer Stimme zu sprechen“).

Auf multilateraler Ebene, etwa bei der Internationalen Energie-Agentur, ist die EU nach wie vor nur als Beobachter neben den EU-Mitgliedstaaten vertreten, die ihre Positionen nicht ausreichend abstimmen. Darüber hinaus bleiben durch den Mangel an multilateralen Instrumenten im Energiebereich Unsicherheiten in Bezug auf die Nutzung und den Transport von Ressourcen bestehen. Im Kontext der EU wurde das Potenzial von GATT/WTO und anderen Organen nicht hinreichend untersucht. Auch die Wiederaufnahme der Verhandlungen zum Energiechartavertrag ist fraglich.

2.4. Fazit – Es besteht Handlungsbedarf

28. Befund: Die Fragmentierung des Systems

Auch wenn in den vergangenen zehn Jahren viel erreicht wurde, bleibt die Fragmentierung des Systems weiter bestehen. Manchmal waren selbst positive Entwicklungen mit Defiziten verbunden, die zum großen Teil nach wie vor nicht angegangen wurden. Der Binnenmarkt muss verwirklicht und an die neuen Entwicklungen angepasst werden, damit die seit einigen Jahren bestehenden Mängel und Herausforderungen bewältigt werden können. In der europäischen Energiepolitik ist keine effiziente und kohärente externe Dimension vorgesehen, die es der EU ermöglichen würde, strategische Energiefragen in Angriff zu nehmen.

Die einzelstaatlichen Lösungen haben sich als inadäquat erwiesen und das Risiko, dass den gemeinsamen Herausforderungen mit unterschiedlichen und in Widerspruch zueinander stehenden Ansätzen begegnet wird, erhöht. Eine adäquate Governance, die es der EU ermöglichen würde, der fehlenden Koordination und Kooperation zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den betroffenen Akteuren entgegenzuwirken, fehlt. Mit „weichen“ Instrumenten

und lockeren Koordinierungsstrukturen ist dies nicht zu bewerkstelligen. Ohne eine klare gemeinsame Vision und ohne die Bereitschaft zum gemeinsamen Handeln lassen sich die gegensätzlichen Standpunkte nicht harmonisieren.

Die EU hat nicht die Möglichkeit, in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Investitionen, Infrastrukturen, Diversifizierung oder Steuerpolitik direkt die Richtung vorzugeben, um ihre Ziele in Bezug auf Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und/oder Versorgungssicherheit zu erreichen.

29. Befund: Die Gefahr des „Durchwurstelns“

Es ist nicht gewährleistet, dass der derzeitige Ansatz ausreichen wird, um den wirtschaftlichen, industriellen und gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen, der erforderlich ist, damit der EU bis 2030-2050 der Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft gelingt. Angesichts der vergangenen und jüngsten Entwicklungen bleibt abzuwarten, inwieweit die EU-Mitgliedstaaten und die Akteure des Energiesektors tatsächlich dazu bereit sind, gemeinsam einen qualitativen Sprung zu vollziehen und die Vorstellung der nationalen Unabhängigkeit bei der Energieversorgung aufzugeben bzw. ihrer de facto bestehenden gegenseitigen Abhängigkeit in einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik Rechnung zu tragen.

30. Befund: Eine historische Konvergenz der nationalen Energieprofile und -systeme auf europäischer Ebene

Die Energiepolitik der EU ist derzeit eine Mischform aus primär auf nationalen Erwägungen beruhenden einzelstaatlichen Energiepolitiken und einer auf integrierten Energiemärkten basierenden gemeinsamen Energiepolitik. Dies ist die Seite der Medaille, die es hervorzuheben gilt.

Tatsächlich verfügt die EU im Energiebereich über ein relativ gut entwickeltes Regelwerk. Das dritte Maßnahmenpaket für den Energiebinnenmarkt und andere wichtige EU-Verordnungen und -Richtlinien in den Bereichen Strom, Gas, erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Infrastrukturen haben eine tatsächliche Konvergenz der 28 einzelstaatlichen Energiesysteme, Modelle und Regulierungsrahmen geschaffen, die international einzigartig und auf europäischer Ebene unumkehrbar ist.

3. Der erforderliche technische Ansatz: Zehn Sofortaktionen für die europäische Energiepolitik und ihre Akteure

Um die Mängel der europäischen Energiepolitik zu beheben und die erkannten Hindernisse zu überwinden, ist die aktive Beteiligung der europäischen Institutionen, der Mitgliedstaaten und aller anderen Schlüsselakteure im Energiebereich erforderlich. Kein EU-Mitgliedstaat hat die Mittel, alle Probleme alleine anzugehen. Ein „Versagen des Energiemarkts“ kann Regierungen stürzen, und zwar nicht nur in den schwächeren, sondern auch in den stärkeren Mitgliedstaaten. Davon abgesehen sind „weiche“ Maßnahmen und lockere Strukturen der Zusammenarbeit nicht ausreichend, um harte Entscheidungen zu treffen und umzusetzen. Damit eine echte europäische Energiepolitik mit all ihren Vorteilen eingerichtet werden kann, müssen alle EU-Mitgliedstaaten und Akteure im Energiebereich diese Politik befolgen und sich an ihr beteiligen.

Bei angemessener Steuerung kann die europäische Energiepolitik ein leistungsstarkes Instrument sein, das für die Mankos ein breites Spektrum an pragmatischen und effizienten Lösungen liefert. Eine umfassende europäische Energiepolitik sollte vor allem drei Schlüsselziele erreichen. Im neuen Zyklus der EU-Institutionen sollten in Verbindung mit konkreten Abhilfemaßnahmen, politischen Instrumenten und institutionellen Rahmenbedingungen zehn sinnvolle Aktionen kurzfristig umgesetzt werden.

Ziel Nr. 1. Vollendung des europäischen Energiebinnenmarkts

Der Strom- und Gasbinnenmarkt hat einen Punkt erreicht, an dem es kein Zurück mehr gibt. Es besteht ein Konsens über die Notwendigkeit, ihn zu vollenden. Der auf einem angemessenen Rechtsrahmen und miteinander verknüpften Infrastrukturen basierende europäische Energiebinnenmarkt ist und bleibt das wichtigste der EU zur Verfügung stehende Instrument um

ihre wesentlichen Ziele im Energiebereich gleichzeitig zu erreichen. Den Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft, die Optimierung der Zuweisung und Entwicklung inländischer Ressourcen, den effizienten Einsatz von Energie, die Energieversorgungssicherheit- und -solidarität innerhalb der EU, die richtigen Signale um Investitionen in Energieerzeugung, -übertragung und -verteilung anzuregen und Skaleneffekte um neue Technologien zu entwickeln und einzusetzen. Der europäische Energiebinnenmarkt soll allen Marktteilnehmern die gleichen Ausgangsvoraussetzungen garantieren und den Verbrauchern die Möglichkeit geben, zwischen konkurrierenden Versorgungsunternehmen zu wählen.

Davon abgesehen wird ein integrierter, konkurrenzfähiger, liquider und robuster europäischer Energiebinnenmarkt die Stärke der europäischen Außenpolitik sein. So wird er die bilateralen und multilateralen Beziehungen der EU mit externen Partnern stärken und ihre Verhandlungsfähigkeit mit externen Versorgungsunternehmen und Transitländern verbessern.

Ziel Nr. 2. Nutzen der Vorteile der externen Dimension des europäischen Energiebinnenmarkts

Die EU-Mitgliedstaaten und Betreiber müssen bei der Zusammenarbeit mit Drittländern die Binnenmarktdimension und gemeinsame Werte berücksichtigen. In bestimmten Schlüsselbereichen ist heute ein gemeinsamer EU-Ansatz notwendig, um sicherzustellen, dass bilaterale Verträge einzelner Mitgliedstaaten und Unternehmen mit Versorgungsunternehmen und Transitländern dem gesamten EU-Markt zugutekommen und dass keine Drittländer/-unternehmen die wichtigsten Energieanlagen und -infrastrukturen bedrohen oder sich auf eine gezielte Reduzierung der Energieversorgung einlassen.

Abgesehen von den derzeitigen Fall-für-Fall- und Ad-hoc-Ansätzen sollte die europäische Energiepolitik darauf ausgerichtet sein, die konkrete und nützliche externe Dimension zu entwickeln, die den Fragen im Zusammenhang mit dem europäischen Energiebinnenmarkt und der Energieversorgungssicherheit in der EU einen echten Mehrwert bringt. Der Schwerpunkt dieser Dimension sollte auf einer klaren Strategie für die Diversifizierung der Bezugsquellen und Transitrouten liegen. Mit der Zeit sollte diese Politik auch darauf ausgerichtet

werden, die EU und ihre Nachbarn auf den richtigen Weg zu einem auf dem EU-Modell basierenden europaweiten Energiebinnenmarkt zu bringen. Dies wäre eine Möglichkeit, die zunehmende Importabhängigkeit der EU und im Besonderen der EU-Mitgliedstaaten, die lediglich von einem einzigen Versorger abhängig sind, in den Griff zu bekommen.

Ziel Nr. 3. Bessere Steuerung der europäischen Energiepolitik

Es kann nicht geleugnet werden, dass derzeit Versuche unternommen werden, in diesem Bereich Fortschritte zu erzielen, beispielsweise mit der Verabschiedung des Energie- und Klimapakets für 2030 und der größeren Flexibilität, die den EU-Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der neuen Vorgaben und Zielsetzungen für 2030 geboten wird. Diese Initiativen sollten aber durch eine hinreichende Steuerung und Disziplin mit durchsetzbaren Regeln ergänzt werden, sodass die Mitgliedstaaten von Maßnahmen Abstand nehmen, die das gute Funktionieren und die Solidarität des Binnenmarkts untergraben.

Die europäische Energiepolitik sollte auf einem starken, kohärenten, stabilen und modernen europäischen Regulierungsraum für den Energiesektor basieren, der von gemeinsamen Institutionen gesteuert wird, die in der Lage sind, effektive Lösungen vorzuschlagen. Konkret muss die EU die geeigneten Instrumente entwickeln, um die Interaktion zwischen Akteuren und Politikbereichen in einem kohärenten Regulierungsrahmen der EU zu verbessern. Darüber hinaus müssen die Instrumente zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen nationalen Akteuren auf bilateraler und regionaler Ebene verstärkt werden.

Die Steuerung der europäischen Energiepolitik muss sich verändernde Energiequellen sowie neue Technologien und Marktbedingungen auf flexible Weise berücksichtigen und die drei Schlüsselvorgaben konsequent aufeinander abstimmen. Sie sollte effizient sein, damit in den entsprechenden Politikbereichen die richtigen Entscheidungen getroffen und durch einen geeigneten institutionellen Rahmen gesteuert werden. Schließlich sollte sie gemeinsame Regeln und Vorschriften konsequent durchsetzen, und sie sollte kollektiv sein, um die gemeinsamen Interessen auf wirtschaftlich kostenwirksame Weise zu garantieren.

3.1. Vollendung des europäischen Energiebinnenmarkts

Aktion Nr. 1. Ein glaubwürdiger und stabiler EU-Rechtsrahmen für die vollständige Integration des europäischen Energiebinnenmarkts

„Der Binnenmarkt muss vollendet werden. Wenn uns dies gelingt, wird der europäischen Wirtschaft daraus ein zusätzlicher Mehrwert von 200 Milliarden Euro entstehen. Wir müssen das schaffen.“ „Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

„Diese Priorität wird in vielen wesentlichen Sektoren unserer Wirtschaft die Mobilisierung eines breiten Spektrums an Rechts-, Politik- und Finanzinstrumenten erforderlich machen (...), die die Umsetzung der politischen Vereinbarungen des Energie- und Klimaschutzrahmens für 2030 begleiten. (...) Der zunehmende Wettbewerb dürfte dazu beitragen, die Kosten für die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen zu senken und das Wachstum anzukurbeln. (...) Sie müssen die Infrastrukturprojekte ermitteln und auswählen, denen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden soll, prüfen, ob der derzeitige Rechtsrahmen ergänzt werden muss, und die Umsetzung geltender Rechtsvorschriften sehr genau verfolgen“. Mission Letter an Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klimaschutz und Energie, Brüssel, 1. November 2014.

„Der Europäische Rat stellt fest, dass einem voll funktionsfähigen und vernetzten Energiebinnenmarkt grundlegende Bedeutung zukommt. Unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen vom März 2014 zur Vollendung des Energiebinnenmarkts betont der Europäische Rat, dass alle Kräfte mobilisiert werden müssen, damit dieses Ziel vordringlich erreicht werden kann. Eine vorrangige Aufgabe für die Zeit nach 2020 besteht weiterhin darin, eine unzureichende Anbindung von Mitgliedstaaten an die europäischen Gas- und Stromnetze zu verhindern und einen Synchronverbund der Mitgliedstaaten innerhalb der kontinentaleuropäischen Netze sicherzustellen, wie es in der Europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit vorgesehen ist.“ Schlussfolgerungen des Europäischen Rats, 23./24. Oktober 2014.

Ein glaubwürdiger und stabiler Rechtsrahmen für die vollständige Integration des europäischen Energiebinnenmarkts ist die wesentliche Voraussetzung für die europäische Energiepolitik. Ein glaubwürdiger und stabiler Rechtsrahmen auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten ist ebenfalls eine wesentliche Bedingung, um notwendige Investitionen in den Übergang des Energiesystems anzuziehen, vor allem weil diese Investitionen in erster Linie eine Angelegenheit des Markts und der Anleger bleiben sollen. Die Vorgaben für 2020 und das vor kurzem verabschiedete Energie- und Klimapaket für 2030 geben klar die Richtung vor, die auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten eingeschlagen werden sollte, um die Produktion, den Transport, die Verteilung, die Speicherung und den Verbrauch von Energie zu aktualisieren und zu verändern und Innovationen im Bereich der Energieeffizienz, der erneuerbaren Energien, der CO₂-Bindung und -Speicherung (CCS) sowie der Anwendung von Informationstechnologien für ein intelligenteres Gesamtsystem zu maximieren. Diese wichtigen, auf hoher Ebene zu treffenden Entscheidungen müssen sich jedoch in verschiedenen vorhersehbaren Regeln niederschlagen. Dies gilt für:

- **Die Vollendung der Gas- und Strombinnenmärkte.** Die Schlüsselaufgabe ist: Umsetzung, Umsetzung und noch einmal Umsetzung. Dies gilt für EU-Richtlinien, -Vorschriften und -Netzkodizes.
- **Die Regeln des Einzelhandelsmarkts und die verschiedenen Mechanismen zur Förderung von dezentraler Energieerzeugung und Demand Response Management.** Die Konsumenten (Industrie und Privathaushalte) sind heute Teil der Strom- und Gasmärkte. Als solcher sollten sie unter Berücksichtigung eines potenziellen Demand Response Managements zur Reduzierung der aktuellen Formen des Energieverbrauchs und zur Optimierung des Systems für den Fall eventueller Lieferunterbrechungen größere Befugnisse erhalten. Dies erfordert die Einrichtung intelligenter Systeme, um das gesamte Energiesystem in vollem Umfang interaktiv und reaktionsfähig zu machen. In diesen sollten alle Akteure eingebunden werden: Kunden, Prosumenten, Stromerzeuger, VNB und ÜNB, Regulierungsbehörden und Mitgliedstaaten.
- **Sicherstellen der Vernetzung der Strom- und Gassysteme auf EU-Ebene.** Die Integration der Elektrizitäts- und Gasmärkte ist ohne die physische Infrastruktur, die den freien Fluss von Strom und Gas in der

EU sicherstellt, nicht möglich. Den für einen gut funktionierenden Markt erforderlichen Vernetzungsgrad zu erreichen ist eine Hauptpriorität. Alle Instrumente stehen zur Verfügung, um die Ressourcen für den Aufbau der erforderlichen Infrastrukturen zu mobilisieren. Für Energieinseln, in denen eine alternative Versorgung vom Bestehen neuer Infrastrukturen abhängen kann, müssen weitere Bemühungen unternommen werden. Das Ziel einer Vernetzung von 10% in der EU sollte in Regionen, in denen diese Vernetzung am stärksten benötigt wird, weiterentwickelt werden. Die realen Hindernisse auf nationaler und hauptsächlich wirtschaftlicher und politischer Ebene sollten besser eingeschätzt und dann veröffentlicht werden.

- **Die Energiebesteuerung** in der EU sollte stärker harmonisiert und besser an die Vorgaben und Ziele des Energie- und Klimapakets für 2030 angepasst werden.
- **Das EU-ETS muss reformiert werden**, um es zu einem robusten System zu machen, das in der Lage ist, kurzfristig Emissionen zu reduzieren und Investitionen in CO₂-arme Technologien zu stimulieren. Die EU muss bereit sein, harte und schwierige Entscheidungen zu treffen, denn nur so kann das EU-ETS langfristig leistungsfähig sein und auf einer strukturellen Basis – zumindest in Form eines Mindestpreises von CO₂ oder bestenfalls einer CO₂-Steuer – ein ausreichend robustes CO₂-System und höhere CO₂-Preise vorhersagen.
- **Konsistente Kanalisierung der verfügbaren EU-Mittel** zu klar identifizierten Prioritäten, die zur Vollendung des Binnenmarkts und zur Erreichung der vom Europäischen Rat gesetzten Vorgaben beitragen, was halbherzige Maßnahmen und kurzfristige, politisch motivierte Infrastrukturen verhindert. Der Juncker-Plan dürfte dazu wesentlich beitragen, aber die Ermittlung der richtigen Projekte und die Analyse ihrer Kosten und Vorzüge sowie die Einrichtung einer echten grenzübergreifenden Kostenzuweisung sind wesentlich, um die öffentliche Akzeptanz und eine schnelle Umsetzung sicherzustellen.
- **Auf nationaler Ebene verabschiedete eventuelle zusätzliche Regeln** wie regulierte Preise, Beihilferegelungen, Kapazitätsvergütungsmechanismen

und andere strategische Reserven müssen mit den EU-Regeln und -Richtlinien übereinstimmen und dürfen den Binnenmarkt nicht untergraben.

Aktion Nr. 2. Ein europäischer Rahmen für die Gas- und Stromversorgungssicherheit

„Koordinierung spezieller Aktionen zur Stärkung der Energiesicherheit auf europäischer Ebene, beginnend mit der Notwendigkeit, möglichen Energieengpässen in den ersten drei bis zwölf Monaten entgegenzuwirken.“
Mission Letter an Maroš Šefčovič, Vizepräsident für die Energieunion, Brüssel, 1. November 2014.

„Der Europäische Rat hat unter Hinweis auf seine Schlussfolgerungen von Juni 2014 weitere Maßnahmen zur Verringerung der Energieabhängigkeit der EU und zur Erhöhung ihrer Energieversorgungssicherheit sowohl in Bezug auf Strom als auch Gas gebilligt.“ Schlussfolgerungen des Europäischen Rats, 23./24. Oktober 2014.

Die Integration der Strom- und Gasmärkte erfordert eine integrierte Herangehensweise an die Versorgungssicherheit, die nationale, regionale und europäische Märkte adressiert, um eine hohe Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Die Gaskrise von Januar 2009 hat zu einer europäischen Verordnung zur Gewährleistung der sicheren Erdgasversorgung geführt, für die es keine Entsprechung im Strombereich gibt. Die Interdependenz von Strom und Gas rechtfertigt es, beide Bereiche in einer verbindlichen EU-Regelung zusammen anzugehen. In der europäischen Energiepolitik ist es jetzt notwendig, alle Parameter der Sicherheit von Energiesystemen zu definieren, wobei Strom Vorrang einzuräumen ist. Eine solche Regelung sollte den Mitgliedstaaten zumindest die Sicherheit geben, die sie heute haben, wodurch die Gründe für ein Untergraben der EU-Politik durch nationale Eingriffe eingeschränkt würden und der Weg für gemeinsame Aktionen durch alle Akteure auf relevanten EU-, regionalen und nationalen Ebenen frei wäre.

Eine solche EU-Regelung sollte basieren auf:

- klaren Zuständigkeiten der verschiedenen Akteure,
- hohen Versorgungsstandards,

- gemeinsamen Regeln und Methoden für eine angemessene zentrale und dezentrale Erzeugung,
- regelmäßigen Risikoeinschätzungen,
- Eingriffsmechanismen und effektiven Notmechanismen,
- einer Verbesserung des aktuellen Rechtsrahmens für die Gasversorgungssicherheit in der EU, um die kosteneffektivste Gaserzeugung, -übertragung, und -speicherung sowie LNG-Anlagen nutzen zu können und in allen Pipelines bidirektionale Flüsse durchzusetzen.

Aktion Nr. 3. Mehr Befugnisse für wichtige europäische Akteure

„Die Union kann nur dann erfolgreich sein, wenn alle am gleichen Strang ziehen. Aus dem Grund sollten wir in den kommenden Monaten daran arbeiten, dass alle Institutionen ein gemeinsames Verständnis darüber bekommen, was wir wie erreichen wollen. (...) Vollendung des Energiebinnenmarkts durch Verknüpfen der Infrastrukturen und die Zusammenarbeit mit den Regulierungsbehörden und Akteuren auf nationaler und europäischer Ebene zur Verbesserung, Stärkung und vollständigen Anwendung der EU-Gesetzgebung in diesem Bereich“. Mission Letters an Maroš Šefčovič, Vizepräsident für die Energieunion, und an Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klimaschutz und Energie, Brüssel, 1. November 2014.

Der europäische Energiemarkt kann nur dann leistungsfähig sein, wenn die wichtigsten europäischen Akteure gestärkt und mit allen Befugnissen ausgestattet sind, die sie brauchen, um europaweit handeln zu können. Darüber hinaus müssen alle diese Akteure gleichzeitig gestärkt werden, denn die Fähigkeit eines Akteurs, sein Potenzial voll auszuschöpfen, hängt von der Fähigkeit der anderen ab, ihrer neuen Verantwortung ebenfalls gerecht zu werden:

- Die **ACER** sollte dazu ermächtigt werden, als europäische Regulierungsstelle zu handeln und Entscheidungen treffen zu können, die für die Versorgungsunternehmen im Fall von grenzübergreifenden Problemen direkt bindend sind. Davon abgesehen sollte sie mit ausreichend Ressourcen ausgestattet werden, um mit all ihren Aufgaben und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Netzkodizes, Infrastrukturen und Marktaktivitäten (inklusive REMIT) zurecht zu kommen.

- **ENTSO-E** sollte dazu ermächtigt werden, die Stromflüsse in der EU in Echtzeit zu koordinieren.
- **ENTSO-G** sollte dazu ermächtigt werden, Gasspeicher und LNG Terminals in vollem Umfang in das Übertragungsnetz zu integrieren, um im Fall von Lieferunterbrechungen zumindest eine maximale Flexibilität und Zuverlässigkeit sicherzustellen.
- Die **VNB** sollten in einer einzigen anerkannten europäischen Organisation zusammengefasst werden, um erforderliche gemeinsame Regeln zu fördern die das System schneller intelligenter machen und den Kunden bei uneingeschränkter Wahrung ihrer Privatsphäre mehr Befugnisse erteilen sollen.

Aktion Nr. 4. Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten auf regionaler Ebene

„Ich bin fest davon überzeugt, dass wir als Union voranschreiten müssen. Wir müssen nicht unbedingt alle im gleichen Tempo voranschreiten – in den Verträgen sind entsprechende Möglichkeiten vorgesehen, und wir haben gesehen, dass wir mit unterschiedlichen Regelungen arbeiten können. Diejenigen, die weiter gehen und schneller vorankommen wollen, sollten dies tun können.“ „Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

„Die Achtung der Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsgrundsätze sowie des Grundsatzes für eine bessere Regulierung werden im Mittelpunkt der Arbeit der neuen Kommission stehen. Wir werden unsere Bemühungen auf die Bereiche konzentrieren, in denen nur gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene die gewünschten Resultate erzielen kann. Bei unseren Handlungen werden wir immer nach dem effizientesten, am wenigsten belastenden Ansatz suchen. Andere politische Bereiche möchte ich den Mitgliedstaaten überlassen, sofern diese über eine stärkere Legitimitätsgrundlage und die besseren Ressourcen verfügen, um – ganz im Sinne der Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsgrundsätze – auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene wirksame politische Maßnahmen zu ergreifen.“ Mission Letters an Maroš Šefčovič, Vizepräsident für die

Energieunion, und an Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klimaschutz und Energie, Brüssel, 1. November 2014.

„Die Einspeisung von immer mehr Energie aus intermittierenden erneuerbaren Quellen erfordert einen stärker vernetzten Energiebinnenmarkt und geeignete Reservekapazitäten, wobei die Koordinierung erforderlichenfalls auf regionaler Ebene erfolgen sollte. (...) Der Europäische Rat ist übereingekommen, dass ein zuverlässiges und transparentes Governance-System ohne unnötigen Verwaltungsaufwand zu entwickeln ist, das dazu beiträgt, dass die EU ihre energiepolitischen Ziele erreicht, wobei den Mitgliedstaaten die notwendige Flexibilität einzuräumen und ihre Freiheit zur Festlegung ihres Energiemixes uneingeschränkt zu achten ist. Dieses Governance-System wird: (...) 6.3 die Koordinierung der nationalen Energiepolitiken erleichtern und die regionale Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten fördern.“ Schlussfolgerungen des Europäischen Rats, 23./24. Oktober 2014.

Die Entwicklung der letzten Jahre war sehr schnell, da die Akteure immer stärker zusammengearbeitet haben, um die für das dritte Paket erforderlichen Instrumente zu entwickeln. Die EU-Mitgliedstaaten sind mit der Umsetzung der EU-Regeln jedoch im Verzug während sie gleichzeitig versucht sind, neue einseitige Aktionen zu unternehmen, die nicht mit den auf EU-Ebene unternommenen Bemühungen in Einklang stehen. Sie sollten weiter dazu angeregt werden, auf regionaler Ebene in bestimmten Bereichen auf einer pragmatischen und funktionalen Basis und in voller Übereinstimmung mit den EU-Regeln uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, um über die zahlreichen zur Zeit bestehenden Ad-hoc-Ansätze und freiwilligen Methoden, die weder alle relevanten schwierigen Politikbereiche abdecken noch ihre Entwicklung ausschließen, hinauszugehen.

Die Themen dieser Zusammenarbeit sollten sein:

- **Optimieren der diversifizierten Energiesysteme und -portfolios der Mitgliedstaaten.** Ziel ist, Skaleneffekte und Komplementaritäten zu erkennen, indem die heimischen Ressourcen der einzelnen Mitgliedstaaten – seien es fossile Brennstoffe oder vorzugsweise erneuerbare/CO₂-arme Energiequellen – so effektiv wie möglich zusammengelegt und ihre

Energienetze und -märkte im erforderlichen Maß verknüpft werden. Mit der schnellen Zunahme der erneuerbaren Energiequellen muss auf regionaler und dann europäischer Ebene ein Intraday- und Ausgleichsmarkt geschaffen werden, der der variablen Erzeugung voll Rechnung trägt.

- **Kanalieren von die nationalen Energiepolitiken betreffenden Schlüsselinformationen (*ex ante*)** zwischen benachbarten Ländern und mit der Europäischen Kommission, um die potenziellen Auswirkungen dieser Informationen auf das gemeinsame System in vollem Umfang beurteilen zu können und die störungsärmsten Alternativen zu prüfen.
- **Korrigieren exzessiver struktureller Ungleichgewichte** zwischen nationalen/regionalen Energiesystemen (vor allem im nördlichen Kontinentaleuropa, in Süd- und Osteuropa), um mit der Zeit einen europäischen Energiemarkt zu schaffen und die verbleibenden Energieinseln zu beseitigen.
- **Schaffen einer auf gemeinsamen Risikoeinschätzungen zur gegenseitigen Unterstützung basierenden De-facto-Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten**, um die Konsequenzen von Lieferunterbrechungen mithilfe von wirksamen regionalen Mechanismen und Notplänen zu verhindern und zu mildern.
- **Ermöglichen einer echten Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in immer mehr Bereichen**, unter anderem durch:
 - RegulierungsansätzeübereingrenzübergreifendesInfrastrukturprojekt,
 - Kapazitätsvergütungsmechanismen,
 - nicht auf nationale Unternehmen oder Projekte begrenzte gemeinsame Beihilferegelungen für erneuerbare Energiequellen und Energieeffizienz,
 - Verbessern der Marktintegration, z.B. durch Marktkopplung, eine gemeinsame Handelsplattform und gemeinsame technische Normen,
 - FörderntechnologischerInnovationdurchgemeinsameF&E-Programme,
 - Zusammenlegen europäischer, regionaler und nationaler Finanzmittel für gemeinsame Energieprojekte.

Die regionale Zusammenarbeit sollte flexibel genug sein, um mit unterschiedlicher Intensität genutzt werden zu können. Was die Struktur und

das Format der regionalen Steuerung angeht, so könnte es nützlich sein, verschiedene „Mitgliedschaftskreise“ einzurichten und Kernmitgliedstaaten, Teilnehmern und Beobachtern entsprechende Rechte und Pflichten zuzuweisen. Dabei könnten in verschiedenen regionalen Gruppen vertretene Mitgliedstaaten als „Brücken“ zwischen den verschiedenen regionalen Gruppierungen fungieren. Die regionale Integration könnte auch die Bildung von regionalen ÜNB bzw. deren verstärkte Zusammenarbeit fördern, um das System zu stärken und in Echtzeit handeln zu können. Sie könnte auch als eine starke Körperschaft für die Zusammenarbeit aller Akteure fungieren.

Damit die regionale Zusammenarbeit erfolgreich ist, sollte sie vier Hauptmerkmale besitzen:

- Genau festgelegte, operationelle Vorgaben und/oder Ziele, die aufgrund der unmittelbaren Beteiligung kompetenter Hauptakteure politische Unterstützung auf höchster Ebene der EU-Mitgliedstaaten finden.
- Starke Führung durch die Europäische Kommission, die in allen regionalen Kooperationsstrukturen die Rolle des Vermittlers spielen muss.
- Ausrichtung aller Mittel, um gleiche Ausgangsvoraussetzungen zu schaffen, d.h. einen klaren, stabilen und vorhersehbaren Rechtsrahmen (Software) in Verbindung mit konkreten Infrastrukturen/Marktentwicklungen (Hardware), unterstützt durch beträchtliche Finanzmittel.
- Verbindliche Regeln, die von den Mitgliedstaaten eingehalten und von den Akteuren auf kollektive Weise ordnungsgemäß umgesetzt werden.

3.2. Nutzen der Vorteile der externen Dimension des europäischen Energiebinnenmarkts

Aktion Nr. 5. Sicherstellen der Übereinstimmung der zwischenstaatlichen Vereinbarungen mit dem europäischen Energiebinnenmarkt

„Wenn der Preis für Energie aus dem Osten – ob in politischer oder wirtschaftlicher Hinsicht – zu hoch werden sollte, muss Europa in der Lage sein, rasch zu anderen Versorgungsquellen zu wechseln. Wir müssen, falls erforderlich, in der Lage sein, Energielieferströme umzukehren.“ „Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum,

Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

„Zur Stärkung der Verhandlungsposition der EU in den Verhandlungen im Energiesektor wird der Beschluss zur Einrichtung eines Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Energieabkommen zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern umfassend genutzt, insbesondere in Bezug auf Standardbestimmungen und die Unterstützung durch die Kommission bei den Verhandlungen; - Die Mitgliedstaaten und die beteiligten Unternehmen werden angehalten, der Kommission relevante Informationen zukommen zu lassen und während der gesamten Verhandlungen deren Unterstützung einzuholen, auch in Bezug auf die Ex-ante-Bewertung der Frage, ob die zwischenstaatlichen Abkommen mit den Rechtsvorschriften der EU und ihren Prioritäten im Bereich Energieversorgungssicherheit vereinbar sind.“, Schlussfolgerungen des Europäischen Rats, 23./24. Oktober 2014.

Der Binnenmarkt bedeutet Gas-zu-Gas-Wettbewerb und die Freiheit für Unternehmen, mit externen Zulieferern Liefervereinbarungen abzuschließen, die den Verbrauchern den höchsten Mehrwert bringen. Auf zwischenstaatlicher Ebene sollten sich die EU und die Mitgliedstaaten jedoch darauf einigen, in vollem Einklang mit EU-Recht auf transparente und kohärente Weise mit Drittländern zu agieren. Zu diesem Zweck sollte die Europäische Kommission in der Lage sein, ihre Rolle als Hüterin der Verträge uneingeschränkt zu spielen, indem sie die zwischenstaatlichen Vereinbarungen für die EU kontrolliert. Dies gilt vor allem dann, wenn diese Vereinbarungen Auswirkungen auf die Funktionsweise des Binnenmarkts haben könnten, beispielsweise auf Infrastrukturen, den Zugang zu Ressourcen und auf Energieerzeugungsanlagen. Die Rolle der Europäischen Union in diesem Prozess – sowohl *ex ante* als auch *ex post* – sollte wesentlich klarer sein als die bestehende Fall-zu-Fall-Methode, die weitgehend von der Bereitschaft der Mitgliedstaaten abhängt.

Es ist notwendig, diese, sehr eng mit der nationalen Souveränität im Zusammenhang stehenden, sensiblen Kompetenzfragen zum Brennstoffmix und einer weitgehenden Unabhängigkeit in Bezug auf bilaterale Beziehungen zu klären, selbst wenn diese dazu dienen, kommerzielle Abkommen vorzubereiten.

Wenn es in Zukunft noch einmal vorkommen sollte, dass EU-Mitgliedstaaten diesbezügliche EU-Regeln verletzen, sollte die Europäische Kommission diesen Fall unverzüglich vor den Europäischen Gerichtshof bringen und diesen nach seiner Meinung fragen. Unter Anwendung der vergangenen AETR-Rechtsprechung und der einschlägigen Rechtsprechung in den Bereichen Luftfahrt, Transport, Handel usw. müsste der Gerichtshof entscheiden, ob die EU-externe Kompetenz in diesem Bereich zur Anwendung kommen soll, um den europäischen Energiebinnenmarkt zu vollenden, und ob die Europäische Kommission bei der Aushandlung der entsprechenden zwischenstaatlichen Vereinbarungen zusammen mit den Mitgliedstaaten die Rolle des Vermittlers spielen soll oder nicht.

Aktion Nr. 6. Anstreben eines pan-europäischen Energiemarkts mit der EU und ihren südlichen und östlichen Nachbarn

„Ich möchte den europäischen Energiemarkt für unsere Nachbarn offenhalten“. „Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

„Angesichts der Sorge um die Sicherheit der Energieversorgung der EU wird die Energiegemeinschaft, in deren Rahmen der EU-Besitzstand im Energiebereich auf die Erweiterungs- und die Nachbarschaftsländer ausgedehnt werden soll, weiter gestärkt.“ Schlussfolgerungen des Europäischen Rats, 23./24. Oktober 2014.

Im Rahmen eines weitreichenden Projekts zur Schaffung eines pan-europäischen Energiemarkts sollte die östliche und südliche Nachbarschaft der EU im Mittelpunkt der externen Dimension der europäischen Energiepolitik und des Binnenmarkts stehen, sei es im Rahmen des Vertrags zur Gründung der Energiegemeinschaft und/oder der Beziehungen mit Schlüsselpartnern wie Norwegen, der Schweiz, Russland und der Türkei. Diese Strategie sollte auf folgenden Prioritäten basieren.

Die EU und ihre Nachbarn müssen **nach und nach ihre Energiemärkte gegenseitig öffnen** und mit Partnern konkrete gemeinsame Entwicklungsprojekte im Energiebereich, und insbesondere im Bereich der Infrastrukturen, der

Einführung erneuerbarer Energiequellen und der Energieeffizienz, entwickeln. Dazu gehört auch die beidseitige Zusammenarbeit zwischen Regulierungsbehörden, Netzbetreibern und anderen Akteuren.

Um Krisen zu verhindern und zu bewältigen, sollten **wichtige EU-Initiativen mit Nachbarländern** auch bilaterale Mechanismen wie die Teilnahme der EU an der Finanzierung der Modernisierung ihrer Energiesysteme, der Einschluss von Energielieferungen in bilaterale Handelsverträge und technische Unterstützung sowie öffentlich-private Partnerschaften beinhalten.

Die EU muss den nationalen Behörden dieser Länder gegenüber **hart bleiben**, damit diese die erforderlichen Reformen in ihren Energiesektoren umsetzen, vor allem wenn es darum geht, ihre Märkte der Konkurrenz zu öffnen. Der Vertrag zur Gründung der Energiegemeinschaft, der das richtige Modell für die Beziehungen mit den EU-Nachbarn ist, sollte durch den Aufbau ausreichender Kompetenzen und einen institutionellen Rahmen in Sachen Governance und in Bezug auf die notwendigen Energieformen und Ressourcen erweitert und gestärkt werden, um die Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen und die erforderlichen Regulierungen in den betroffenen Ländern umzusetzen. Das Sekretariat sollte verstärkt und die Interaktion mit der Europäischen Kommission verbessert werden. Was den Entscheidungsfindungsprozess angeht, sollte die Rechtsgrundlage für einen Beschluss von der Einstimmigkeit zur qualifizierten Mehrheit geändert werden.

Norwegen spielt eine sehr wichtige Rolle in der Energiepolitik der Europäischen Union. Das Land ist Teil des EWR und hat die Regeln des dritten Binnenmarktpakets für Strom schnell umgesetzt. Angesichts seiner speziellen Situation als Erdgasland ohne Erdgasmarkt hat es dies nur teilweise für Erdgas getan. Die EU und Norwegen sollten eine spezielle Vereinbarung abschließen, die alle Energiefragen abdeckt die von gemeinsamem Interesse sind, nicht nur um ihre jeweilige Versorgungs- und Nachfragesicherheit zu verbessern, sondern auch, um sich gegenseitig in einen gemeinsamen Energiemarkt zu integrieren. Es besteht ein großes gemeinsames Interesse, sich darauf zu einigen, die Ressourcen Norwegens als Teil der heimischen Produktion der EU bzw. des EWR zu präsentieren, da dies nicht nur die Importabhängigkeit reduzieren würde, sondern auch gut für das Image von Erdgas wäre, das durch die

geopolitischen Erwägungen in den vergangenen zehn Jahren stark beschädigt wurde.

Die Schweiz, die im Herzen der Europäischen Union gelegen und damit ein vollwertiges Mitglied der transeuropäischen Netze ist, ist weniger stark in die EU integriert als Norwegen. Dennoch besteht im Strombereich großes Interesse, eine langfristige Vereinbarung abzuschließen, die für beide Seiten äußerst vorteilhaft sein sollte.

Russland wird auch in absehbarer Zeit noch ein wichtiger Energielieferant der EU bleiben. Aus diesem Grund ist es wichtig, den bestehenden Energiedialog zwischen der EU und Russland auf das langfristige Ziel auszurichten, ein umfassendes und strategisches Abkommen abzuschließen. Dies wird aber nur dann möglich sein, wenn die EU entschieden und bestimmt bleibt was die Beachtung ihrer Grundsätze und Regeln von der Russischen Föderation und ihren Betreibern angeht. Dazu gehört auch, die im Energiebereich zwischen der EU und Russland bestehende, weit über den Gassektor hinausgehende – d.h. sich auf Erdöl, Kohle, Uran, Kernkraft und andere Energieressourcen und -infrastrukturen erstreckende – Interdependenz besser zu berücksichtigen. Des Weiteren ist es auch ratsam, die Energieinteressen besser mit umfassenderen politischen und sicherheitsbezogenen Entwicklungen zu verknüpfen.

Die zukünftige Rolle der **Türkei** als wichtiges Transitland für die Versorgung der EU mit natürlichen Ressourcen muss in einem gemeinsamen Rechtsrahmen festgeschrieben werden. In diesem Zusammenhang muss vermieden werden, dass die Türkei zu einer neuen Ukraine wird. Davon abgesehen müssen die Energieinteressen besser auf mit dem Erweiterungsprozess in Zusammenhang stehende, umfassendere politische Entwicklungen abgestimmt werden. Es ist ganz besonders wichtig, die Rolle Russlands und der Türkei zusammen zu definieren, da sich beide Länder zurzeit auf eine Erdgas-Partnerschaft im südlichen Gaskorridor zubewegen.

3.3. Verbesserung der Steuerung der europäischen Energiepolitik

Aktion Nr. 7. Stärkung der Führungsrolle und der Befugnisse der Europäischen Kommission

„Wir können und sollten nicht alles tun. Ich wünsche mir eine Europäische Union, die in großen Fragen Größe und Ehrgeiz zeigt und sich in kleinen Fragen durch Zurückhaltung und Bescheidenheit auszeichnet. Ich möchte auch, dass wir unsere Energie und unsere Mühen auf eine wirksame Umsetzung und wirksame Folgemaßnahmen vor Ort konzentrieren. (...) Wir müssen uns zu jeder Zeit an den höchsten fachlichen und ethischen Standards messen lassen. Ich möchte, dass die Europäische Kommission wegweisend ist als eine moderne, effiziente und transparente öffentliche Verwaltung, offen für alle Beiträge, die uns helfen, in voller Unabhängigkeit und Unparteilichkeit durchweg qualitativ hochwertige Arbeit zu leisten. Unser Verhalten muss einwandfrei sein. (...) Wir werden das Privileg haben, von einem ausgezeichneten, hoch motivierten europäischen öffentlichen Dienst und einer professionell geführten Verwaltung unterstützt zu werden, deren Ressourcen allerdings begrenzt sind und aus diesem Grund bestmöglich genutzt werden müssen. Auch deshalb möchte ich, dass die Mittel gemäß unserer Prioritäten allokiert werden und sicherstellen, dass jede Handlung, die wir unternehmen, maximale Leistung erbringt und maximalen Mehrwert erzeugt.“ Mission Letters an Maroš Šefčovič, Vizepräsident für die Energieunion, und an Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klimaschutz und Energie, Brüssel, 1. November 2014.

Die Europäische Kommission muss aufgrund ihrer Rolle als Hüterin des Vertrags und ihres Initiativrechts bei der Steuerung der europäischen Energiepolitik eine einzigartige und zentrale Rolle spielen. Nur durch eine stärkere Führung kann sie den politischen Willen der anderen zwei Schlüsselakteure in diesem Bereich – des Europäischen Rats und des Rats der EU einerseits und des Europäischen Parlaments andererseits – wecken.

Die Europäische Kommission sollte die höchste Befugnis haben, um mit allen Rechtsmitteln die volle Umsetzung der geltenden Regelungen (und

Netzkodizes), die allen Akteuren in der EU gleiche Ausgangsvoraussetzungen garantieren sollen, durch die Mitgliedstaaten und die Akteure sicherzustellen.

Die Europäische Kommission sollte ihre Führungsrolle dazu nutzen, EU-eigene, auf finanziellen Instrumenten und Besteuerungsinstrumenten für Energietätigkeiten basierende Ressourcen und Finanzmittel, zu stärken und alle erforderlichen EU-Finanzmittel so auszurichten, dass die Zielsetzungen der europäischen Energiepolitik auf EU-Ebene sowie auf regionaler, nationaler und lokaler Ebene voll unterstützt werden.

Die Europäische Kommission sollte die benötigte Führung übernehmen, indem sie zukunftsweisende Vorschläge macht und die Koordinierung und Zusammenarbeit auf allen Ebenen erleichtert.

Aktion Nr. 8. Verbesserung von Transparenz, Überwachung und Konsolidierung für eine bessere Regulierung

„Wir müssen immer die höchsten fachlichen und ethischen Standards einhalten. Ich wünsche es mir, dass die Europäische Kommission wegweisend ist als eine moderne, effiziente und transparente öffentliche Verwaltung, die offen ist für alle Beiträge, die uns helfen, in voller Unabhängigkeit und Unparteilichkeit durchweg qualitativ hochwertige Arbeit zu leisten. Unser Verhalten muss einwandfrei sein. (...) Fördern einer proaktiven und koordinierten Herangehensweise an Folgemaßnahmen, die Umsetzung und die Vermittlung unserer vorrangigen politischen Ziele in der Union und auf internationaler Ebene.“ „Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

„Der Europäische Rat ist übereingekommen, dass ein zuverlässiges und transparentes Governance-System ohne unnötigen Verwaltungsaufwand zu entwickeln ist, das dazu beiträgt, dass die EU ihre energiepolitischen Ziele erreicht, wobei den Mitgliedstaaten die notwendige Flexibilität einzuräumen und ihre Freiheit zur Festlegung ihres Energiemix uneingeschränkt zu achten ist. Dieses Governance-System wird: 6.1 sich auf die vorhandenen Bausteine wie die nationalen Klimaprogramme und die nationalen Pläne für erneuerbare Energien und Energieeffizienz

stützen. Gesonderte Planungs- und Berichterstattungsbereiche werden gestrafft und zusammengeführt; 6.2 die Rolle und die Rechte der Verbraucher stärken sowie die Transparenz und Erwartungssicherheit für Investoren unter anderem durch eine systematische Überwachung der Schlüsselindikatoren für ein erschwingliches, wettbewerbsfähiges, sicheres und nachhaltiges Energiesystem erhöhen.“ Europäischer Rat, Schlussfolgerungen, 23./24. Oktober 2014.

Transparenz. Alle einschlägigen Informationen über die nationale, regionale und europäische Politik und die Marktentwicklungen sollten zwischen den Mitgliedstaaten und den Akteuren auf EU-Ebene, d.h. sowohl zwischen den Mitgliedstaaten als auch zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission, ausgetauscht werden. Auch die einschlägigen Informationen und Verpflichtungen, die sich aus einem breiten Spektrum an EU-Politiken, Paketen, Zielvorgaben, Prozessen, Regulierungen und Richtlinien herleiten sowie die Anwendung der EU-Regeln sollten grundsätzlich auf EU-Ebene weitergeleitet und von der Europäischen Kommission beurteilt werden.

Überwachung. Die Überlappung aller komplexen Entwicklungen in den Märkten und der Politik, die sich aus den analytischen Prozessen und den Überwachungsprozessen ergeben, wozu auch verbindliche und indikative nationale Aktionspläne gehören, sollte durch die Europäische Kommission konsequent zu einem einzigen Prozess gebündelt werden, der alle 18 Monate zu einer neuen Überprüfung der Energiestrategie führt. Diese Prüfung würde auf Schlüsselindikatoren basieren, die die 360°-Messung der Fortschritte und der Mängel bei der Integration der europäischen Energiepolitik ermöglichen. Dafür wäre eine Stärkung der analytischen Fähigkeiten innerhalb der Europäischen Kommission erforderlich.

Bündelung. Am Ende dieses Prozesses würden sowohl die europäische Energiepolitik als auch die nationalen Energiepolitiken in der gleichen Struktur, im gleichen Umfang und Zeitrahmen und mit den gleichen Methoden geprüft werden. Dies würde es auch ermöglichen, die Gründe für aktuelle und/oder neue politische Instrumente und Regulierungsmaßnahmen regelmäßig besser zu prüfen. Dies würde auch bedeuten, dass die Europäische Union eine echte Fähigkeit zur Wirtschaftsmodellierung besäße. Die Überprüfung der Energiestrategie sollte anschließend in einem von der Europäischen

Kommission geleiteten „Peer Review“-Verfahren unter aktiver Beteiligung aller Akteure diskutiert werden. Diese sind: Andere EU-Institutionen (das EU-Parlament, ACER, ENTSO-E/G, der europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, der Ausschuss der Regionen), der Europäische Rat und seine Mitgliedstaaten sowie alle betroffenen Akteure aus dem privaten Sektor und der in verschiedenen Führungsebenen vertretenen Zivilgesellschaft. Eine solche Überprüfung wird derzeit alle fünf Jahre von der Internationalen Energieagentur durchgeführt, die ein nützlicher, aber unzureichender Beobachter der Energiepolitik der EU ist.

Aktion Nr. 9. Stärkere Integration der Energie in die umfassende EU-Politik

„Eine neue Arbeitsweise. Ich wünsche mir, dass die Kommission mehr ist als die Summe ihrer Teile. Deshalb möchte ich, dass wir ressortübergreifend als ein starkes Team zusammenarbeiten, um integrierte, gut begründete und erklärte Initiativen hervorzubringen, die zu klaren Resultaten führen. Ich möchte, dass wir Silo-Mentalitäten überwinden, indem wir in den Bereichen, in denen wir wirklich einen Unterschied machen können, zusammenarbeiten. (...) Um dies zu fördern, habe ich mich entschlossen, die neue Kommission anders zu organisieren als die ihrer Vorgänger. Ich möchte den Vizepräsidenten eine gewisse Anzahl klar definierter vorrangiger Projekte anvertrauen und sie bitten, die Arbeit in der Kommission in den Schlüsselbereichen der Politischen Leitlinien zu steuern und zu koordinieren. Dies wird eine bessere Ausrichtung und eine wesentlich engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern des Kollegiums ermöglichen, wobei mehrere Kommissare unter Leitung durch die Vizepräsidenten in Zusammenstellungen, die sich je nach Bedarf und mit der Entwicklung neuer Projekte verändern können, eng zusammenarbeiten.“ Mission Letters an Maroš Šefčovič, Vizepräsident für die Energieunion, und an Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klimaschutz und Energie, Brüssel, 1. November 2014.

Da Energie ein zentrales Element des europäischen Binnenmarkts ist, sollten die Ziele und die Strategien im Energiebereich besser in die Definition und Umsetzung anderer relevanter Politiken und Tätigkeiten der EU in Sachen Wirtschaft, Industrie, Soziales, digitale Technologien, Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz und Transport integriert werden.

Da Energie ein zentrales Element für die Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit Europas ist, wäre es sinnvoll, Energiefragen besser mit dem bestehenden Europäischen Semester und anderen relevanten Überwachungsmechanismen wie der Makroökonomischen Ungleichgewichtsprozedur (womit man über die Dimension der Nettohandelsbilanz von Energieprodukten als relevantem Hilfsindikator im aktuellen Prozess hinausgehen würde) oder dem Jahreswachstumsbericht der EU zu verknüpfen.

Da Energie ein zentrales Element der europäischen Außenpolitik ist, sollte die Integration von Energie auf systematischere Weise in die allgemeinen externen Politikbereiche der EU, zu denen die gemeinsame Außen- und Sicherheits-, die Handels-, die Entwicklungs-, die Erweiterungs- und die Nachbarschaftspolitik gehören, integriert werden. Davon abgesehen sollten die verschiedenen betroffenen EU-Akteure und nationalen außenpolitischen Akteure und Strategien, zu denen auch der Europäische Auswärtige Dienst gehört, koordiniert und kohärenter gemacht werden.

**Aktion Nr. 10. Erkenntnisse aus früheren Erfolgen:
Lernen aus Schlüsselementen,
die die Stärken der EU im Energiebereich bilden**

„Die Setzung politischer Prioritäten als Grundlage für eine bessere, stärker fokussierte Union wird nur dann funktionieren, wenn sie in Partnerschaft zwischen den Organen der Union und den Mitgliedstaaten nach der Gemeinschaftsmethode vorgenommen wird.“ „Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

Die vorliegende Analyse der Leistungen der EU-Energiepolitik zeigt, dass fünf Kernelemente die wichtigsten Stärken dieser Politik bilden. Sie sind wesentliche Voraussetzungen für ihren Erfolg:

1. Die Ziele und/oder Vorgaben werden klar identifiziert, sind operationell und werden von allen Akteuren befürwortet.
2. Eine starke Führung durch die Europäische Kommission regt den Europäischen Rat/die EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament zu einer starken politischen Unterstützung und die wichtigsten zuständigen Akteure zu einer wirksamen Beteiligung an.

3. Es gibt verbindliche Regeln, die alle Mitgliedstaaten einhalten und die Akteure ordnungsgemäß umsetzen.
4. Alle zur Verfügung stehenden Instrumente sind so ausgerichtet, dass sie wirklich gleiche Ausgangsvoraussetzungen schaffen, wie zum Beispiel einen, mit konkreten Infrastrukturentwicklungen verbundene (Hardware) und mit beträchtlichen Finanzmitteln unterstützten, klaren, stabilen und vorhersehbaren Rechtsrahmen (Software).
5. Die Kunden, die bisher zu 100% passiv beteiligt waren, bekommen jetzt die Möglichkeit, eine aktivere Rolle in dem System zu spielen und dessen Vorteile zu nutzen.

Diese Schlüsselemente zeigen, dass es viele Dinge gibt, die auf konkrete und pragmatische Weise getan werden können, wenn es eine kollektive Sichtweise, Führung, politischen Willen und die richtigen Instrumente gibt. Alle positiven Veränderungen, die sich daraus ergeben würden, sollten verstärkt werden, damit sie ein Motor für die nächsten zu tätigenden Schritte sein können. Sie zu ignorieren und zu alten Zeiten zurückzukehren ist keine Option.

Abschließend kann gesagt werden, dass manche der vorgeschlagenen Aktionen neu sind. Andere sind eine Post-hoc-Rationalisierung des bestehenden Systems und der aktuellen Mängel. All diese Aktionen sollten die EU im Energiebereich stärker zusammenbringen und die richtigen Bedingungen für eine zukunftsorientierte und robuste Energieunion schaffen.

4. Stärkung des europäischen Projekts: Die Energieunion

Von der Europäischen Energiegemeinschaft zur Energieunion

Das Konzept der Energieunion basiert auf der ursprünglichen Vision einer Europäischen Energiegemeinschaft, die im Jahr 2010 von *Jacques Delors* und *Jerzy Buzek* ins Leben gerufen und dann von *Notre Europe – Institut Jacques Delors* zu einem Politikvorschlag ausgearbeitet wurde. Zu dieser Energiegemeinschaft wurde auf höchster politischer Ebene zunächst durch den ehemaligen polnischen Premierminister *Donald Tusk* und dann vom französischen Staatspräsidenten *François Hollande* sowie von *Herman Van Rompuy*, dem ehemaligen Präsidenten des Europäischen Rats, der sie mehrmals auf die Agenda des Rates gesetzt hat, aufgerufen.

Später machte der neue gewählte Präsident der Europäischen Kommission, *Jean-Claude Juncker*, sie zu einer seiner obersten Prioritäten und gestaltete die Europäische Kommission entsprechend, wobei er dem Vizepräsidenten für die Energieunion, *Maroš Šefčovič*, und dem EU-Kommissar für Klimapolitik und Energie, *Miguel Arias Cañete*, ehrgeizige Arbeitsziele vorgab. Dies zeigt klar den Willen, Energie im neuen Zyklus der europäischen Institutionen zu einem vorrangigen Thema zu machen:

„Mit der neuen Legislaturperiode, die nach den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 beginnt, ist die Zeit gekommen, neue Wege zu beschreiten. (...) Deshalb möchte ich die Energiepolitik Europas reformieren und neu strukturieren und eine neue europäische Energieunion schaffen. (...) Wir brauchen, wie so oft während der Ukraine-Krise angesprochen, eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik.“
„Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

„Der Europäische Rat verweist auf die in seiner strategischen Agenda festgelegte Zielvorgabe, eine Energieunion mit dem Ziel erschwinglicher,

sicherer und nachhaltiger Energie zu errichten; er wird die Verwirklichung dieser Zielvorgabe regelmäßig überprüfen.“ Schlussfolgerungen des Europäischen Rats, 23./24. Oktober 2014.

Aus der aktuellen Debatte kristallisieren sich fünf potenzielle Pfeiler für eine „robuste Energieunion“ heraus: (i) Sicherheit, Solidarität und Vertrauen, (ii) Vollendung eines wettbewerbsfähigen Binnenmarkts, (iii) Mäßigung der Nachfrage, (iv) Dekarbonisierung des Energiemix der EU und (v) Technologien. Diese Pfeiler erfüllen aber nicht die Erwartungen. Die meisten der diskutierten Maßnahmen sind inkremental und zumeist darauf ausgerichtet, aktuelle Mängel zu beheben. Die Kombination dieser fünf Pfeiler birgt auch das Risiko, dass der auf der etablierten Ordnung und etablierten Prozessen, Instrumenten und Technologien basierende aktuelle Ansatz einfach nur neu verpackt wird und nicht wirklich in die Zukunft gesehen wird, um eine robuste Energieunion zu schaffen.

Die europäische Energiepolitik und die Energieunion sollten nicht vermischt werden und demnach nicht auf den gleichen Prozessen, Zielen und Errungenschaften basieren. Die europäische Energiepolitik sollte sich kurzfristig gesehen mit den aktuellen Mängeln des Energiesystems und der EU-Energiemärkte befassen. Die Energieunion sollte ein qualitativer Schritt sein und keine *Tabula rasa* machen. Sie sollte über die auf einem Binnenmarkt, einer Wettbewerbspolitik und Umwelt-/Klimaschutz-Maßnahmen basierende aktuelle europäische Energiepolitik hinausgehen. Bisher wurde keine konkrete Energie-Außenpolitik entwickelt. Die Europäische Union ist ein langfristiges Projekt für langfristige Resultate, das sich mit dem Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft einer der größten, unsere Zukunft bereits beeinflussen den Herausforderungen annimmt.

Die Energieunion wird ein Booster und Katalysator für die in Europa eingeleitete Energiewende und viele andere Sektoren und Politiken wie die Fertigungsindustrie, die Klimapolitik, das Transportwesen, die Forschung, die digitale Wirtschaft, die Landwirtschaft usw. sein und soll mit der Fortschritt behindernden, relativen Kurzsichtig- und Schwerfälligkeit des aktuellen Systems brechen. Sie soll das Fehlen politischer Führung und die kollektive Unfähigkeit, die Hindernisse, die der Vollendung der Energiewende im Wege stehen, zu überwinden, beenden. Die Komplexität der mit der Energiewende

zusammenhängenden Herausforderungen bedarf eines multidisziplinären und multidimensionalen Ansatzes, der über den aktuellen Geltungsbereich und die derzeitigen Grenzen der europäischen Energiepolitik hinausgeht.

Die erforderliche Weiterentwicklung der europäischen Energiepolitik zu einer Energieunion ist keine Kompetenzfrage. Es besteht weder die Notwendigkeit, den derzeitigen rechtlichen Rahmen der EU und die Verträge zu verändern noch eine neue zentralisierte Institution zu schaffen, die das gesamte Energiesystem der EU steuert. Während die Energieunion nicht versucht, einen europäischen Energiemix aufzubauen, bedeutet die Abhängigkeit von nationalen Energiemixen nicht, dass diese nicht auf einer kohärenteren und dynamischeren Art und Weise strukturiert und mit einem gut funktionierenden Binnenmarkt vollständig kompatibel sein sollten. Das Energiesystem selbst, mit seinen europäischen, regionalen und lokalen Governance-Ebenen, wird die nationale Souveränität in Bezug auf den Energiemix und die Energieversorgung zwangsläufig beeinflussen, ohne dass dafür der Vertrag geändert zu werden braucht.

Ziel der folgenden Abschnitte ist es herauszufinden was die neuen Herausforderungen sind und sinnvolle Empfehlungen für die zu tätigen Schritte abzugeben.

4.1. Anpassung der europäischen Energiewende an einen schwierigen globalen Kontext

Die Energieunion soll das gemeinsame europäische Verständnis des immer komplexeren und sich schnell verändernden globalen Kontexts verbessern, in dem sich die gewünschte robuste Energieunion entwickeln wird. Sobald sich die Europäische Union und ihre Kräfte des zunehmenden Wettbewerbs in der internationalen Energieszene in allen ihren Dimensionen besser bewusst und besser darauf vorbereitet sein werden, kann die Energieunion als Katalysator für einen entscheidenden Durchbruch in der Energiewende auftreten.

4.1.1. Der globale Kontext, die abnehmende Rolle und der sinkende Status der EU

„Nachdem über mehrere Jahre das Krisenmanagement im Vordergrund gestanden hat, sieht sich Europa heute oft nur unzureichend für globale Herausforderungen vorbereitet, sei es in Bezug auf das digitale Zeitalter, den Wettlauf um Innovation und Know-how, den Mangel an natürlichen Ressourcen, die Sicherheit unserer Lebensmittel, die Auswirkungen des Klimawandels, die Alterung der Gesellschaft oder auch das Leiden und die Armut an den Außengrenzen der Europäischen Union.“ „Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

Die Debatte über die Energieunion findet in einem internationalen und europäischen Kontext statt, der sich von dem des Jahres 2007 stark unterscheidet und folgende globale Megatrends aufweist:

Der weltweite demografische Wandel wird sich beschleunigen und zu einer Bevölkerungszunahme in den Schwellenländern und den ärmsten Ländern Asiens und Afrikas führen. Bessere Gesundheitssysteme werden die Lebenserwartung weiter verlängern und zu einer bedeutenden Alterung der Bevölkerungen führen.

Die demografische Verschiebung wird weltweit mit einem Aufstieg der Mittelschicht einhergehen, die einen wachsenden Appetit auf Waren und Dienstleistungen aller Art und demzufolge auf ein ressourcenkonsumierendes Wachstum hat. Diese Verlagerung wird auch mit dem stärkeren Wunsch nach einer größeren Beteiligung an Governance und Demokratie zusammenfallen. Gleichzeitig könnten die Ungleichheiten zwischen und in den Gesellschaften der entsprechenden Länder zunehmen, wobei Personen, die bereits heute aus dem System ausgeschlossen sind, sozial noch stärker ausgegrenzt werden könnten. Die **Arbeitslosigkeit** wird junge Leute härter treffen als die bereits erwerbstätige Bevölkerung.

Die **Urbanisierung** wird weiter massiv zunehmen, was neue Probleme mit sich bringen und die bestehenden Ressourcen, die Mobilität und das Zusammenleben weiter belasten wird. Die Bedeutung und der Einfluss von NRO, Städten und anderen nichtstaatlichen Akteuren werden zunehmen.

Der Anteil der Entwicklungsländer am weltweiten BIP, an den FDI, den Ausfuhren und am Handel wird weiter zunehmen und den der „entwickelten Welt“ überschreiten, was zu einer neuen Weltordnung führen wird. Die Nachfrage einer wachsenden Zahl an (Schwellen-)Ländern nach einer stärkeren Beteiligung in internationalen Institutionen wird steigen und die globale Governance sowie die entsprechenden multilateralen Entscheidungsfindungsprozesse unter Druck setzen. **Der Handel mit Mehrwertgütern und -dienstleistungen** wird weltweit mehr denn je auf der Lieferung von Industrieerzeugnissen basieren. Nichttarifäre Handelshemmnisse werden das größte Hindernis für den Welthandel sein.

Das geopolitische Machtgleichgewicht wird immer komplexer werden und könnte zwischen und in Ländern sogar zu weiteren bewaffneten und/oder eingefrorenen Konflikten führen, vor allem aus nationalistischen und/oder ethnischen Gründen.

Die Mobilität und die Migrationsflüsse zwischen Ländern und Kontinenten werden sich in einer zunehmend von Abhängigkeiten geprägten, vernetzten Welt beschleunigen.

Die Technologie, das Internet, leistungsstarke Computer und Smartphones werden sich in der ganzen Welt weiter verbreiten. Dies wird aber unterschiedlich schnell und mit unterschiedlicher Dienstleistungs- und Gerätequalität geschehen, was die Ungleichheiten im Zugang zu den fortschrittlichsten Technologien verstärken wird. Die technologische Innovation wird die Art und Weise, wie unsere Gesellschaften leben und sich organisieren, weiter tiefgreifend umgestalten. Gemeinsam genutzte Netzwerke werden die Interaktion und das Wissen der Menschen und Unternehmen in der ganzen Welt erweitern, aber auch die Risiken, die Bedrohungen und die Anfälligkeit der Cybersysteme weltweit vergrößern und beschleunigen. Gemeinsam genutzte Netzwerke und digitale Instrumente werden davon abgesehen stärkere Eingriffe in die Privatsphäre ermöglichen.

Der Klimawandel wird zu einem immer wichtigeren und dringenderen Thema werden. Die Gesamtökobilanz der aktuellen CO₂-intensiven Wachstumsmodelle wird den Zusammenhang zwischen dem Pro-Kopf-BIP und Treibhausgasemissionen weiter verschärfen und die globale Erwärmung des Klimasystems beschleunigen.

Demzufolge wird es immer öfter zu immer gravierenderen, auf unserem Planeten ungleich verteilten extremen Wetterereignissen kommen, die die ärmsten Menschen am härtesten treffen werden.

Die Bevölkerungszunahme und die Intensivierung von Handel und Mobilität werden die Nachfrage der Menschen nach den bereits knappen Land-, Nahrungsmittel-, Wasser- und Energieressourcen weiter erhöhen. Diese vier lebenswichtigen Bereiche werden, wie von der Metapher des „perfekten Sturms“ illustriert, immer abhängiger voneinander werden. Ein Mangel an einem der vier Elemente kann das Risiko eines Mangels an den anderen Elementen erhöhen.

Diese weltweiten Haupttrends werden unweigerlich Auswirkungen auf die EU haben und die wichtigsten strukturellen Probleme, die die EU in der nahen Zukunft angehen muss, verschlimmern. Zuerst einmal geht in der EU der Bevölkerungsrückgang mit einer wesentlich älteren Bevölkerung einher. Zweitens ist das Wirtschaftswachstum langsam. Drittens findet man in der EU höhere Arbeitslosenzahlen, vor allem bei jungen Leuten und Personen mit hohem Ausbildungsstand. Viertens nehmen die sozialen Ungleichheiten zu. Fünftens wurden die meisten technologischen Durchbrüche in der Informationsgesellschaft und in anderen Sektoren außerhalb der EU erzielt, wobei vor allem die USA und China im Innovationsrennen führend sind.

Diese allgemeinen Trends zeigen klar und deutlich, dass der für die Entwicklung der Energieunion entscheidende Hauptfaktor in der neuen globalen Welt die aus der Krise hervorgegangene sinkende Position, der verminderte Status und die kleinere Rolle der EU ist. Die geringere Bedeutung der EU, die Auswirkungen auf den Energiesektor hat und dort spezielle Probleme hervorruft, sollte innerhalb und außerhalb der EU die treibende Kraft für die Vollendung der Energieunion sein.

4.1.2. Die neuen Herausforderungen, die aus der Energiewende hervorgehen werden

„Reformen bedeuten Veränderung. Ich möchte, dass wir für Veränderungen offen und bereit sind uns an diese anzupassen.“ Mission Letters an Maroš

Šeščović, Vizepräsident für die Energieunion, und an Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klimaschutz und Energie, Brüssel, 1. November 2014.

Die Energiesysteme auf weltweiter und europäischer Ebene sind mit immer komplexeren Themen konfrontiert, die wesentlich schneller ein Problem darstellen als gelöst werden können. Der Zugang zu Rohstoffen wird zu einem heftigen Wettbewerb führen, der wiederum Konflikte zwischen der wachsenden Anzahl an Konsumenten in den Schwellenländern, deren Energieverbrauch weiter steigen wird, und den „historischen Netto-Konsumenten der Industrieländern“, zu denen auch die EU gehört, hervorrufen könnte. Vor diesem Hintergrund wird die EU durch einen niedrigen Energieverbrauch, einen Rückgang der Produktion von fossilen Brennstoffen und parallel dazu einer immer größeren Importabhängigkeit charakterisiert sein. Die EU wird sowohl im Osten als auch im Süden von einem gespannten geopolitischen Kontext umgeben sein, was in der EU direkte Konsequenzen auf die Versorgung mit und den Transit von natürlichen Ressourcen haben wird.

Sowohl auf weltweiter als auch auf EU-Ebene wird die **Energieversorgung** zwischen zentralisierten CO₂- und/oder wasserintensiven Systemen und CO₂-dezentralisierten Technologien gespalten sein. Der Verbrauch von fossilen Brennstoffen wird stärker von ihrem (vermutlich steigenden) Preis und ihren Umweltauswirkungen auf die Lebensbedingungen abhängen und weniger von ihrer (zunehmenden) Verfügbarkeit.

Die Strompreise werden während der Energiewende vermutlich steigen. Die Volatilität der Ölpreise ist seit 15 Jahren ein dauerhaftes Merkmal der Energielandschaft. Solange sie niedrig bleiben, werden sie positive Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der EU haben und einen Teil der riesigen Finanzrente von Erdöl von den Produzenten auf die Verbraucher übertragen. Es ist allerdings ungewiss, wie die Produzenten langfristig darauf reagieren werden. Die Verbraucher müssen sich gegen diese Ungewissheit mit „No Regret“-Lösungen absichern. Niedrigere Ölpreise können auch eine weitere Gelegenheit sein, in die Wettbewerbsfähigkeit der Energiesysteme von morgen zu investieren.

Die Energiesysteme werden dezentralisiert sein, wobei auf lokaler Ebene neuen Akteuren größere Befugnisse erteilt werden, was neue Ansätze mit

sich bringt, die gleichzeitig die immer größer werdende Herausforderung der öffentlichen Akzeptanz lösen könnten. Gemeinsame Netze, Tools der Informationsgesellschaft und Smart Grids werden den Verbrauchern im System weiter größere Einflussmöglichkeiten geben.

Nicht zuletzt wird der **Energiesektor auch weiterhin die meisten Treibhausgasemissionen erzeugen**. In der EU werden die eingeführten 2020- und 2030-Strategien wahrscheinlich die gewünschten Resultate erzielen. Dennoch sind sie per se nicht ausreichend und garantieren nicht, dass die EU ihr Ziel, die Treibhausgasemissionen um 80-95% bis zum Jahr 2050 zu reduzieren, erreichen wird. Und mit weniger als 5% der globalen Emissionen im Jahr 2030, könnte die EU zudem weitere Schwierigkeiten haben, ein wichtiger Marktteilnehmer zu bleiben und die anderen großen Treibhausgasemittenten, die wettbewerbsfähig bleiben wollen, ohne den Preis für ihre Emissionen zu zahlen, zu überzeugen.

Die Europäische Union kann **durch ein stärkeres Engagement für ihre Energiewende** ihre wichtigsten strukturellen Fragen und Schwächen in Bezug auf den Mangel an heimischen fossilen Brennstoffressourcen, ihre immer negativer ausfallende Handelsbilanz und ihre höhere Importabhängigkeit, ihr schleppendes Investitionstempo und allgemein ihr langsames Wirtschaftswachstum angehen. Ihre neue Herangehensweise sollte auf ihren wichtigsten Stärken und Errungenschaften aufsetzen:

- ihrem hochwertigen, für alle zugänglichen Bildungssystem,
- ihrem Binnenmarkt, der sowohl was die Anzahl der Konsumenten und die Kaufkraft als auch das Marktvolumen und die Schaffung von Wohlstand angeht, noch immer der größte und rentabelste Markt der Welt ist,
- ihren gut entwickelten physischen und digitalen Infrastrukturnetzen.

Wie wir in Teil 3 dieses Berichts jedoch gesehen haben, ist der europäische Energiebinnenmarkt noch nicht vollendet und benötigt einen erheblichen Ausbau des Rahmens der europäischen Energiepolitik bevor all seine Vorteile auf EU-Ebene genutzt werden können.

4.2. Eine Energieunion für alle

„Ich schlage vor, den für die Europäische Union eingeschlagenen Weg auf der Grundlage meiner Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel fortzusetzen. Diese Agenda konzentriert sich auf die Bereiche, in denen die Europäische Union wirklich etwas bewegen kann. (...) Ich wünsche mir eine Europäische Union, die in großen Fragen Größe und Ehrgeiz zeigt und sich in kleinen Fragen durch Zurückhaltung und Bescheidenheit auszeichnet“. „Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

„Mit dem Amtsantritt der neuen Kommission haben wir eine außergewöhnliche Chance, aber auch Verpflichtung, einen Neuanfang zu machen, die schwierige geopolitische Situation anzugehen, den Wirtschaftsaufschwung zu stärken und ein Europa aufzubauen, das seinen Bürgerinnen und Bürgern Arbeitsplätze und Wachstum bringt.“ Mission Letter an Maroš Šefčovič, Vizepräsident für die Energieunion, Brüssel, 1. November 2014.

Konkret besitzt die Energieunion, basierend auf einer nachhaltigen und integrationsfördernden wirtschaftlichen Entwicklung, die Profite und soziale Sicherung für alle bietet, das Potenzial, ein greifbares europäisches Projekt für die Energie der Energiewende zu einer CO₂-armen Wirtschaft anzubieten. Eine robuste Energieunion wird die Europäerinnen und Europäer in eine neue Strategie einbeziehen, deren Ziel es ist, sich für gemeinsame Interessen einzusetzen und in weltweiten Energiefragen gemeinsame Werte zu fördern. Es wird für diese einzigartige Herausforderung und ihre damit verbundenen Zielsetzungen in Sachen Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltige Entwicklung, Versorgungssicherheit oder Energieeffizienz keine Wunderlösung geben.

Vor diesem Hintergrund sollten die zukünftigen treibenden Kräfte der Energieunion für tief greifende Veränderungen im Zusammenhang mit der Energiewende (i) nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, (ii) Solidarität und Eingliederung, und (iii) eine weltweite strategische Aktion und Robustheit sein. Konkret werden als Eckpunkte der zukünftigen Energieunion zehn Bausteine vorgeschlagen.

4.2.1. Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung: Der Übergang der Energieunion

Das neue europäische Projekt einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung, das die Energieunion aus der Energiewende herleiten sollte, macht folgende Entwicklungen erforderlich: (i) Verlagerung des aktuellen Wirtschaftswachstumsmodells von der Angebots- zur Nachfrageseite, (ii) Nutzen einer innovationsgesteuerten industriellen Energiestrategie in Europa und (iii) Investitionen in Informationsarbeit über die Schwierigkeiten und Verhaltensweisen im Zusammenhang mit der Energiewende.

Baustein Nr. 1: Ein neues Wirtschaftswachstumsmodell – Verlagerung von der Angebots- zur Nachfrageseite

Die globale und europäische Gesamtkobilanz überschreitet die biologische Kapazität der Erde um einen Rekordwert. Das derzeitige CO₂-intensive Wirtschaftswachstumsmodell und der sozialen Lebensverhältnisse ist nicht nachhaltig. Der Hauptgrund ist ein gravierendes Versagen des Markts, der die Umweltschäden nicht in die Kosten der Güter und Dienstleistungen einkalkuliert. Der Egoismus der derzeitigen Machthaber in den Industrieländern ist der Hauptgrund für den Mangel an Aktionen zur Vorbereitung einer nachhaltigen Zukunft für die nächsten Generationen.

Nachhaltige Entwicklung ist die einzige Möglichkeit, unsere Gesellschaften weiterzuentwickeln und zukünftigen Generationen ein langfristiges Überleben zu ermöglichen. Die nachhaltige Entwicklung ist heute nicht mehr eine Vision von Träumern und idealistischen Denkern, sondern ein notwendiges, konkretes Projekt, mit dem die politische und die soziale Realität mit den ökologischen Gegebenheiten in Einklang gebracht werden kann.

Wirtschaftliche und industrielle Abläufe und Geschäftsmodelle werden, trotz einiger bemerkenswerter Ausnahmen, noch immer von kurzsichtigen Denkweisen bestimmt. Um diese negative Einstellung zu überwinden, sollte das auf das Energiesystem angewendete europäische Modell für wirtschaftliche Entwicklung dadurch ausbalanciert werden, dass von der Angebots- zur Nachfrageseite und von unkontrollierten Mustern mit hohem Konsum zu verantwortlichen, die Ressourcenverschwendung bekämpfenden Mustern übergegangen wird. Dafür sind in der EU folgende Anpassungen erforderlich.

Alle Ressourcen werden auf eine einzige Energiewende ausgerichtet

„In Zeiten zunehmender Globalisierung ist der Binnenmarkt Europas größter Trumpf. Ich möchte daher, dass die nächste Kommission auf der Stärke unseres Binnenmarkts aufbaut und sein Potenzial in allen Richtungen ausschöpft.“ „Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

Die Energieunion ist eine einzigartige Chance, alle Energieressourcen in einem einzigen Prozess der Energiewende besser miteinander zu verbinden. Die Energiewende kann nicht auf den Binnenmarkt für Strom und Erdgas begrenzt, sondern sollte auf alle Energieressourcen ausgeweitet werden, also auf Erdöl, Kohle, Kernkraft und erneuerbare Energiequellen. Dabei sollte Strom nicht die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt und nicht mit der gleichen Dringlichkeit behandelt werden wie die Primärressourcen. Diese Herangehensweise würde der künstlichen und historischen Fragmentierung der Politik, der Rechtsrahmen und der Märkte für die verschiedenen Energieressourcen ein Ende setzen.

Dafür müssen wir uns besser mit der Interaktion zwischen den primären Energiequellen und der Stromerzeugung beschäftigen und versuchen, die Auswirkungen auf die zukünftige Energieproduktion besser vorherzusehen. Welche Auswirkungen wird beispielsweise die Tatsache, dass über 40% des Stroms in der EU aus nicht subventionierten erneuerbaren Energiequellen stammt und mit sehr niedrigen Betriebskosten produziert wird, in zehn oder zwanzig Jahren auf die Energiepreise und -systeme in der EU haben? Welche Rolle werden Erdgas und die Interaktion von Erdgas mit den erneuerbaren Energiequellen (oder nicht) spielen? Was werden die neuen Investitionstreiber im Energiesystem sein, wenn alle konventionellen Anlagegüter an Wert verloren haben? Welche langfristigen Auswirkungen werden niedrigere Erdölpreise auf die Wettbewerbsfähigkeit, die Versorgungssicherheit und die nachhaltige Entwicklung der EU haben? Wird dies ein Argument für eine Verlangsamung der Energiewende oder für das Nutzen der neuen Kosteneinsparungen für weitere Investitionen in neue CO₂-arme Technologien sein, die die EU längerfristig gesehen wettbewerbsfähiger machen? Es ist Zeit, diese Fragen zu beantworten.

Energieeffizienz ist ein Antrieb

„Ich möchte erreichen, dass wir erheblich über das 2020-Ziel für Energieeffizienz - insbesondere bei Gebäuden - hinausgehen. Ein bindendes 30-Prozent-Ziel für die Energieeffizienz bis 2030 halte ich für ein Minimum, wenn wir glaubwürdig und zukunftsweisend sein wollen. Wir können nicht vorgeben, bei der Klimawandelpolitik der Anführer zu sein, wenn wir in Sachen Energieeffizienz nicht glaubwürdiger sind.“ „Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

Die Energieunion ist auch eine einzigartige Chance, die historische Energiepolitik der EU von der Angebots- zur Nachfrageseite, von Mustern mit Konsumsteigerung zu Mustern mit geringerer Nachfrage und von passiven Konsumenten zu mit mehr Entscheidungsbefugnissen ausgestatteten Prosumern zu verlagern. Diese Änderung der Politik würde die neuen Gegebenheiten in unseren Gesellschaften und eine echte Demokratisierung des Energiesystems widerspiegeln.

Damit dies passieren kann, sollte die Energieeffizienz wie eine Energieressource angesehen werden (d.h. wie der Wert der eingesparten Ressource). Auf diese Weise kann sie um politische, wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung auf gleichberechtigte Weise mit anderen Ressourcen konkurrieren. Die Konsumenten (die Industrie und die Haushalte) sollten am Stromsystem und an der Funktionsweise des Markts aktiv teilnehmen. Sie sollten die notwendigen Befugnisse erhalten, damit das Potenzial des Demand Response Managements maximiert werden kann, mit dem die derzeitigen Formen des Konsums heruntergeschraubt werden sollen und das System für den Fall von Lieferunterbrechungen optimiert werden soll. Es müssen intelligente Systeme eingerichtet werden, damit das gesamte Energiesystem wirklich interaktiv und reaktionsfähig sein kann und gleichzeitig alle Akteure einbezieht, d.h. die Kunden, die Prosumer, die Erzeuger, die ÜNB und die VNB, die Regulierungsbehörden und die Mitgliedstaaten.

Eine gemeinsame CO₂-Steuer ermöglicht einen vorhersehbaren und stabilen CO₂-Preis

„Beitragen zum Management der Reduzierung der Treibhausgasemissionen, insbesondere im Industrie- und Transportsektor, als Teil unserer Gesamtbemühungen zur Stärkung der Nachhaltigkeit unseres Wachstumsmodells.“ Mission Letters an Maroš Šefčovič, Vizepräsident für die Energieunion, und an Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klimaschutz und Energie, Brüssel, 1. November 2014.

„Stärkung und Förderung des Emissionshandelssystems, um sicherzustellen, dass wir unsere Klimaschutzziele auf kosteneffektive Weise erreichen.“ Mission Letter an Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klimaschutz und Energie, Brüssel, 1. November 2014.

Dieses neue Wirtschaftswachstumsmodell kann aber nur in einem kohärenten und stabilen rechtlichen Rahmen für eine CO₂-arme Wirtschaft entwickelt werden. Dieses Modell umfasst die Aspekte Produktion, Transport, Verteilung, Verbrauch und Effizienz sowie die Maximierung von Innovationen in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energiequellen, Transport, Speicherung, CCS und Anwendung von Informationstechnologien, um das Gesamtsystem intelligenter zu machen. Dabei sollten diese Investitionen in erster Linie eine Sache des Markts und der Anleger bleiben.

Konkret bedeutet dies, dass CO₂-Emissionen ein echter und glaubwürdiger Preis zugewiesen werden sollte, vor allem in einer Zeit, in der es, für welche Energiequellen auch immer, praktisch unmöglich ist, zukünftige Preise vorherzusagen. Dies ist eine entscheidende Voraussetzung, um die Investitionen anzuziehen, die für das Aufrüsten und die Transformation des Energiesystems erforderlich sind.

Die EU sollte über eine kurzfristige Überarbeitung des EU-ETS hinausgehen und ein System der CO₂-Besteuerung in Betracht ziehen, wie es die WTO gestattet. Eine CO₂-Steuer ist die einzige Möglichkeit, in einem volatilen wirtschaftlichen, politischen und technologischen Umfeld stabile und vorhersehbare CO₂-Preise zu erhalten und unser Ziel einer CO₂-armen Wirtschaft nicht aus den Augen zu verlieren. Ein Kontext mit niedrigeren Ölpreisen

würde die wirtschaftlichen Auswirkungen einer solchen Steuer mindern und ein reibungsloseres und progressiveres Anlaufen ermöglichen. Dies wäre ein entscheidender Anstoß für die Energiewende und würde ein nachhaltiges Wirtschaftswachstumsmodell ermöglichen. Eine CO₂-Steuer würde trotz der Volatilität der Ölpreise die Stabilität und die Vorhersehbarkeit des Rechtsrahmens verbessern, im Gegensatz zu reinen, zurzeit manipulierten Marktmechanismen wie dem EU-ETS.

Eine CO₂-Besteuerung ist genau das, was immer mehr Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene bereits tun. Wir hatten dies in der EU in den letzten Jahren praktisch erreicht; es wurde aus Gründen der nationalen Souveränität in Sachen Besteuerung jedoch von einigen wenigen Mitgliedstaaten immer wieder abgeblockt. Das EU-ETS als zweitbeste verfügbare oder minimalistische Option war bislang die einzige Antwort, die auf EU-Ebene gefunden worden war, um das Veto gewisser Mitgliedstaaten gegen eine CO₂-Steuer zu umgehen.

Es wäre sinnvoller gewesen, mit einem CO₂-Besteuerungssystem zu beginnen, das einen starken Anreiz für die Dekarbonisierung bietet und einen vorhersehbaren und stabilen CO₂-Preis ermöglicht, was den Marktkräften erlauben würde, sich in diese Richtung zu bewegen. Wenn die CO₂-Steuer Teil der Realwirtschaft und der Geschäftsmodelle geworden ist, kann sie zu einem rein marktbasierten System, wie es das EU-ETS ist, gemacht und dann entsprechend den Fortschritten bei den multilateralen Verhandlungen nach und nach auf internationaler Ebene ausgeweitet werden.

Baustein Nr. 2: Eine von Innovationen angetriebene industrielle Energiestrategie

„Wir müssen den Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix auf unserem Kontinent erhöhen. Dies ist nicht nur eine Frage verantwortlicher Klimaschutzpolitik, sondern auch industriepolitisch unumgänglich, wenn Energie auch mittelfristig erschwinglich sein soll. Ich glaube fest an das Potenzial ökologischen Wachstums. Deshalb möchte ich, dass die Energieunion Europas weltweit die Nummer Eins bei den erneuerbaren Energien wird. Außerdem möchte ich erreichen, dass wir erheblich über das 2020-Ziel für Energieeffizienz hinausgehen.“ „Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

Die Europäische Union, ihre Mitgliedstaaten und ihre Akteure tun alles, um sich der aktuellen hochgradig vernetzten Welt anzupassen. Das derzeitige System stellt nicht sicher, dass die Unternehmen und Finanzsysteme langfristigen Investitionen einen größeren Stellenwert einräumen als kurzfristigen Profiten. Nicht selten wird technologische Innovation durch die Art und Weise wie Institutionen, die Governance und Märkte organisiert sind, um unser CO₂-intensives Energiesystem zu bekämpfen, beeinflusst. Diese Tatsache kann durchaus zu einer stärkeren Förderung der etablierten Technologien und letztlich zu einer technologischen Einschließung führen. Das Risiko einer technologischen Einschließung wird durch die fehlende Stabilität der rechtlichen Rahmen und unzureichende politische und wirtschaftliche Anreize noch verstärkt.

Die Nachfrage nach neuen Technologien und neuen Konsummustern im Energiebereich wird nicht unbedingt von der breiten Öffentlichkeit und den einzelnen Verbrauchern kommen. Es obliegt dem (visionären und innovativen) Privatsektor und den politischen Stellen (Leitungsinstanzen), diese Nachfrage durch eine Weiterentwicklung der geeigneten Marktinstrumente und regulatorischen Rahmenbedingungen zu erzeugen und die Entstehung dieser Technologien zu unterstützen. Erst wenn die Verbraucher mit den geeigneten Technologien ausgestattet sind und die entsprechenden Anreize bestehen, werden sich die gesellschaftlichen Mentalitäten verändern, beispielsweise wenn die Verbraucher stärker motiviert sein werden, der Ressourcenverschwendung entgegenzuwirken anstatt unkontrollierte, hochkonsumtive Verhaltensweisen beizubehalten.

Um aktuelle Hindernisse für weitere Innovationen und neue Marktteilnehmer zu beseitigen, sollte die Energieunion eine von Innovation angetriebene industrielle Energiestrategie entwickeln. Die vorrangigen Bereiche und Schwerpunkte für Investitionen sollten CO₂-arme Technologien und digitale Energietechnik sein. Innovationen müssen unter Mitwirkung aller Beteiligten gesteuert werden. Nur so kann die EU auf den Gebieten CO₂-arme Technologien und digitale Energietechnik die weltweite Nummer Eins werden.

Die innovationsbezogenen Projekte, in die am stärksten investiert werden sollte und die in den beiden vorrangigen Bereichen entwickelt werden sollten, sind diejenigen, die für die Wettbewerbsfähigkeit (also für wirtschaftlichen Gewinn und die Schaffung von Arbeitsplätzen), für nachhaltige Entwicklung

(also die Reduzierung der CO₂-Emissionen und die Energieintensität) und für die Versorgungssicherheit den größten Mehrwert bringen. Eine solche Herangehensweise würde die Entwicklung komplexer und objektiver Indikatoren zur Messung des Mehrwerts in diesen drei wesentlichen Dimensionen erforderlich machen.

**Priorität für CO₂-arme Technologien:
Über den Einsatz hinausgehende Innovationen**

CO₂-arme Technologien sollten ganz klar ein vorrangiger Bereich für Innovationen in der EU sein. Über den derzeitigen Ansatz, der auf Zielvorgaben für den Einsatz erneuerbarer Energiequellen basiert, hinausgehend sollten der langfristige Schwerpunkt der Politik und die Zielvorgaben eher auf Innovationen ausgerichtet sein, mit denen die Zielsetzungen der EU erreicht werden können. Da die große Mehrheit der öffentlichen und privaten Finanzmittel bislang in die benötigte und gerechtfertigte Einführung von CO₂-armen Technologien (vor allem in erneuerbare Energie) investiert wurde, sollten die meisten Finanzmittel und Subventionen in Zukunft in die Innovation von noch unausgereiften, aber schon verfügbaren Technologien einfließen.

Dafür ist es erforderlich, Innovationen auf neue, noch nicht zur Verfügung stehenden Technologien zu konzentrieren anstatt auf die Verbesserung bereits existierender Technologien bei denen die Lernkurve schon relativ fortgeschritten ist und bei denen auch internationale Konkurrenten schon weiter fortgeschritten sind.

Wenn man die Stromspeicherung zur obersten Priorität macht, würden die verfügbaren Mittel in diesen Bereich einfließen, was große Auswirkungen auf die Umsetzung der Energiewende hätte, die Mobilitätsmuster beinhalten muss. Wenn man die Übertragungs- und Verteilungsnetze intelligenter und kosteneffizienter machen und an alle bestehenden und neuen Speicherungsformen anbinden würde, könnte man auch die öffentliche Akzeptanz verbessern.

Davon abgesehen gehen CO₂-arme Technologien über den Rahmen der beiden Kernsektoren Energieeffizienz und erneuerbare Energiequellen hinaus. Der Sektor der Kernenergie muss im Bereich der nuklearen Sicherheit und Entsorgung einen Durchbruch leisten. Was die aktuellen CO₂-intensiven

fossilen Brennstoffressourcen angeht, obliegt es den zuständigen Sektoren, massiv in CCS-Technologien zu investieren. Ein entscheidender Vorteil dieser Technologien ist ihr großes Potenzial für Ausfuhren außerhalb der EU, wobei sowohl die nukleare als auch die CO₂-intensive Energieproduktion in den kommenden Jahrzehnten auf globaler Ebene bleiben werden. Innovationen in CO₂-arme Technologien implizieren auch den Zugang zu den erforderlichen Rohstoffen und seltenen Erdmetallen in Märkten fern der EU zu garantieren.

Die gleiche Priorität für digitale Energietechnik: Intelligente Energiekonsumenten

„Wir können kein Geld ausgeben, das wir nicht haben. Wir müssen Defizite und Schulden durch Ideen ersetzen. Ich bin der Überzeugung, dass wir die herausragenden Möglichkeiten der digitalen und keine Grenzen kennenden Technologien viel besser nutzen müssen. Hierfür brauchen wir allerdings den Mut, die bestehenden nationalen Silostrukturen aufzubrechen (...). Wir müssen diese Schranken, diese Wachstumshindernisse niederreißen. (...) Wir könnten faire Wettbewerbsbedingungen schaffen, sodass für alle Unternehmen, die ihre Waren und Dienstleistungen in der Europäischen Union anbieten, dieselben Daten- und Verbraucherschutzbestimmungen gelten – und zwar unabhängig davon, wo sich ihr Server befindet. Durch die Schaffung eines vernetzten digitalen Binnenmarkts könnten wir während der Amtszeit der neuen Kommission ein zusätzliches Wachstum von bis zu 250 Mrd. EUR erzielen; dies bedeutet Hunderttausende neue Jobs, insbesondere für junge Arbeitsuchende, und eine lebendige und aktive Wissensgesellschaft. (...) Damit wir dies erreichen, werde ich in den ersten sechs Monaten meines Mandats ehrgeizige gesetzgeberische Schritte zur Verwirklichung eines solchen vernetzten digitalen Binnenmarkts einleiten (...). Dies sollte einhergehen mit entsprechenden Maßnahmen zur Verbesserung der digitalen Kompetenz und des digitalen Lernens in der Gesellschaft und zur Vereinfachung der Gründung innovativer Start-up-Unternehmen. Die Förderung einer stärkeren Inanspruchnahme der digitalen Technologie und der Online-Dienste sollte eine Querschnittsaufgabe werden, die sich auf alle Bereiche der Wirtschaft und des öffentlichen Sektors erstreckt.“ „Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

Die Informationsgesellschaft und die digitale Energietechnik sollten die gleiche Priorität bekommen. Die meisten der benötigten digitalen Tools und Technologien, die das Energiesystem modernisieren können, indem sie die Interaktion und die Flexibilität zwischen Produktion, Transport, Verteilung und Verbrauch weiterentwickeln, und die die Energieeffizienz auf allen Ebenen stärken können, wurden bereits entwickelt, stehen dem Energiesektor aber noch kaum zur Verfügung. Im industriellen Bereich sollten der Schwerpunkt und die Priorität auf den Innovationsprozess gelegt werden, da dort der größte Mehrwert erzeugt wird, und nicht auf den Herstellungsprozess, bei dem die EU Schwierigkeiten hat, mit den Schwellenländern zu konkurrieren. Der Einsatz digitaler Technologie in allen Energieprozessen ist eine Priorität.

Da die digitale Energietechnik eine immer größere Rolle spielt, muss beim Schutz der Systeme vor Cyberangriffen durch den Aufbau der erforderlichen Kompetenzen in Sachen Cybersicherheit innoviert werden. Die Energieunion sollte dafür sorgen, dass die Bedrohungen zwischen den Mitgliedstaaten und den Regierungen, dem Privatsektor und den Unternehmen, der Zivilgesellschaft und den einzelnen Konsumenten besser verstanden werden. Darüber hinaus sollte sie für gleiche Ausgangsvoraussetzungen bei der Entwicklung neuer Wirtschaftschancen und der Vermarktung neuer Dienstleistungen in diesem Bereich sorgen.

Ein „Energy Valley“ in Europa

„Dabei brauchen wir vor allem intelligentere Investitionen, mehr Zielgerichtetheit, weniger Regulierung und mehr Flexibilität. (...) Damit konkrete Vorhaben auch wirklich in die Tat umgesetzt werden, müssen wirksamere Finanzierungsinstrumente entwickelt werden. Hierzu zählen auch Kredite und Garantien mit größerer Risikokapazität. (...) Damit wir dies erreichen können, muss das Investitionsumfeld verbessert und für eine stärkere Inanspruchnahme der Mittel gesorgt werden.“ „Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

Das größte Hindernis liegt im Energiesektor selbst, da dieser nicht dazu bereit ist, CO₂-arme und digitale Energietechnik in das aktuelle System zu integrieren. Hinzu kommt, dass die Interaktion zwischen dem Energiesektor,

den Herstellern der erforderlichen Anlagen, den Innovatoren und den Konsumenten mangelhaft ist, wie es zum Beispiel im Bauwesen zu sehen ist. Die Energieunion sollte die Steuerung von Innovationen unter Mitwirkung aller Akteure verbessern und gleichzeitig der auf nationaler Ebene beobachteten Fragmentierung der öffentlichen und privaten F&E-Programme und der in den Energiebereich investierten Finanzmittel ein Ende setzen. EU-Initiativen und -Programme zur Unterstützung von Innovationen und das Herausbilden von europäischen Champions werden nötig sein.

„Die angekündigten Arbeitsplätze, das Wachstum und das Investitionspaket sollten helfen zusätzliche öffentliche und private Investitionen in Infrastruktur, z.B. in Energienetze, in erneuerbare Energie und in Energieeffizienz, zu mobilisieren“. Mission Letters an Maroš Šefčovič, Vizepräsident für die Energieunion, und an Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klimaschutz und Energie, Brüssel, 1. November 2014.

„Auf diese Weise dürften wir meiner Meinung nach in der Lage sein, in den nächsten drei Jahren bis zu 300 Mrd. EUR an zusätzlichen öffentlichen und privaten Investitionen für die Realwirtschaft zu mobilisieren. (...) Diese zusätzlichen Investitionen sollten vorrangig in Infrastrukturmaßnahmen (insbesondere Breitband- und Energienetze und Verkehrsinfrastruktur in Industriegebieten), in Bildung, Forschung und Innovation und die Förderung von erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz fließen (...) Die für Ende 2016 angesetzte Halbzeitüberprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens sollte genutzt werden, um den EU-Haushalt noch stärker auf Beschäftigung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit auszurichten“. „Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

Das Juncker-Paket in Höhe von 315 Mrd. Euro wäre vermutlich besser in Innovationen als den Aufbau klassischer physischer Infrastrukturen investiert, da ein intelligentes Energiesystem die Notwendigkeit physischer Infrastrukturen wahrscheinlich reduziert. Dies gilt vor allem für das eine stille Revolution durchlaufende Stromsystem.

Die zukünftige Rolle der Subventionen

„Die aktuellen geopolitischen Entwicklungen haben uns vor Augen geführt, dass Europa zu sehr von Erdöl- und Erdgaseinfuhren abhängig ist“. „Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

Ein weiteres Hindernis für Innovationen in CO₂-arme Technologien sind die noch immer sehr umfangreichen **Subventionen in fossile Brennstoffe in der EU**. Sie sollten schrittweise abgebaut und auf Innovationen in CO₂-arme und digitale Energietechnologien umgelenkt werden. Es sollte auch ein Ziel der Energiediplomatie der EU sein, diese Beihilfen außerhalb der EU abzubauen.

Was die Markteinführung erneuerbarer Energiequellen angeht, sollten die Subventionen nach und nach abgebaut werden. Parallel dazu sollten diese Subventionen in weitere Innovation in CO₂-arme Technologien umgelenkt werden. Eine andere Idee wäre, den Bürgerinnen und Bürgern zurückzugeben, was durch die öffentlichen Subventionen und Steuern möglich geworden ist, um die Integration von erneuerbaren Energien in den Energiemix zu erleichtern. Sobald erneuerbare Energien wirklich rentabel sind, könnte ein Teil des wirtschaftlichen Nutzens, den ihr Beitrag zur Energieerzeugung abwirft, mit sehr geringen Betriebskosten in Innovationen für andere neue CO₂-arme Technologien reinvestiert werden.

Nicht zuletzt bleibt die Energiebesteuerung ein entscheidender Aspekt der Glaubwürdigkeit der Zielsetzungen, die der Europäische Rat festgelegt hat, um den Energiesektor zu dekarbonisieren. Die Unfähigkeit der Mitgliedstaaten, die Energiebesteuerung auf die vom Europäischen Rat gesteckten Ziele auszurichten, ist ein großes Manko, dem die Energieunion Abhilfe schaffen muss.

Baustein Nr. 3: Investieren in Informationsarbeit über die Herausforderungen und Verhaltensweisen im Zusammenhang mit der Energiewende

„Vor allem aber muss in großem Maßstab in Maßnahmen investiert werden, die angemessene Arbeitsplätze für die junge Generation schaffen, und zwar zusätzlich zu den bereits ergriffenen Maßnahmen im Rahmen

der Jugendgarantie, die rascher umgesetzt und nach und nach ausgeweitet werden muss“. „Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

Ein nachhaltiges Wirtschaftswachstumsmodell sollte mit voller Einbindung der jungen Generation aufgebaut werden. Darüber hinaus sollte dieses auf einer adäquaten Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über die Herausforderungen und Verhaltensweisen im Zusammenhang mit der Energiewende basieren. Da jeder einzelne Konsument für die Energiewende verantwortlich ist, sollten spezielle EU-weite Informations-, Sensibilisierungs- und Ausbildungsprogramme entwickelt werden, um das Verständnis, die öffentliche Akzeptanz und die aktive Unterstützung für die Beschleunigung der Energiewende durch regionale und lokale Initiativen sicherzustellen.

Darüber hinaus muss die Hochschulausbildung über die Energiewende für die derzeitigen und zukünftigen Generationen verbessert werden. Damit soll diesen geholfen werden, zu innovieren und neue Geschäftsmodelle zu entwickeln. Es sollte in den Bereichen nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Energiewende so bald wie möglich ein neues EU-weites Programm im Stil von Erasmus entwickelt werden, um auf die entscheidende Bedeutung dieses Themas hinzuweisen. Dieses Programm sollte als ein multidisziplinärer Ansatz betrachtet werden, zu dem alle relevanten, der gewünschten Energiewende zugrunde liegenden Fachgebiete beitragen.

4.2.2. Solidarität: Eine inklusive Energieunion

Dem aktuellen politischen Ansatz für die Energiewende fehlt es an einer generationsübergreifenden Sicht und an dem Bewusstsein der zunehmenden Ungleichheiten in unseren Gesellschaften. Die politischen und institutionellen Führungspersonen und Akteure kalkulieren neue Methoden und Interessengruppen noch nicht ein. Die derzeitige Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten trägt den Gegebenheiten des Energiesystems, seiner schnellen Entwicklung und den in der Europäischen Union benötigten neuen Methoden und Prozessen, die sich durch „Einheit in der Vielfalt“ charakterisieren, nicht Rechnung.

Baustein Nr. 4: Eine soziale Energiepolitik

„Die Europäische Union hat eine der schwierigsten Zeiten ihrer Geschichte durchgemacht. Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise verursachen in vielen Teilen Europas noch immer großes Elend. Wir leben in einer Union mit einem 29. Staat der Arbeitssuchenden, von denen viele junge Leute sind, die sich ausgegrenzt fühlen.“ (...) „Ich schlage vor, dass bei Hilfs- und Reformprogrammen künftig nicht mehr nur die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen auf den Prüfstand gestellt, sondern auch eine soziale Folgenabschätzung durchgeführt wird. Über die sozialen Auswirkungen von Strukturreformen muss öffentlich diskutiert werden. Ich bin ein überzeugter Anhänger der sozialen Marktwirtschaft. Dass in einer Krise Reeder und Spekulanten noch reicher werden, während Rentnerinnen und Rentner nicht mehr über die Runden kommen, ist mit der sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbar. (...) Bis sich diese Situation ändert, muss dieser 29. Staat unsere größte Sorge sein, und wir müssen bei der Durchführung unserer Arbeit sehr entschlossen und verantwortungsbewusst sein“. „Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

Energiearmut geht über Energiepreise hinaus: Es geht dabei auch um Ermächtigung

Modernisierung kann Ungleichheiten verschlimmern und zu einer noch stärkeren Ausgrenzung führen. Energiearmut ist bereits heute ein wachsendes Phänomen, nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb der EU. Da die Energiepreise wahrscheinlich auf ein sozial inakzeptables Niveau ansteigen werden, sollte die Energieunion unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsgrundsatzes und nationaler, regionaler und lokaler Aktionen eine klare Definition und Strategie entwickeln und schwächere Konsumenten unterstützen.

Energiearmut betrifft aber nicht nur die Preise. Die Energieunion sollte Energiearmut durch soziale Schutzmaßnahmen und Investitionsprogramme an der Wurzel bekämpfen, um allen Konsumenten auf den bevorstehenden technologischen Durchbruch abgestimmte Befugnisse zu erteilen. Haushalte,

die keinen erschwinglichen Zugang zu Energie haben und/oder aus strukturellen und sozialen Gründen keine Befugnisse bekommen können, sollten nicht aus dem System ausgeschlossen bleiben. Sie sollten auf EU-Ebene sowie auf nationaler und lokaler Ebene durch sozialpolitische Maßnahmen unterstützt werden.

Dafür ist es erforderlich, die Folgen der CO₂-armen und digitalen Technologien für die Gesellschaft auf öffentlicher und privater Ebene besser zu antizipieren und einzuschätzen. Das gilt auch für die Organisation der Gesellschaft auf Ebene der Staaten und der Regionen, der städtischen und ländlichen Gebiete, der Haushalte und der Privatpersonen. Allgemein gesagt sollten sich die aus der Energiewende hervorgehenden wirtschaftlichen Gewinne in gerecht verteilten Sozialleistungen niederschlagen. Das bedeutet auch, dass ein Teil der bestehenden Finanzmittel und Subventionen für den Energiesektor auf die am stärksten benachteiligten Konsumenten umgelenkt werden sollte.

Arbeitsplätze:

Ein Potenzial für KMU und soziale Dialoge über die Energiewende

„Natürlich weiß ich sehr gut, dass es nicht die Regierungen oder die EU-Organe, sondern vor allem Unternehmen sind, die Arbeitsplätze schaffen... (...) Es muss nach neuen, nachhaltigen und arbeitsplatzschaffenden Vorhaben gesucht werden, die dazu beitragen können, die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu kräftigen. (...) Europa wird nur dann Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen hervorbringen können, wenn wir für die richtigen rechtlichen Rahmenbedingungen sorgen und ein Klima schaffen, das unternehmensfreundlich und neuen Arbeitsplätzen zuträglich ist. (...) KMU sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Dort entstehen mehr als 85 % aller neuen Arbeitsplätze in Europa“. „Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

Für die Schaffung von Arbeitsplätzen sollten die Politik und die meisten Investitionen auf KMU ausgerichtet sein. Auch Innovationen in Energieeffizienz-Dienstleistungen und die Entwicklung, den Einsatz und die Wartung von CO₂-armen Technologien sollten eine vorrangige Bedeutung bekommen. Best

Practices in diesem Bereich wie der dänische Ansatz der Freiwilligkeit für den Übergang zu einer CO₂-armen Gesellschaft sollten näher geprüft werden.

Eine soziale Energiepolitik sollte die Energiewende auch in Bezug auf den Beschäftigungsmarkt, die zu schaffenden Arbeitsplätze und die Arbeitsplätze durchdenken, die nach und nach verschwinden werden. Angesichts des Umfangs der in der ganzen EU potenziell betroffenen Energiesektoren könnte ein spezieller Prozess mit sozialen Energiedialogen auf EU-Ebene eingeleitet werden. Ein solcher Sozialdialog sollte die Bewältigung aller Konsequenzen der Energiewende zum Thema haben, seien sie positiv oder negativ. Er sollte Teil des Demokratisierungsprozesses im Energiesektor sein.

Baustein Nr. 5: Innovative Governance, die zur Erstellung einer „Lage der Energieunion“ führt

„Wir sollten jetzt zusammenarbeiten. Trotz aller Differenzen liegen unsere Standpunkte nicht so weit voneinander entfernt, wenn es um die Probleme geht, die vorrangig auf europäischer Ebene anzugehen sind. Ich möchte mit Ihnen allen zusammenarbeiten, um in allen EU-Organen einen breiten Konsens darüber zu schaffen, was wir für unsere europäischen Bürgerinnen und Bürger erreichen wollen. Und dann gemeinsam mit Ihnen auf Worte Taten folgen lassen.“ „Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

„Ich möchte, dass Sie in den Mitgliedstaaten und den Dialogen mit Bürgerinnen und Bürgern alle politisch aktiv sind, indem sie unsere gemeinsame Agenda präsentieren und kommunizieren, sich Ideen anhören und sich zusammen mit den Akteuren engagieren. (...) Prüfen, wie und ob neu vorgeschlagene Initiativen zum Schwerpunkt der Politischen Leitlinien passen (...) auf der Basis solider Argumente und guter Erklärungen, die mit den vorrangigen Projekten der Politischen Leitlinien in Einklang stehen.“ Mission Letters an Maroš Šefčovič, Vizepräsident für die Energieunion, und an Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klimaschutz und Energie, Brüssel, 1. November 2014.

Für die demokratische Legitimität und die öffentliche Akzeptanz ist es erforderlich, alle Beteiligten und die Akteure der Zivilgesellschaft stärker in die Steuerung der Energiewende einzubinden. Die Energieunion muss ein gerechtes Gleichgewicht zwischen europäischen, regionalen, nationalen und lokalen Entscheidungsfindungsprozessen und zwischen städtischen und ländlichen Lösungen sicherstellen.

Dafür ist ein Ansatz erforderlich, an dem über innovative Koalitionen basierend auf überzeugender Erfahrung und Best Practices *alle Beteiligten mitwirken*. Dies würde anstelle des aktuellen, wie so oft in Konferenzen zu beobachtenden Ansatzes, die schwarzen Schafe beim Namen zu nennen, die stärkere Interaktion und den Austausch von Best Practices zwischen allen Beteiligten im Energiebereich ermöglichen. Eine gemeinsame Steuerung auf europäischer, regionaler, nationaler und lokaler Ebene an einer operationellen Schnittstelle mit allen Akteuren würde das gesamte Energiesystem in ganz Europa stärker und intelligenter machen.

Die neue Governance sollte auch eine regelmäßige Prüfung der Politikerfolge, der politischen Aufträge, der Wirtschaftsstrategien und der sozialen Konsequenzen einschließen. Die Energiewende macht die Antizipation der Entwicklung von jetzt bis 2050 erforderlich. Der mit der EU Roadmap 2050 initiierte, aber von den EU-Mitgliedstaaten gestoppte Prozess der Diskussion und Konsultation sollte in den kommenden Monaten neu gestartet werden.

Dies kann aber nur dann passieren, wenn die aktuelle Governance-Struktur in Form einer neuen innovativen, offenen und transparenten Plattform für die Konsultation aller Akteure, die an den Entscheidungsfindungsprozessen über Energie in der EU mitwirken, optimiert wird.

Eine virtuelle Energiegemeinschaft aller Beteiligten

Konkret gesagt und im Sinn der bereits durchgeführten öffentlichen Konsultation könnte dies durch das Einrichten einer von der Europäischen Kommission verwalteten virtuellen Plattform geschehen. Hier würden regelmäßige Beurteilungen durchgeführt und neue Initiativen diskutiert werden, die von der Europäischen Kommission präsentiert werden. Sie würden in einer jährlichen, politisch ausgerichteten „Lage der Energieunion“

zusammengefasst werden, die sich an alle wendet. Sie würde unter aktiver Beteiligung anderer EU-Institutionen (Europäisches Parlament, Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, Ausschuss der Regionen, Europäischer Rat und die Mitgliedstaaten), der ACER, der ENTSOs und aller anderen betroffenen Beteiligten aus dem Privatsektor, dem Geschäftsleben, den NRO und anderer Akteure aus der Zivilgesellschaft auf unterschiedlichen Governance-Ebenen von der Europäischen Kommission geleitet werden. Auch die Unterzeichner des Konvents der Bürgermeister und andere Städte, die an europäischen Programmen teilnehmen, sollten einbezogen werden.

Die Teilnahme an dieser virtuellen Plattform sollte gut organisiert sein, um die Repräsentativität sicherzustellen und die Diskussion zu ermöglichen. Sie wäre für die Beteiligten auch ein starker Anreiz, ihre Repräsentation und ihre Positionen auf EU-Ebene zu stärken. Ein solches virtuelles Forum schließt nicht aus, ein außerordentliches Meeting in Form eines Konvents zur Lage der Energieunion abzuhalten.

Die Existenz einer solchen Schnittstelle heißt aber nicht, dass alle bereits bestehenden Foren und Körperschaften abgeschafft werden sollten. Sie sollten jedoch einen temporären Charakter mit klaren Zielvorgaben und konkreten Instrumenten und Prozessen bekommen und aufgelöst werden sobald sie diese Ziele erreicht haben. Dies hätte den Vorteil, das gesamte Governance-System für die Mitsprache und Konsultation im Energiebereich zu vereinfachen und dem aus fragmentierten Foren, Ad-hoc-Gruppen und derzeit in Silo-Strukturen tätigen Körperschaften, ein Ende zu setzen.

Baustein Nr. 6: Einheit in der Vielfalt – Europäische Optimierung der Ressourcen und Infrastrukturen

„Dabei geht es mir an allererster Stelle um konkrete Ergebnisse (...). Andere politische Bereiche möchte ich den Mitgliedstaaten überlassen, sofern diese über eine stärkere Legitimationsgrundlage und bessere Ressourcen verfügen, um – ganz im Sinne der Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsgrundsätze – auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene wirksame politische Maßnahmen zu ergreifen.“ „Effektive Politikgestaltung erfordert auch ein detailliertes Verständnis der einzelnen Mitgliedstaaten, ihrer gemeinsamen Herausforderungen und ihrer Vielfalt.“

Mission Letters an Maroš Šefčovič, Vizepräsident für die Energieunion, und an Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klimaschutz und Energie, Brüssel, 1. November 2014.

„Die Setzung politischer Prioritäten als Grundlage für eine bessere, stärker fokussierte Union wird nur dann funktionieren, wenn sie in Partnerschaft zwischen den Organen der Union und den Mitgliedstaaten nach der Gemeinschaftsmethode vorgenommen wird. (...) Ich bin fest davon überzeugt, dass wir als Union voranschreiten müssen.“ „Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

Die europäische Energierealität besteht aus Vielfalt: Energiemixe, verschiedene Brennstoffquellen, heimische Produktion, zentrale und dezentrale Erzeugung, diverse Vernetzungsebenen, Speicherungssysteme, LNG-Terminals usw. Diese Elemente sollten in einer gemeinsamen Perspektive betrachtet werden, wozu uns die Binnenmarktregeln einladen. Die Stärken des Systems sollten gekräftigt werden, um seine Schwächen zu mildern. Mit anderen Worten ist es in normalen Zeiten und im Notfall für alle vorteilhaft, wenn man die guten Ressourcen zusammenlegt, um das gesamte Energiesystem zu optimieren. Dazu braucht man nur den Willen, diese Aufgabe anzugehen.

Die Energiesysteme der Mitgliedstaaten können nur durch eine starke Zusammenarbeit zwischen allen betroffenen Parteien optimiert werden. Die Parteien sollten versuchen, die Bereiche, in denen sie sich ergänzen, zu erkennen und auszubauen, indem sie ihre heimischen Ressourcen (seien es fossile Brennstoffe oder vorzugsweise erneuerbare/CO₂-arme Energiequellen) so kosteneffektiv wie möglich zusammenlegen und ihre Energienetze auf der erforderlichen Ebene miteinander verknüpfen.

Die grenzübergreifende Zusammenarbeit sollte auf allen Ebenen gefördert werden, um konkrete und einsatzfähige Lösungen zu entwickeln, beispielsweise für das Zusammenlegen sich ergänzender Ressourcen, das gemeinsame Nutzen von Infrastrukturen, das Entwerfen gemeinsamer Notfallpläne usw. Dafür gibt es bereits Beispiele, wie den Verbundplan für den baltischen Energiemarkt (BEMIP). Sie sind aber zu vereinzelt, um die ganze Bandbreite

der möglichen Resultate abzudecken und die Vergeudung von Ressourcen zu verhindern (siehe Aktion 4 in Teil 3 dieses Berichts als Einstieg).

Für diese Zusammenarbeit sollte sich auf die Gemeinschaftsmethode gestützt werden. Koordinierung ist nicht ausreichend. Um gemeinsame Probleme anzugehen, müssen eine gemeinsame Sicht und gemeinsame Lösungen entwickelt und angewendet werden.

4.2.3. Europa in der Welt: Eine robuste und strategische Energieunion

„In der Außenpolitik brauchen wir ein stärkeres Europa. Die Ukraine-Krise und die besorgniserregende Lage im Nahen Osten zeigen, wie wichtig es ist, dass Europa nach außen hin zusammensteht. Es bleibt jedoch noch viel zu tun. (...) Nach meiner Überzeugung können wir uns nicht damit zufriedengeben, wie unsere gemeinsame Außenpolitik bislang funktioniert. Wir brauchen bessere Mechanismen, um Ereignisse frühzeitig erkennen und schnell gemeinsam reagieren zu können. Wir müssen die Instrumente für das auswärtige Handeln Europas wirksamer bündeln. Die Handelspolitik, die Entwicklungspolitik, unsere Beteiligung an internationalen Finanzinstitutionen und unsere Nachbarschaftspolitik müssen nach ein und derselben Logik kombiniert und aktiviert werden“.
„Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

Alle für die Energieunion vorgeschlagenen Zielsetzungen und Projekte – von einem nachhaltigen Wirtschaftswachstumsmodell bis zur Solidarität – haben eine externe Dimension und sollten deshalb von der Energieunion auf der internationalen Bühne anhand folgender Faktoren koordiniert werden:

- (i)** eine Handelspolitik für die Verteidigung und Förderung der nachhaltigen wirtschaftlichen Interessen der EU innerhalb und außerhalb der EU,
- (ii)** eine Entwicklungspolitik für die Verteidigung und Förderung europäischer Werte der Eingliederung und einer Vision der Energiewende im Ausland,
- (iii)** eine europäische Energiediplomatie für die Verteidigung und Förderung von EU-Strategien in bilateralen und multilateralen Foren und
- (iv)** eine europäische Energieinformationsagentur für die gemeinsame Analyse und Prognose und das gemeinsame strategische Denken der EU im Energiebereich.

Baustein Nr. 7: Eine Energiehandelspolitik für die Verteidigung und Förderung der nachhaltigen wirtschaftlichen Interessen der EU außerhalb der EU

„Die aktuellen geopolitischen Entwicklungen haben uns vor Augen geführt, dass Europa zu sehr von Erdöl- und Erdgaseinfuhren abhängig ist. Wir müssen unsere Energiequellen diversifizieren und die hohe Energieabhängigkeit einiger Mitgliedstaaten abbauen. (...) Wir müssen unsere Ressourcen bündeln, unsere Infrastrukturen kombinieren und unsere Verhandlungsmacht gegenüber Drittländern stärken.“ „Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

„Stärken der Energiesicherheit Europas durch Diversifizierung unserer Energiequellen und Transportrouten für Energieeinfuhren und die optimale Kombination unserer Verhandlungsmacht.“ Mission Letter an Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klimaschutz und Energie, Brüssel, 1. November 2014.

Als größter Wirtschafts- und Handelsblock hat die EU externen Partnern viel zu bieten und ist gut positioniert, um mit Energielieferanten zu verhandeln. Strategien für die Risikoteilung und -streuung und um in internationalen Angelegenheiten aus dem kombinierten Gewicht der EU, ihrer Mitgliedstaaten, der Energiemärkte und der Betreiber das Beste zu machen, können effektiver sein als verstreute unilaterale Aktionen. In der heutigen Welt ist es eine Notwendigkeit und Verpflichtung, in Wechselbeziehungen und nicht in Abhängigkeiten zu denken.

Risikoaggregation und nicht Individualisierung der Risiken

Die beste Möglichkeit, die Diversifizierung von fossilen Brennstoffen, Rohmaterialquellen und Transitrouten für die gemeinsamen europäischen Interessen und die Versorgungssicherheit zu verbessern, ist die Risikoaggregation, wobei sowohl die Nachfrage in der EU als auch die Versorgung außerhalb der EU berücksichtigt werden sollten. Die Energieunion sollte es ermöglichen, die Risiken im Zusammenhang mit Versorgung, Transit

und Nachfrage nach fossilen Brennstoffen (Erdöl, Erdgas und Kohle) und Rohmaterialien (Uran, seltene Erdmetalle usw.) zusammenzufassen, wogegen bisher jeder einzelne EU-Mitgliedstaat die Risiken für sich eingegangen ist. Dafür ist Folgendes erforderlich:

- **Aggregation des Versorgungsrisikos: Mehr Lieferanten**

Dies gilt vor allem für Erdgas, einen Rohstoff, der im Gegensatz zu Erdöl und Kohle keinen globalen Markt hat (sondern mehrere regionale Preise), der mehr von Pipelines abhängt als von flexiblen Transportmitteln und der häufig als politischer Hebel benutzt wird. Je mehr Lieferanten es gibt, desto robuster ist die Versorgung der EU. Dies würde die steigende Importabhängigkeit der EU mindern, vor allem für die EU-Mitgliedstaaten, die von einem einzigen Lieferanten abhängen.

Eine europäische Strategie zur Aggregation des Risikos im Zusammenhang mit der Erdgasversorgung sollte es zum Ziel haben, die Erdgasquellen (z.B. Kaspisches Becken, östliches Mittelmeer, Nordafrika) und neue LNG-Quellen (z.B. Ostafrika, die USA) geografisch zu diversifizieren und die historisch strategische Partnerschaft mit Norwegen und anderen wichtigen Lieferanten und Transitländern zu stärken. Wenn die Energieunion vereint und strategisch handelt, kann sie Rahmenbedingungen mit diesen Ländern aufstellen und es damit Unternehmen aus der EU ermöglichen, einen stabilen und vorhersehbaren Rechtsrahmen zu nutzen, der zu einer für beide Seiten vorteilhaften Versorgungs- und Nachfragesicherheit führt.

- **Aggregation des Nachfragerisikos: Zusammenlegung des externen Erdgaseinkaufs und der Finanzierung großer transnationaler Infrastrukturen**

Grundsätzlich gilt, dass die beste Garantie für die Gasversorgungssicherheit ein gut funktionierender Gasbinnenmarkt ist, der es allen Unternehmen ermöglicht, auch in Krisenzeiten um die besten Bedingungen für die Erdgasversorgung zu konkurrieren. Aus diesem Grund ist es so wichtig, die Inhalte der Gasbezugsnormen und ihre Umsetzung zu prüfen. Es kann jedoch zu einem Marktversagen kommen, das einen gemeinsamen

Gaseinkauf rechtfertigt, wenn außergewöhnliche, gebührend begründete Umstände auftreten, wobei der Wettbewerb und die marktinternen Regeln weiter gelten. Auch für das fehlende Engagement der EU müssen Lösungen gefunden werden, wie die kollektive Nutzung der Nachfrage oder formale finanzielle Garantien, die andere große Konsumländer wie China den Lieferanten bieten.

Ausgehend vom Freiheitsgrundsatz der Unternehmen, Erdgas entsprechend ihren kaufmännischen Interessen einzukaufen, sollte die Energieunion auch konkret der Möglichkeit nachgehen, den externen Erdgaseinkauf zusammenzulegen oder die **Finanzierung großer transnationaler Infrastrukturen** für den Gastransport (Pipelines und LNG-Terminals) durch die Bildung einer oder mehrerer „Ad hoc Erdgas-Einkaufsgemeinschaft(en)“ unter außergewöhnlichen und gebührend begründeten Umständen abzusichern. Diese würden darauf abzielen, den teilnehmenden Unternehmen, Betreibern und/oder Konsumenten eine echte Verhandlungsmacht für die Geschäfte mit externen Lieferanten zu geben. In allen Fällen würde dies die Beteiligung der EU sowohl *ex ante* (Erteilung von Genehmigungen) als auch *ex post* (Sicherstellen der Übereinstimmung mit EU-Recht) erforderlich machen.

Ein solcher Ansatz käme unter folgenden Umständen in Frage:

- Wenn ein externer Lieferant einen einzigen europäischen Käufer verlangt und diese neue Bezugsquelle für die europäischen Verbraucher in Sachen Diversifizierung (Routen, Quellen, Gegenleistungen) vorteilhaft wäre.
- Für eine Gruppe kleiner Unternehmen und Betreiber und/oder schwacher und fragmentierter öffentlicher und/oder privater Konsumenten, die nicht an der Produktion und/oder dem Gastransport von neuen Bezugsquellen teilnehmen. Dies passiert in der EU zunehmend für Gas und Strom: Immer mehr Regionen und/oder Gemeinden organisieren ihren Gas- und/oder Stromeinkauf selbst.
- Als Teil eines europäischen Notmechanismus für den Erhalt dringender Lieferungen durch externe Lieferanten an EU-Unternehmen.
- Durch Versteigerungsmechanismen, die allen interessierten Unternehmen offen stehen.

**Ein Schlüsselinstrument:
EU-Handelsabkommen für Energie, inklusive Investitionen**

Für die Diversifizierung der Versorgung und des Transits **sollte die Energieunion auch im Energiebereich** mit den aktuellen und zukünftigen großen Energiepartnerländern im Ausland **Handelsvereinbarungen erarbeiten**, um gemeinsame Ansätze für die Versorgungssicherheit zu entwickeln und zwischen den Akteuren in der Industrie beidseitige Handelsbeziehungen und Wirtschaftschancen zu fördern.

Solche zwischenstaatlichen Vereinbarungen zwischen der EU und einem Drittland sollten leistungsstarke Instrumente sein, um für die EU und die Unternehmen in den Drittländern im Sinne einer Gegenseitigkeit ausgewogene Beziehungen zwischen allen Mitgliedstaaten und dem entsprechenden Drittland zu entwickeln. Dies würde auch Asset Swaps zwischen einem Drittland und europäischen Unternehmen, die für ihren eigenen Profit den Zugang zum EU-Markt nutzen wollen, ein Ende setzen.

Der Zugang zum EU-Binnenmarkt durch Unternehmen in Drittländern sollte nur unter der Bedingung gewährt werden, dass durch von der EU ausgehandelte Vereinbarungen für transparente, stabile und zuverlässige Rechtsrahmen im Hinblick auf Investitionen mit Partnerländern ein gleichwertiger Zugang zum Markt des entsprechenden Drittlandes möglich ist. Die im Rahmen der Energieunion zu entwickelnde Handelsstrategie sollte daher auch, wie es in bilateralen Verhandlungen ihrer externen Partner für den Zugang zu ihren heimischen Märkten der Fall ist, das Thema der **ausländischen Investitionen in entscheidende Energieanlagen und -infrastrukturen** abdecken. Dies sollte für alle EU-Unternehmen in Drittländern gleiche Ausgangsvoraussetzungen schaffen und es den in der EU ansässigen Ländern ermöglichen, die Vorteile des Binnenmarkts unter Einhaltung dessen Regeln zu nutzen. Dies könnte den Weg für eine stärkere Öffnung der EU-Energiemärkte für interessierte ausländische Unternehmen ebnen. Dies kann aber nur unter vollständiger Einhaltung des EU-Rechts erfolgen und die Unternehmen aus der EU müssen die Möglichkeit haben, unter Beachtung der in den Rahmenvereinbarungen ausgehandelten Regeln und Parametern in den Energiesektor der betroffenen Länder zu investieren (vor- und nachgelagerte Bereiche).

Auch die Genehmigung und Zertifizierung des Zugangs zum EU-Binnenmarkt für Unternehmen aus Drittländern sollten auf EU-Ebene behandelt werden, und zwar weit über die Drittlandklausel des dritten Binnenmarktpakets hinaus. Es ist wünschenswert, in entscheidenden Energieanlagen eine EU-Regulierungsbehörde für ausländische Investitionen einzurichten (ähnlich der Kontrolle, die es in manchen Mitgliedstaaten und in Drittländern wie den USA, Russland oder China gibt). Sie sollte sich aus Vertretern der Europäischen Kommission, dem Rat und den Ausschüssen TRADE und ITRE des Europäischen Parlaments zusammensetzen.

Baustein Nr. 8: Europäische öffentlich-private Partnerschaften für die Zusammenarbeit und Entwicklung kohlenstoffarmer Energie

„Die EU kann eine stolze Bilanz in der internationalen Zusammenarbeit und der Entwicklungshilfe in vielen Ländern der Welt vorweisen. Es wird Ihr Ziel sein, unsere Entwicklungspolitik den sich verändernden Bedürfnissen unserer Partnerländer anzupassen und damit unseren Verpflichtungen im Rahmen der Millennium-Entwicklungsziele und der Ausmerzung von Armut im Kontext der nachhaltigen Entwicklung nachzukommen.“ Mission Letter an Neven Mimica, EU-Kommissar für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung, Brüssel, 1. November 2014.

Um die Millennium-Entwicklungsziele der UNO im Energiebereich zu erreichen, sollte in Europa eine ehrgeizige und starke öffentlich-private Partnerschaft für die Entwicklung CO₂-armer Energie in Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern aufgebaut werden, die daran interessiert sind, sich auf ein CO₂-armes Energiesystem hinzubewegen.

Die EU-Programme sollten intelligent, innovativ und mehrdimensional sein, um gleichzeitig folgende Themen anzugehen: Investitionen im entsprechenden Energiesektor, Transfer CO₂-armer Technologien, Austausch von Best Practices, vor allem in Sachen Governance und Rechtsrahmen, Aufbau von heimischem Know-how und Fachwissen. Sie sollten sich, wie von der Metapher des „perfekten Sturms“ illustriert, permanent mit den ineinander verflochtenen Herausforderungen der hohen Nachfrage nach Energie, Nahrungsmitteln, Land und Wasser auseinandersetzen.

Konkret gesagt sollten die Organisationen und Unternehmen in der EU allen Ländern, in denen 25% der Bevölkerung keinen Zugang zum Stromnetz haben, ein Programm mit dem Thema *Strom für alle* anbieten. Dieses Programm sollte auf EU-Eigenressourcen und zusammengelegten existierenden Finanzmitteln und Instrumenten öffentlicher und privater Träger auf nationaler Ebene basieren. Der Europäische Entwicklungsfonds und andere ähnliche Instrumente sollten daher benutzt werden.

Baustein Nr. 9: Eine europäische Energiediplomatie – Eine Botschaft, mehrere Stimmen

„Wir müssen unsere Verhandlungsmacht gegenüber Drittländern stärken“. „Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

Bilaterale Diplomatie: Energiepartnerschaften und -dialoge

Die Energiewende macht einen vielschichtigen Ansatz erforderlich, der die wirtschaftlichen, industriellen, technologischen und (geo-)politischen Aspekte berücksichtigt. Abgesehen von den Fragestellungen im Zusammenhang mit der Versorgung mit fossilen Brennstoffen und Rohstoffen sind neu geknüpfte Dialoge und Partnerschaften eine Gelegenheit für die EU, ihre ausländischen Direktinvestitionen zu fördern, neue Märkte für ihre Technologien und Dienstleistungen zu öffnen und ihre Sicht des Wegs zur Energiewende und einer innovativen Governance in der ganzen Gesellschaft zu vermitteln.

Bestehende Energiepartnerschaften und -dialoge, die die Europäische Kommission heute mit Drittländern oder Organisationen pflegt, erzielen nicht die besten Resultate, weil sie nicht aktiv von den Mitgliedstaaten unterstützt werden, vor allem wenn diese ihre eigenen Dialoge führen. Es sind in erster Linie große Mitgliedstaaten, die es gewohnt sind, in ihren wichtigsten Interessengebieten bilaterale Energiepartnerschaften und -vereinbarungen abzuschließen. Dies untergräbt die Glaubwürdigkeit der Union und der betroffenen Mitgliedstaaten. Es wird vorteilhafter sein, wenn die Europäische Union in voller Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten – vor allem mit denen, die

bereit sind, aktiv daran teilzunehmen – Energiepartnerschaften schließt und Energiedialoge führt.

Im Rahmen eines weitreichenden Projekts zur Schaffung einer pan-europäischen Zone der Sicherheit und des Wohlstands sollte die östliche und südliche Nachbarschaft der EU im Mittelpunkt der externen Dimension der europäischen Energiepolitik stehen, sei es im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik, der Östlichen Partnerschaft, der Union für das Mittelmeer und/oder des Vertrags zur Gründung der Energiegemeinschaft. Diese Strategie darf nicht darauf beschränkt werden, den gemeinschaftlichen Besitzstand im Energiebereich auf Nachbarländer zu übertragen, sondern sollte auf den in der Aktion Nr. 6 dieses Berichts erwähnten Prioritäten basieren.

Multilaterale Diplomatie:

Der langfristige Weg zu einer globalen Energie-Governance

Wegen des Konflikts zwischen den Produzenten und den Verbrauchern fossiler Brennstoffe gibt es keine internationale Energiepolitik. Alle existierenden Organisationen (IEA, IEF, IRENA, ECT, aber auch das GATT/die WTO und die UNO) haben begrenzte Auswirkungen auf die weltweite Energiepolitik. Da Energie auch eine permanente Quelle für wirtschaftliche und politische Instabilität ist, besteht ein klares Bedürfnis, an einer multilateralen Energiepolitik zu arbeiten. Dies wird nicht über Nacht passieren, aber die EU könnte aktiver auf dieses Ziel hinarbeiten, wie es mit der Gründung von IRENA unter dem Einfluss von Deutschland geschehen ist.

Auf multilateraler Ebene sollte es für die EU die oberste Priorität sein, die Entwicklung geeigneter, zwischen Konsumenten, Produzenten und Transitländern weitgehend inexistenter Energie-Governance Rahmenwerke auf regionaler und multinationaler Ebene zu fördern und an dieser mitzuwirken. Dies wird ein langer und schwieriger Prozess werden, aber die EU ist am besten in der Lage, diesen voranzutreiben und die Herausforderung lohnt sich.

Als Vorbereitung auf die entscheidende COP21 im Dezember 2015 in Paris sollte die EU ihre Bemühungen für den Aufbau eines effektiven multilateralen Rahmens für die Bewältigung des Klimawandels auf globaler Ebene fortführen und ausbauen.

Krisen, Konflikte und Allianzen: Die Rolle der Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO im Energiebereich

Wie wir wiederholt in der Ukraine und in Russland gesehen haben, können externe Energiefragen vor dem Hintergrund wachsender gegenseitiger Abhängigkeit Konflikte und Krisen mit sich bringen. Die Dimension der Krisen-/Konfliktprävention muss daher als Teil der europäischen Energiediplomatie angegangen werden.

Energiesicherheit im engen Sinne hat eine militärische Dimension oder zumindest eine „Intelligence“-Dimension, für die die EU keine speziellen Kompetenzen besitzt. Sie sollte bei heiklen den Energiesektor direkt betreffenden Themen (Physischer Schutz entscheidender Infrastrukturen, Schutz von Routen, Informationen, Cybersicherheit usw.) mit der NATO zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit sollte formell festgeschrieben werden.

**Eine europäische Energiediplomatie -
Eine Botschaft getragen von mehreren Stimmen**

„In Bezug auf das auswärtige Handeln der EU (...) wird die neue Hohe Vertreterin ihre Rolle als Vizepräsidentin der Kommission voll und ganz spielen. Insbesondere wird sie die Arbeit der Kommissare in Bezug auf die außenpolitischen Beziehungen über eine Kommissargruppe „Auswärtiges Handeln“ steuern und koordinieren, um eine gemeinsame Herangehensweise zu entwickeln. Die Hohe Vertreterin/Vizepräsidentin wird mir und dem gesamten Kollegium über die geopolitischen Entwicklungen Bericht erstatten. (...) Wenn sie es für notwendig erachtet, wird sie den Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen und andere Kommissare bitten, ihr in, mit der Kompetenz der Kommission in Zusammenhang stehenden Bereichen zur Seite zu stehen“. Mission Letters an Maroš Šefčovič, Vizepräsident für die Energieunion, und an Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klimaschutz und Energie, Brüssel, 1. November 2014.

„Die außenpolitischen Instrumente der EU und der Mitgliedstaaten werden genutzt, um insbesondere gegenüber strategischen Partnern und den wichtigsten Energielieferanten kohärente Aussagen zu Fragen

der Energieversorgungssicherheit zu treffen.“, Schlussfolgerungen des Europäischen Rats, 23./24. Oktober 2014.

All diese bilateralen und multilateralen Aufgaben und Ziele machen die Entwicklung einer Energiediplomatie durch die EU erforderlich. Eine europäische Energiediplomatie sollte der externen Welt und Drittländern (USA, China, Indien, Russland, Iran...) eine klare Botschaft vermitteln und die Rolle der EU in internationalen Organisationen (WTO, UNO, IEA, IRENA, IEF, ECT, NATO usw.) stärken.

Eine europäische Energiediplomatie erfordert, dass alle unsere Partner in der Welt, sei es durch nationale oder europäische Behörden und Diplomaten, eine klare Botschaft erhalten. Statt der bekannten Redewendung „Mit einer Stimme sprechen“ sollte das Leitmotiv heißen: „Eine Botschaft getragen von mehreren Stimmen“. Die vielfache Wiederholung der gleichen Botschaft sorgt dafür, dass sie für die externen Partner unmissverständlich ist. Eine inkrementale Energiediplomatie wird es der EU ermöglichen, ihre Interessen im Energiebereich für ihre Wirtschaft, ihre Industrie und ihre Außenpolitik besser zu fördern.

In diesem Zusammenhang sollte die Energieunion die zunehmende Mitarbeit von Akteuren der „Auswärtigen Angelegenheiten“ – beispielsweise die der nationalen Außenminister und anderer diplomatischer Akteure, der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für die Außen- und Sicherheitspolitik und des Europäischen Auswärtigen Diensts – an Energiefragen verbessern und steuern. Der Rat der EU-Außenminister kann Energiefragen in seinen Aktionen und Beratungen besser behandeln und in diesem Bereich den nötigen politischen Willen für eine kollektive Aktion der EU erzeugen. Das Gleiche gilt für die Ausschüsse des Europäischen Parlaments für Auswärtige Angelegenheiten, Handel, Entwicklung und andere EU-externe Bereiche.

Der Europäische Auswärtige Dienst unter Aufsicht und Leitung der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für die Außen- und Sicherheitspolitik hat eine spezielle Rolle zu spielen, da er Informationen in Drittländern sammelt und Informationen über spezielle themenbezogene und geographische Themen überwacht. Die neue Hohe Vertreterin sollte auf ihrer Ebene als EU-Sprecherin handeln, um wichtige Botschaften der EU ins Ausland

zu übermitteln und mehr Kohärenz zwischen der Energieunion und den allgemeinen außenpolitischen Themen der EU herzustellen. Zu letzteren gehören die gemeinsame Außen- und Sicherheits-, die Handels-, Entwicklungs-, Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik. Die europäische Energiediplomatie sollte auch das Band zwischen den beteiligten Akteuren (Produzenten, Konsumenten und Transitländer) verstärken und die Interaktion zwischen den verschiedenen Aspekten (Geopolitik, Wirtschaft, Industrie, Handel, Technologie, Zusammenarbeit und Entwicklung) verbessern.

**Baustein Nr. 10: Eine europäische Energie- und Klima-Informationsagentur:
Eine gemeinsame Plattform für Analyse, Verständnis
und Vorausdenken**

„Fördern einer proaktiven und koordinierten Herangehensweise an das Follow-up, die Einführung und die Kommunikation über unsere vorrangigen politischen Ziele in der ganzen Union und auf internationaler Ebene“. Mission Letter an Maroš Šefčovič, Vizepräsident für die Energieunion, und an Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klimaschutz und Energie, Brüssel, 1. November 2014.

„Wir brauchen bessere Mechanismen, um Ereignisse frühzeitig zu erkennen und schnell gemeinsam reagieren zu können“. „Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel“, Jean-Claude Juncker, Straßburg, 15. Juli 2014.

Es wird immer wieder betont, wie wichtig Transparenz durch Informationsaustausch, kollektive Überwachung und gemeinsame Beurteilung ist. Es kann nur dann eine solide Politik aufgebaut werden, wenn ihr die nötigen wirtschaftlichen und technischen Daten zugrunde liegen. Das zeigt das Beispiel der *Energy Information Administration* in den USA. Die Energieunion muss sich die Fähigkeit aneignen, aktuelle und präzise Energiestatistiken zusammenzustellen, ohne dafür auf die Daten und Prognosen internationaler Akteure, einzelner Mitgliedstaaten oder privater Akteure angewiesen zu sein.

Es sollte in der Europäischen Kommission eine ausführende **Europäische Energie-Informationsagentur** geben, die für die Bearbeitung der von den EU-Mitgliedstaaten übermittelten statistischen Daten mit Eurostat

zusammenarbeitet. Diese Agentur sollte in der Lage sein, sich allen Synergien zwischen Energie/Klimaschutz und anderen Sektoren zu widmen und ihr Aufgabengebiet sollte die europäische interne und internationale Entwicklung sein.

Ihre Aufgabe sollte es sein, einen jährlichen *European Energy Outlook* zu erstellen. Dieser würde es ermöglichen, die europäische Gesamtsicht der Energiewende kohärenter zu machen und die Sichtbarkeit und die Auswirkungen der EU-Energiepolitik innerhalb und außerhalb der EU zu verbessern, wie es die IEA, die EIA und andere führende Privatunternehmen bereits tun.

Die Energiewende würde auch erfordern, dass die Energieunion zur langfristigen Planung in der Lage ist. Dies würde bedeuten, dass die Europäische Energie-Informationsagentur selbst Kompetenzen im Bereich der wirtschaftlichen Modellierung besitzen müsste, mit der bisher externe Organisationen beauftragt wurden - zu erheblichen Kosten und ohne jegliche Kontrolle und jegliches Eigentumsrecht durch die EU. Langfristige Planung bedeutet auch, dass es in dieser Agentur eine Gruppe für prospektive Analysen geben sollte, die an der Schnittstelle zwischen anderen internationalen Akteuren dieses Gebiets und der Expertengemeinschaft (Akademiker und Denkfabriken), die Fachkenntnis, Ideen und unkonventionelles Denken einbringen, ansetzen würde. Dies wird der Energieunion letztlich sehr helfen, ihre Sichtweise der Energiewende und der Wege, die für ihre Erreichung nötig sind, zu entwickeln.

SCHLUSSBEMERKUNG

EIN ENTSCHEIDENDER DURCHBRUCH

1 951 beschlossen mehrere europäische Staaten, ihre Interessen in zwei wirtschaftlichen Schlüsselsektoren zu bündeln, um eine *Gemeinschaft* zu gründen, die Konflikte durch Zusammenarbeit und Animositäten durch Wohlstand ersetzen würde. Einer dieser Sektoren war der Energiesektor.

Da energiebezogene Fragen an die oberste Stelle der politischen und wirtschaftlichen Agenda der EU gerückt sind, gilt es, die Regeln und Governance-Mechanismen, die früher den gleichberechtigten Zugang zu den gemeinsamen Ressourcen sicherten, an die heutigen Herausforderungen Europas anzupassen. Die Schwierigkeit dieser Aufgabe wird durch die wirtschaftlichen, politischen, sozialen und ökologischen Krisen erhöht, mit denen sich unsere Gesellschaften konfrontiert sehen. Sie machen neue Prioritäten erforderlich und verringern zugleich die verfügbaren Optionen. Wird sich Europa entscheiden, im Rahmen der neuen industriellen Revolution eine proaktive Rolle zu spielen, oder wird es sich damit begnügen, dem Beispiel anderer zu folgen? Jene, die neue Technologien beherrschen, werden im globalen Wettbewerb und bei der Governance strategisch im Vorteil sein.

Trotz der seit 2007 festzustellenden spektakulären Zunahme der Regulierungstätigkeit zur Schaffung einer neuen Energiepolitik für Europa bevorzugen die EU-Mitgliedstaaten nach wie vor nationale Lösungsansätze, um globale Energieherausforderungen zu bewältigen. Es sind, wie im Jahr 1951, konzentrierte Aktionen aller betroffenen Akteure vonnöten, um zur Verwirklichung der kollektiven Ambitionen im Energiebereich beizutragen. Um den wirtschaftlichen Wohlstand, die Sicherheit und die Stabilität der Energiesysteme sowie den Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft zu gewährleisten, müssen gemeinsame Lösungen im Energiebereich gefunden werden. Diese sollten auf regionalen, nationalen und lokalen Stärken aufbauen, um die Synergien und Komplementaritäten von Energieressourcen, -netzen und -akteuren zu optimieren.

Die Energieunion kann ein zukunftsorientiertes europäisches Projekt für alle bieten, sofern zwei Bedingungen erfüllt sind. Sie muss konkrete Formen annehmen: Reden und Erklärungen, denen keine Taten folgen, werden nicht ausreichen, um den Anliegen der Bürger Rechnung zu tragen. Dazu bedarf es eines gemeinsamen energiepolitischen Projekts. Sie muss inklusiv und interaktiv sein: Die Energieunion sollte eine nachhaltige und inklusive wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen, die allen Nutzen und gesellschaftliches Wohlergehen bringt. Mit einer widerstandsfähigen Energieunion werden die Europäer zudem eine neue Strategie verfolgen, die darauf abzielt, bei globalen Energiefragen die gemeinsamen Interessen zu wahren und die gemeinsamen Werte zu fördern.

Ein Patentrezept, mit dem sich diese einzigartige Herausforderung bewältigen und die damit verbundenen Zielsetzungen der EU in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltige Entwicklung, Versorgungssicherheit bzw. Energieeffizienz erreichen lassen, gibt es nicht. Vor diesem Hintergrund sollten die künftigen Bestimmungsfaktoren der Energieunion (i) eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, (ii) Solidarität und Inklusion sowie (iii) globale strategische Maßnahmen und Widerstandsfähigkeit sein, um im Kontext der Energiewende grundlegende Veränderungen zu erreichen. Dabei sollten die zehn genannten Bausteine als tragende Säulen der künftigen Energieunion fungieren.

Diese drei Hauptbereiche und zehn Bausteine für vorrangige Maßnahmen für die Energieunion werden im kommenden institutionellen Zyklus der EU zu entscheidenden Veränderungen führen und einer stärkeren Integration, Wettbewerbsfähigkeit, Kooperation und Solidarität im Energiebereich den Weg ebnen – sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU.

Das langfristige Projekt, das durch die Energieunion umgesetzt werden soll, wird nur dann durchführbar sein, wenn die europäische Energiepolitik auf kurze Sicht überarbeitet und vollendet wird. Die Überarbeitung der europäischen Energiepolitik stellt eine einmalige Chance dar, für den Energiesektor einen stärkeren und kohärenteren europäischen Regelungsraum mit gemeinsamen Institutionen zu schaffen, die durch ihre demokratische Legitimation in der Lage sind, effektive Lösungen bereitzustellen. Es wird einige Zeit dauern, bis die erforderliche umfassende Reform umgesetzt sein wird und die EU kann

es sich nicht leisten mit der Verwirklichung einer kohärenten und effektiven gemeinsamen Energiepolitik zu lange zu warten.

Im nächsten institutionellen Zyklus der EU gilt es, den Beschluss und die Umsetzung verbindlicher Instrumente zu ermöglichen, die den neuen Gegebenheiten und Anforderungen der Energiepolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten gerecht werden und der immer dringlicher erforderlichen europäischen Energiepolitik den Weg bereiten. Dazu müssen zudem eine gemeinsame Vision und ein kollektiver Ansatz entwickelt werden, um die Bedeutung, die Tragweite und die zu entwickelnden Instrumente der Energieunion zu definieren.

Die Energieunion und die europäische Energiepolitik haben ein gemeinsames Ziel: Die Förderung der Integration der Energiemärkte im Interesse der Menschen in und außerhalb Europas. Eine sichere Energieversorgung verringert das Konfliktpotenzial und Europa steht für Frieden. Die Menschheit steht am Scheideweg. Es ist von entscheidender Bedeutung, die Energieunion für die Zukunft jetzt anzustoßen.

REFORMING EUROPE'S GOVERNANCE. FOR A MORE LEGITIMATE
AND EFFECTIVE FEDERATION OF NATION STATES

Yves Bertoncini and António Vitorino, Foreword by Philippe de Schoutheete, *Studies & Reports No. 105*, Notre Europe – Jacques Delors Institute, September 2014

TAKING STOCK OF GERMAN ENERGY POLICY IN A EUROPEAN CONTEXT

Philipp Offenberg, *Policy paper No. 116*, Jacques Delors Institut – Berlin, August 2014

ENGAGING EUROPE IN THE WORLD

Jacques Delors, Pascal Lamy, António Vitorino, Eneko Landaburu, Elisabeth Guigou, Etienne Davignon, Nicole Gnesotto, Philippe De Schoutheete, Elvire Fabry and Sami Andoura, *Tribune*, Notre Europe – Jacques Delors Institute, June 2014

WHAT NEW CLIMATE AND ENERGY PACKAGE FOR THE EU?

Sami Andoura and Stefan Bössner, *Tribune – Viewpoint*, Notre Europe – Jacques Delors Institute, March 2014

ENERGY POLICY: EUROPEAN CHALLENGES, SPANISH ANSWERS

Eloy Álvarez Pelegry and Macarena Larrea Basterra, *Policy Paper No. 106*, Notre Europe – Jacques Delors Institute / Orkestra, March 2014

ENERGY SOLIDARITY IN EUROPE: FROM INDEPENDENCE TO INTERDEPENDENCE

Sami Andoura, Foreword by Jacques Delors, *Studies & Reports No. 99*, Notre Europe – Jacques Delors Institute, July 2013

ENERGY POLICY: THE ACHILLES HEEL OF THE BALTIC STATES

Agnia Grigas, in Agnia Grigas, Andres Kasekamp, Kristina Maslauskaitė and Liva Zorgenfrei, "The Baltic states in the EU: yesterday, today and tomorrow", Foreword by Jerzy Buzek, *Studies & Reports No. 98*, Notre Europe – Jacques Delors Institute, July 2013

THE EUROPEAN ENERGY COMMUNITY IS NOW!

Sami Andoura, Jerzy Buzek, Jacques Delors and António Vitorino, *Tribune*, Notre Europe – Jacques Delors Institute, May 2013

SAVING EMISSIONS TRADING FROM IRRELEVANCE

Stephen Tindale, *Policy Paper No. 82*, Notre Europe – Jacques Delors Institute, March 2013

THE ROLE OF GAS IN THE EXTERNAL DIMENSION OF THE EU ENERGY TRANSITION

Sami Andoura and Clémentine d'Oultremont, *Policy Paper No. 79*, Notre Europe – Jacques Delors Institute, March 2013

FRANCE PAVING THE WAY FOR A EUROPEAN ENERGY COMMUNITY

Jacques Delors, Sami Andoura and Michel Derdevet, *Tribune*,
Notre Europe – Jacques Delors Institute, January 2013

ENERGY TRANSITION BY 2050: A MULTIFACETED CHALLENGE FOR EUROPE

Sami Andoura and Clémentine d'Oultremont, *Policy Paper*, Notre Europe, May 2012

FINANCING TRANS-EUROPEAN ENERGY INFRASTRUCTURES

– PAST, PRESENT, AND PERSPECTIVES

Christian von Hirschhausen, *Policy Paper No. 48*, Notre Europe, November 2011

AN EXTERNAL ENERGY STRATEGY FOR THE EU

Sami Andoura and Agata Hinc, *Article in the Report Think
Global – Act European*, Notre Europe, June 2011

“TOWARDS A NEW EUROPEAN ENERGY COMMUNITY”.

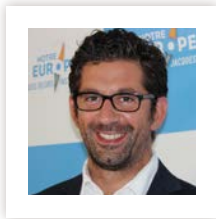
JOINT DECLARATION BY JERZY BUZEK AND JACQUES DELORS

Jerzy Buzek and Jacques Delors, *Tribune*, Notre Europe, May 2010

TOWARDS A EUROPEAN ENERGY COMMUNITY: A POLICY PROPOSAL

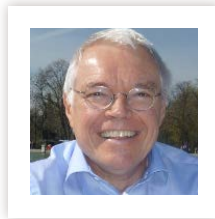
Sami Andoura, Leigh Hancher and Marc Van der Woude, Foreword by Jacques Delors,
Studies & Research No. 70, Notre Europe, March 2010

AUTOREN



Prof. Sami Andoura

Prof. Sami Andoura ist Seniorforscher am Jacques Delors Institute, wo seine Arbeitsgebiete die Energiepolitik und die Außenbeziehungen der EU sind. Sami Andoura ist ebenfalls Professor und Inhaber des Lehr- und Forschungsstuhls Europäische Energiepolitik am Europakolleg in Brügge. Er ist auch Senior Associate Fellow für energiepolitische Fragen am Institut EGMONT – Royal Institute for International Relations. Seine kürzlich erschienenen Veröffentlichungen umfassen einen, auf einer Initiative von Jacques Delors gegründeten Vorschlag für eine "Europäische Energiegemeinschaft" sowie eine Reihe akademischer Artikel, Policy Papers und andere Kommentare im Bereich der Europäischen Union; ihrer Energiepolitik und ihrer Außenbeziehung. .



Jean-Arnold Vinois

Jean-Arnold Vinois ist am Jacques Delors Institute Berater für Fragen der europäischen Energiepolitik. Er ist ebenfalls Ehrendirektor der Generaldirektion Energie der Europäischen Kommission, wo er im Januar 2013 in Rente ging. Seit Juli 2011 besetzte er den Posten des Direktors für den Energiebinnenmarkt der GD Energie und beschäftigte sich somit vor allem mit den Groß- und Einzelhandelsmärkten für Strom und Gas, der Energieversorgungssicherheit und der Energienetze. Zwischen 1992 und 2011 besetzte er mehrere Leitungsposten im Bereich Transport und Energie. Er hat ebenfalls den Anwaltsberuf ausgeübt, bevor er 1987 zur Europäischen Kommission kam.

Herausgeber: Prof. Dr. Henrik Enderlein

Die Publikation gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder.

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig.

Übersetzung aus dem Englischen: Verena Holler und Marina Schewe (Teile 3-4, und Vorwort aus dem Französischen).

© Jacques Delors Institut – Berlin, 2015.

Prof. Sami Andoura
Seniorforscher am Jacques
Delors Institute, Professor
und Inhaber des Lehr-
und Forschungsstuhls
Europäische Energiepolitik
am Europakolleg in Brügge.

Jean-Arnold Vinois
Berater am Jacques
Delors Institute.

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION

EIN KURZ- UND LANGFRISTIGER POLITIKVORSCHLAG

2010 initiierte das Jacques Delors Institute auf Basis des von Jacques Delors unterbreiteten Vorschlags für eine „Europäische Energiegemeinschaft“ eine eingehende Studie zur Zukunft der europäischen Energiepolitik. Dies bildete den Auftakt für eine umfassende Diskussion mit öffentlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren des Energiesektors auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene. Vier Jahre später bietet sich mit der Annahme des Energie- und Klimarahmens 2030 durch den Europäischen Rat und dem Beginn eines neuen politischen und institutionellen Zyklus der EU im Jahr 2014 die Chance, den aktuellen Stand der europäischen Energiepolitik zu evaluieren und die zur Gewährleistung der angestrebten europäischen Integration und zur Ausschöpfung ihrer Nutzeffekte erforderlichen neuen Strategien zu identifizieren. Gleichzeitig stößt das neue Konzept der Energieunion, das von den neuen EU-Spitzenpolitikern befürwortet wird, ohne bislang konkret definiert worden zu sein, eine umfassendere Debatte über die künftigen Herausforderungen im Energiebereich an.

Der vorliegende Bericht untersucht vor diesem Hintergrund die Entwicklung der europäischen Energiepolitik zwischen 2007 und 2014, wobei auch auf die jüngsten Entwicklungen und den Beschluss eines neuen Energie- und Klimapakets für 2030 eingegangen wird. Die Stärken und Schwächen der europäischen Energiepolitik werden in dreißig Befunden identifiziert und bewertet. Gestützt auf die Erkenntnis, dass die existierende europäische Energiepolitik zusätzlicher Maßnahmen bedarf, werden drei Hauptzielsetzungen vorgeschlagen, die es mit Hilfe einer umfassenden europäischen Energiepolitik vorrangig zu erreichen gilt. Der Bericht formuliert zehn sinnvolle Handlungsempfehlungen und benennt konkrete Abhilfemaßnahmen, Politikinstrumente und institutionelle Rahmenbedingungen, die im neuen institutionellen Zyklus der EU kurzfristig umgesetzt werden sollten. Darüber hinaus wird versucht, zukunftsweisende Ideen und zentrale Handlungsbereiche aufzuzeigen, um eine ehrgeizige und inspirative Energieunion zu verwirklichen und diese zu einem grundlegenden Element der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten innerhalb der Europäischen Union sowie in Europa zu machen.



office@delorsinstitut.de – www.delorsinstitut.de
Pariser Platz 6, D – 10117 Berlin
19 rue de Milan, F – 75009 Paris

